

NR.10 (November 73) 1,00 DM J 7581 EX

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

BREMEN: Proletarische Front c/o Gerd Stalljes, 28 Bremen, Kirchbachstr.144
FRANKFURT: Revolutionarer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202
HAMBURG: Proletarische Front c/o Eberhard Jungfer, 2102 Hamburg 93, Hovelbrook 4
KÖLN: Arbeiterkampf c/o Das Politische Buch, 5 Köln 41, Zulpicher Str.197
MAINZ: Raimund Schandelmaier c/o Politischer Buchladen Roter Stern, 65 Mainz, Weihergarten 6
MÜNCHEN: Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München, Adalbertstr.41 b
NÜRNBERG/ ERLANGEN: uber: Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849
SAAR-BRÜCKEN: Gruppe "Rote Fahne" c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrucken, Postfach 176

Zuschriften und Bestellungen nur an die Anschrift der Zeitung:
WIR WOLLEN ALLES 8551 Gaiganz Nr.12

■ Obwohl die Öleinfuhr in die Bundesrepublik bisher praktisch nicht eingeschränkt wurde, sollen wir bereits frieren oder mehr Miete zahlen, sollen wir sonntags zu Hause bleiben (warum wohl nicht werktags, hä!?), damit die Ölsäcke die Preise in die Höhe jagen können. Wir sollen zahlen, zahlen, zahlen... damit sich die Kapitalisten dumm und dämlich verdienen. Wir sollen kurzarbeiten oder arbeitslos werden, damit wir Angst haben, damit wir uns nicht wehren, damit die Arbeiter nicht soviel fordern....

Leute, erpressen wir die Ölsäcke und alle, die von der sogenannten "Ölkrise" profitieren

ÖLKRISE

Neuverteilung der Profite



ESSO-General Oehme: wann vergeht ihm das Grinsen?

Die Ereignisse im Nahen Osten sind uns nicht nur geographisch nahe, sie sind vor allem ein Aspekt der allgemeinen Krise der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Großmächten.

DIESE KRISE IST ANDERS

Von den vorhergegangenen unterscheidet sich diese Krise vor allem deshalb, weil sie in einem Gebiet ausgebrochen ist, das schon seit Monaten zum strategisch heikelsten Moment der Beziehungen zwischen den Großmächten geworden ist. Die Interessen, die heute – in einer Übergangsphase der amerikanischen Strategie – im Mittelmeerraum auf dem Spiel stehen, sind so weitreichend, daß man ruhig behaupten kann, der Atom-Alarm von Nixon und die darauffolgende Mobilisierung der US-Streitkräfte in Europa war kein bloßes diplomatisches Manöver. Warum?

Man sagt, daß letzten Endes das Erdöl dafür ausschlaggebend gewesen sei. Das ist zwar richtig, aber nur wenn wir das Wesen der gegenwärtigen Ölkrise genau erkennen. Die bürgerliche Presse spricht meistens vom **Erdöl als Gebrauchswert**: soundso hoch ist der Bedarf, soundso die verfügbaren Quellen, soundso die Produktion. Soweit ist alles



...damit die Profite stimmen

klar: Nun ist da aber so ein gemeiner Scheich und ein aufgebrachter General, die gegen ihre eigenen Interessen und aus Rassenhaß gegen die Juden beschließen, den Ölhahn abzudrehen und somit die westliche Welt in ein Chaos zu stürzen.

DIE ÖLINDUSTRIE

Dem ist aber nicht so, weil das Erdöl kein Gebrauchswert, sondern eine Ware ist. Eine Ware, die aus Profitinteressen von einem Zweig der Weltindustrie, der Erdölindustrie, produziert wird. Dieser Industriezweig wird über die internationalen Gesellschaften, die „seven sisters“ (Esso, Gulf, Shell, BP usw.), von den USA beherrscht. Die größten Teilhaber an dieser Industrie sind die arabischen ölproduzierenden Länder. Vom Standpunkt der Kapitalproduktion und der Klassen aus, ist deshalb zwischen den USA und den arabischen Staaten kein Unterschied. Deren Konflikte und Widersprüche beziehen sich deshalb auf die **Aufteilung der Profite** der Industrie, deren einzige Teilhaber sie selbst sind. Bis 1960 war es den großen Ölgesellschaften gelungen, die ölproduzierenden Länder soweit zu beherrschen, daß diese nicht einmal über die Aufteilung der Profite verhandeln konnten.

Auf welcher Basis wurde nun verhandelt? Es ist allgemein bekannt, daß es praktisch keinen Marktpreis für Rohöl gibt, weil 70 % des in der Welt verarbeiteten Rohöls von den erdölfördernden Tochtergesellschaften der großen Konzerne an ihre erdölraffinierenden Tochtergesellschaften weiterverkauft werden. Das Rohöl ist also nichts anderes als eine reine „Kostenübertragung“ innerhalb der großen Konzerne. Dagegen gibt es einen Marktpreis für Erdölprodukte, auf den die erdölproduzierenden Länder aber auch nicht den geringsten Einfluß haben. Was dann den Konsumpreis der Erdölprodukte betrifft, so wissen alle, daß auf diesem vor allem die Steuern, die von den Regierungen des jeweiligen Verbraucherlandes erhoben werden, lasten: zwei Drittel vom Benzinpreis sind Steuern, die man an den Staat zahlt. In allen europäischen Ländern ist die Situation ähnlich. Was bedeutet das aber?

Es bedeutet, daß die einzigen Verantwortlichen für die Preise der Erdölprodukte die großen Konzerne und die Staaten, in unserem Fall die europäischen Staaten sind.

DIE BESTIMMUNG DES BEZUGSPREISES (POSTED PRICE)

Worüber können aber die Ölländer verhandeln? Sie verhandeln über den posted price. Dieser ist nichts weiter als ein Maßstab, anhanddessen die Ölländer den ihnen zustehenden Steueranteil kalkulieren. Immer wenn dieser Posted Price angehoben wird, tritt für die großen Konzerne in den USA eine besondere Gesetzgebung in Kraft, die zur Folge hat, daß sie die Anhebung von den Steuern abschreiben können. Sie verlieren also keinen Pfennig dabei. Dieser Verlust überträgt sich deshalb auf den amerikanischen Staatshaushalt, und das ist auch der Hauptgrund, weshalb die US-Regierung direkt in die Verhandlungen über die Aufteilung der Profite zwischen den beiden Teilhabern an der Ölindustrie eingreift. Das ist aber nicht der einzige Widerspruch zwischen den USA und den arabischen Ländern.

Der zweite Widerspruch liegt darin, daß die USA auch ein **erdölproduzierendes Land** sind, sie sind sogar der größte Erdölproduzent der Welt, und sie sind es aufgrund einer Protektionsmaßnahme, mit der 1959 Eisenhower das amerikanische Erdöl abschirmte und dem Import eine bestimmte Grenze gesetzt hat. Und weil die USA auch der größte Erdölkonsument der Welt sind, hatte diese Einschränkung eine Reduzierung der Erdölgewinnung in anderen Ländern zur Folge und insofern eine drastische Reduzierung ihrer Einnahmen.

Trotzdem wäre es niemandem eingefallen, von einer „Ölkrise“ zu sprechen. In dieser Phase beschließen die Ölländer (Venezuela, Arabien usw.) sich in der OPEC (Organisation der Petroleum exportierenden Länder) zu vereinigen. Es waren aber mehr als zehn Jahre notwendig, bevor diese Koalition von einer Machtposition aus mit den großen Konzernen verhandeln konnte.

DIE ENTSTEHUNG DER „UNABHÄNGIGEN“ GESELLSCHAFTEN

In den zehn Jahren von 1960–70 kamen weitere Faktoren hinzu, die die Monopolstellung der großen Konzerne in Frage zu stellen drohten, und folglich auch den Markt. In den USA waren eine Reihe von sog. „unabhängigen“ Gesellschaften entstanden, die nun zu Konkurrenten der großen Gesellschaften, den „seven sisters“ wurden: sie kauften für ein paar Cent mehr das Rohöl direkt an den Quellen und verkauften es zu einem niedrigeren Preis an die unabhängigen Raffinerien weiter. Relativ gesehen war die von den „Unabhängigen“ gehandelte Menge minimal; die Monopolstellung war aber von nun an gestört und auch die „seven sisters“ waren gezwungen, die Preise zu senken.

Hinzu kam noch, daß verschiedene Verbraucherländer, wie Italien und Frankreich, begannen, direkt über staatliche Konzerne (ENI, CFP usw.) von den Ölländern Rohöl zu kaufen. Auch hier handelte es sich um eine relativ geringe Menge. (Die ENI kann heute nicht einmal ihren eigenen Bedarf decken, geschweige den des italienischen Marktes.) Es ging aber prinzipiell um eine Machtfrage. Es ging um die **politische Autonomie Europas**, um die Bewegungsfreiheit der europäischen Bourgeoisien und der herrschenden Klassen und Kasten der arabischen Länder.

Solange die USA im asiatischen Schachbrett verwickelt waren, solange Asien für die USA das strategisch wichtigste Gebiet war, solange vernachlässigten sie die Widersprüche mit den europäischen Bourgeoisien. Als sie aber aus Vietnam abhauen mußten, begannen sie wiederum Europa und vor allem dessen Beziehung zum Nahen Osten genauer zu beobachten. Ihre politisch-militärischen Entscheidungen wurden im Mittelmeerraum immer aggressiver, bis hin zur Drohung des Atomkrieges. Die letzten drei Jahre, von 1970–73, werden künftig als eine Umwälzungsphase von historischer Bedeutung gelten.

VOM DOLLARKRIEG ZUM ÖLKRIEG

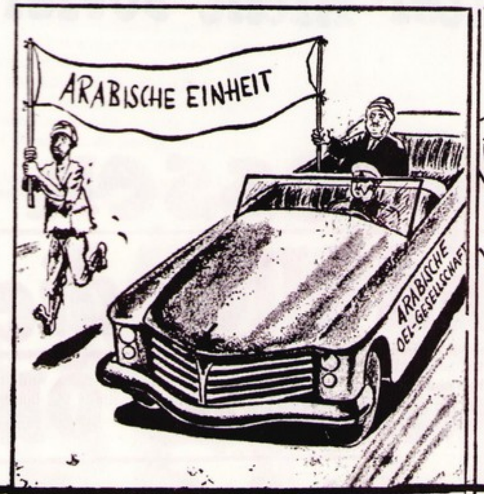
Die USA müssen sich also arg zugerichtet aus Südostasien zurückziehen. Sie merken, daß mittlerweile ihre Vorherrschaft in der kapitalistischen Welt durch die Konkurrenz anderer Kapitalismen, dem europäischen und japanischen, gefährdet ist. In diesem Augenblick beginnt der „Dollarkrieg“, der in kurzer Zeit dem europäischen und japanischen Kapitalismus, was deren Konkurrenzfähigkeit betrifft, mehr Schaden zufügt als drei Jahre „wilder Streiks“. Das gesamte internationale Währungssystem wird erschüttert: Europa und Japan erleiden diese Aggression, ohne Widerstand leisten zu können. Sie hatten die Illusion, eine autonome Rolle spielen zu können, und nun werden sie wiederum zu untergeordneten Kapitalismen abgestuft, wenn nicht gar bloßen Anhängseln des US-Kapitalismus.

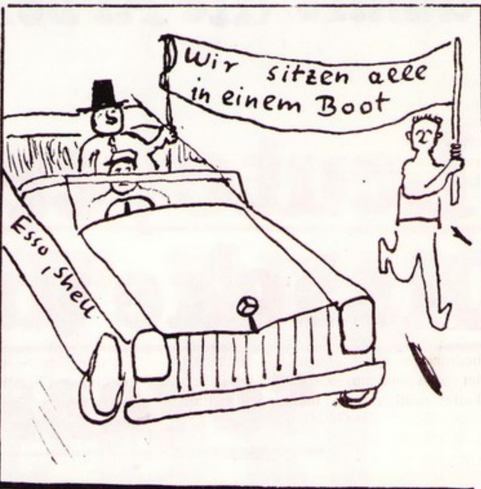
Im Dezember 1970 trat ein neues, die Ölwelt erschütterndes Ereignis ein: Die OPEC unterbreitet den großen Konzernen einen Forderungskatalog: Anhebung des posted prices und seine Angleichung – vorher war der posted price pro Barrel Rohöl im persischen Golf 1,79 und 4,62 Dollar in Pennsylvania –; neue Aufteilung der Profite 60 %–40 % und nicht mehr „fifty-fifty“; Verpflichtung der Konzerne, einen Teil ihrer Profite im Förderland zu reinvestieren. Gleichzeitig verhandelt die „Revolutionsregierung“ Libyens – die nun zum drittgrößten Förderland nach den USA und der UdSSR aufsteigt – getrennt mit den Konzernen und zwingt diese zu großen Zugeständnissen.

DIE KLAUSEL DER „REINVESTITION“ UND DIE ABWERTUNG DES DOLLARS

Die Antwort der großen Konzerne auf diese Plattform war exemplarisch: sie konzedieren die Anhebung des Preises; sie haben an der Neuaufteilung der Profite nichts auszusetzen; sie weigern sich aber strikt, die Klausel der Reinvestionenen zu aktzeptieren, weil das als eine schwerwiegende Hypothek auf ihrer Investitionstätigkeit lasten würde. Aber

→





wir werden erpresst

Flugblatt

Der Benzinpreis steigt und steigt. An vier Wochenenden ist Fahrverbot, das heißt: die ganze Woche müssen wir tun, was wir nicht wollen; jetzt können wir nicht mal mehr am Wochenende, was wir wollen. Ölhändler kassieren plötzlich bis zu 100 % mehr fürs Heizöl. Vermieter erhöhen die Heizkosten beträchtlich, zum Teil rückwirkend bis zum Juni. Ein Heizwerk will von den Mietern bis zu 75 % mehr kassieren, obwohl es mit Gas heizt. In den Fabriken laufen die Maschinen auf vollen Touren, aber schon müssen Arbeiter bei Notbeleuchtung schuften. Bei BMW wird in den Pausen das Licht ganz ausgeschaltet, Licht brauchen die Arbeitsviecher doch nicht, wenn sie fressen. In Wohnungen, Büros, Fabriken wird die Temperatur runtergeschaltet, zeitweise die Heizung ganz ausgeschaltet. An vielen Punkten kann man nur noch ausnahmsweise warm duschen.

Alles, aber auch alles, wird auf uns abgewälzt. Bei den Ölkonzernen, den Ölhändlern, Hausbesitzern, den Steuern der Regierung, der Produktion der Industrie, da läuft's nicht nur, sondern da läuft's mit den Profiten zum Teil viel besser als vorher. Aber genau diese Typen schreien jetzt: Wir sitzen doch alle in einem Boot! Haltet den Dieb!



Wir haben weiß Gott keine Sympathien für die Ölscheichs und die arabischen Regierungen, die mit fettem Hintern auf ihren Völkern sitzen. Aber: Nicht den Arabern haben wir das zu verdanken! Tatsache ist:

- Bis heute ist weder in Holland, noch in Deutschland ein Tankschiff mit teurerem Öl angekommen. Und bis heute fehlt in den Häfen hier keine einzige Tankladung! (Frankfurter Allgemeine, 22. 11. 1973)
- Die Araber haben schon lange vor dem Krieg erklärt, daß sie etwas weniger Öl liefern wollen, damit ihr wesentlichster Reichtum nicht in wenigen Jahrzehnten alle ist. Denn die Ölkonzerne haben die arabischen Ölfelder bisher immer nur zu 35 % leergepumpt, dann haben sie die Bohrungen zugeschüttet, weil es ihnen zu „teuer" wurde. Das heißt, die restlichen 65 % waren für sie „unrentabel"! Zum Vergleich: Die Förderung von 159 Litern Rohöl kostet in den USA 7,50 DM und in Kuwait 15 Pfennig! (Stern, 15. 11. 1973)
- In Amerika, das fast gar kein Öl aus Nahost bezog, wurde völlig unabhängig von den Arabern schon im Frühjahr das Benzin rationiert. Die Energiekrise in den westlichen Ländern ist also schon lange bekannt. Und gerade in diesem Jahr haben die amerikanischen Ölkonzerne ihre Gewinnrate um 80–90 % gesteigert! (Die Zeit)
- Die Araber haben 1958 mehr für ihr Öl bekommen als Oktober 1973! In der Zwischenzeit haben die Ölkonzerne sie erpreßt und ausgepumpt. Heute geben die Araber das Öl für 7 Pfennig pro Liter ab und wir bezahlen bald fast 1 Mark fürs Benzin!

Nichts verbindet uns mit diesen Leuten, die aus allem ihren Profit ziehen: aus der Hochkonjunktur und aus der Krise. Für die wir dauernd zahlen: mit viel Arbeit und wenig Lohn. Die jetzt wieder alle Preise erhöhen, nicht nur fürs Benzin, und damit unseren Lohn weiter kürzen.

Sie machen uns jetzt Angst mit Krise, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. In den letzten Streiks haben sich die Arbeiter selbstbewußt etwas von den Preisräubern zurückgeholt. Bei der bevorstehenden Tarifrunde stand das Zeichen für die Unternehmer auf Sturm. 'Ihre Notbremse: Krisenangst. Den Krisenplan hatten sie und die Regierung allerdings schon in der Tasche (wie jetzt ihre „Sachverständigen" sagen). Nur: jetzt wollen sie es „höherer Gewalt", Mohamed Scheich Soundso zuschieben. Aber wir glauben nicht an die Märchen aus 1001 Nacht.

Sie wollen uns nicht nur zwingen, das so teuer gewordene Leben zu akzeptieren. Weitere Opfer fürs „Gemeinwohl" stehen an. Milliardensummen werden jetzt in die Kassen der Energiekonzerne fließen zur Entwicklung neuer Energiequellen – wer daran verdient, ist klar.

Ein Gemeinwohl gibt es nicht. **Unsere Interessen stehen auf der einen Seite, die der Bosse auf der anderen!** Drum: Wenn wir in der Fabrik oder im Büro mit weniger Licht, Heizung oder Warmwasser arbeiten sollen, dann muß unsere Antwort sein:

- **Verweigern wir die Arbeit!**

Wenn Hausbesitzer, Vermieter, Wohnheimverwalter die Heizung runterstellen, mehr Geld für die Heizung wollen oder das Duschwasser beschränken, muß unsere Antwort sein:

- **Kürzen wir die Mieten!**

Wenn sie uns am Wochenende in die viel zu teuren und vollen Verkehrsmittel stopfen, bei den schlechten Verbindungen, dann muß unsere Antwort sein:

- **Fahren wir einfach ganz billig!**

Fortsetzung von Seite 2

was noch wichtiger ist: sie schlagen eine Zusatzklausel vor: der Preis des Öls soll an die Abwertung des Dollars gebunden werden. Somit wird ein Resonanzkasten für die Währungskrise geschaffen, der deren politische und wirtschaftliche Auswirkungen noch weiter vervielfältigt.

Warum waren die Konzerne sofort bereit, zu verhandeln? Warum akzeptierten sie die OPEC als Verhandlungspartner, anstatt die übliche Taktik des „divide et impera" zu verfolgen? Einerseits sicherlich, weil es keine andere Lösung mehr gab, aber vor allem weil es ihnen damals vor allem darum ging, die unabhängigen Gesellschaften und staatlichen Gesellschaften, indem sie stellvertretend für diese verhandelten, unter ihre Kontrolle zu bringen.

Der Spielzug war perfekt: alle Gesellschaften – mit Ausnahme der italienischen ENI – nahmen Zuflucht unter den breiten Flügeln der großen Konzerne. Die Abmachungen wurden mit großem Erfolg beider Teilhaber der Erdölindustrie (den „seven sisters" und den Olländern) zwischen Februar und März 1971 abgeschlossen. Diese Abmachungen sanktionierten die zunehmende Bedeutung der arabischen Staaten als **Aktionäre der Ölindustrie**: ihre Entscheidungsmacht in Fragen der Erdölstrategie war nun um vieles größer. Das verstärkte die politische Einheit der beiden Teilhaber noch weiter. Man könnte nun einwenden, daß seither die Initiativen zu einer Neuaufteilung der Profite immer von Seiten der Araber gekommen waren: das Entscheidende ist aber, daß seitdem die großen Konzerne noch mächtiger geworden sind.

DAS ERDÖL ALS PRODUKTIONSMITTEL

Der Aspekt, der uns am unmittelbarsten berührt, ist das Erdöl als Produktionsmittel, als Grundstoff der chemischen und Plastik-Industrie. Eine Versorgungskrise wird nur dann dramatische Züge für ein kapitalistisches Land annehmen, wenn in diesem die Nachfrage nach Erdöl vor allem in seiner Qualität als Produktionsmittel besteht. Nicht zufällig mußte gerade Holland in den vergangenen Wochen am offensten für einen der zwei Kontrahenten Partei ergreifen, während die EWG eine möglichst neutrale Position einzunehmen versuchte. Nicht zufällig, weil sich Hollands Industrie vor allem auf vier multinationale Konzerne stützt: auf SHELL, UNILEVER, PHILIPS, AKZO. Die erste ist eine Erdölindustrie, die zweite eine chemische, die dritte wird bald eine, die vierte eine pharmazeutische. Hinzu kommt noch die Tatsache, daß der Hafen von Rotterdam vor allem der zentrale Angelpunkt der Ölverteilung ist. Das Erdöl fließt also in einem Ausmaß in das konstante Kapital ein, daß eine unregelmäßige Versorgung den gesamten Reproduktionsprozeß zum Stilltand bringen würde.

Übersetzt aus „Lotta continua"-Tageszeitung

Wie schließt man sang- und klanglos eine Fabrik?

Am 4. 11. 1973 wurden in Niederbayern sechs Werke der Triumph International geschlossen. 550 Arbeiterinnen wurden auf die Straße gesetzt. Wie das gelaufen ist und vor allem, mit welcher Hinterlist die Kapitalisten und die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre dabei vorgegangen sind, wollen wir an dem Beispiel Jandelsbrunn zeigen.

Die Aussagen stammen von einem Gespräch, das wir mit etwa zehn Arbeiterinnen in einem Gasthaus hatten und von Tonbandaufnahmen einer Gewerkschaftsveranstaltung am letzten Arbeitstag. Diese Veranstaltung wurde zur ‚Feier des Tages' in einem piekfeinen Hotel abgehalten. Finanziert wurde sie von der Stiftung Miederindustrie.

Der Gewerkschaftsfunktionär Eberl ist gleichzeitig Vorsitzender dieser Stiftung. Von einigen Frauen wird er als der Hauptschuldige (dafür, daß die Schließung nicht verhindert werden konnte) betrachtet. Außerdem war noch ein gewisser Kurt Müller da, Gewerkschaftsfunktionär und Experte für Fabrikschließungen („*Ich habe schon über 20 Fabriken geschlossen*"), und von dem behauptet wurde: „*Der spinnt eh auf die Werksleitung.*"

Diese zwei sauberen Herren hielten eine lehrreiche und klugscheißerische Rede nach der anderen; der Eberl auf niederbayrisch mit hochdeutschem Akzent und der Müller mit wissenschaftlichen Ausdrücken und in einer herablassenden Art, wie zu dummen Kindern. Bei Kaffee und Weißwürsten kam es dann auch zu Auseinandersetzungen und Beschimpfungen zwischen den Arbeiterinnen. Überhaupt war so eine Stimmung: „*Wir haben alles falsch gemacht*", und sie versuchten, die Schuldigen in ihren Reihen zu suchen. Daß diese Spaltung nicht von ihnen kam, sondern bewußt von der Triumph erzeugt worden war, das ahnten sie wohl, aber es war niemand da, der das mal klar gesagt hätte. Der Eberl sagte immer nur: „*Wir müssen in die Zukunft schauen*" und der Müller: „*Diese Art und Weise, sich auseinanderzusetzen, ist nicht die richtige Art und Weise.*" Für sie war die Sache eben gelaufen und ihr Hauptproblem: Werden die Frauen auch weiterhin Mitgliedsbeiträge bezahlen? Dafür verteilten sie dann auch ein Papier, indem erklärt wurde, wie man das im Falle der Arbeitslosigkeit zu machen hat.

Spalte und Walte

Wie war das nun mit Jandelsbrunn? Die Betriebsleiter des nahegelegenen Werkes in Plattling erklärte uns, wie das von der Firmenseite her aussieht: „*Die Geschäftsleitung entscheidet über die Schließung. Aber dann versucht natürlich der Betriebsrat und die Gewerkschaft die Arbeitsplätze zu erhalten und zwar meinetwegen sagt die Firmenleitung: ‚Wir schließen!' und der Betriebsrat sagt: ‚Ihr spinnts wohl!' und verhandelt mit denen, ob sie nicht was machen können oder ein paar Leute entlassen können oder allgemein Kurzarbeit einführen können und versucht halt, das Werk und die Arbeitsplätze zu erhalten. Jetzt kommt aber die Belegschaft von sich aus: ‚Wir wollen zumachen.' Dann sagt die Geschäftsleitung: ‚Was wollt ihr denn, Gewerkschaft? Die wollen ja zumachen! Was verhandelt ihr denn da rum, denen machts ja nichts aus.'*"

Ja, so sollte das von außen aussehen. In Wirklichkeit war es aber so: Zwei Wochen vor der Schließung wird der Betriebsrat erst von der Schließung unterrichtet. Am nächsten Tag soll er auf einer Sitzung mit der Geschäftsleitung, der Gewerkschaft und irgendwelchen Amtsschimmeln der Schließung zustimmen. Er wird im Glauben gelassen, er hätte die Wahl zwischen Weiterführung des Werks und Kurzarbeit oder Stillegung und dafür eine Abfindung. Die Höhe und die Regelung dieser Abfindung wird dann in einem Sozialplan festgelegt.

Daß die Triumph jedoch schon Antrag auf Massenentlassungen gestellt hatte und daher Kurzarbeit gar nicht mehr in Frage kam, daß die Schließung also schon beschlossene Sache war, das wußte der Betriebsrat nicht! (oder wollte es nicht glauben?). „*Wie wir da verhandelt haben, haben wir den ganzen Vormittag gestritten und da haben wir die Schließung nicht unterschrieben, weil wir haben gesagt, wir wollen die Kurzarbeit.*" Schon auf dieser Sitzung sagte einer von der Geschäftsleitung: „*Jetzt möcht ich wetten, wenn wir da raufkommen nach Jandelsbrunn und erzählen das mit der Abfindung, dann sind die nur mehr für das Geld.*" Dem Betriebsrat wird erzählt, daß alle Sozialpläne extra abgeschlossen werden: „*Wenn's für Ortenburg einen Sozialplan gibt, dann gilt der noch lange nicht für die andern.*"

Nachdem sich der Betriebsrat auf dieser Sitzung nicht entscheidet, findet vier Tage später, Freitag, eine Betriebsversammlung statt. Inzwischen ist der Sozialplan ausgehandelt worden – für alle Werke der gleiche: Die Frauen bekommen für jedes Jahr, das sie bei Triumph arbeiten, einen Monatslohn als Abfindung. „*Wie die Geschäftsleitung dagewesen ist und hat uns den Sozialplan da verlesen (auf der Betriebsversammlung), da hat eine jede gesagt: ‚Ja, wir sind für den Arbeitsplatz', und kaum sind die weggewesen, haben sie sich so stark gefürchtet, daß sie die Abfindung nimmer kriegen . . .*" „*Der ganzen Belegschaft haben sie das mit der Abfindung so eingetrichtert, daß viele das Geld wollten.*"

Außer einer Frau, die eine gepfefferte Rede gegen die Gewerkschaft losließ (siehe unten), meldete sich während der Anwesenheit der Herren niemand zu Wort. Kaum waren sie weg, ging es los gegen den Betriebsratsvorsitzenden: „*Du hast uns alles verpfuscht, du Verbrecher . . .*" Die Spaltung kam voll zum Ausbruch. Die Frauen, die schon lange bei Triumph sind und meistens auch nicht in Jandelsbrunn wohnen, waren sauer auf den Betriebsrat, weil sie glaubten, durch seine ablehnende Haltung um ihre Abfindung zu kommen. Außerdem hatten sie den Worten der Geschäftsleitung entnommen: „*Die haben eh klipp und klar gesagt, daß mit der Kurzarbeit nichts drinsteht.*" In dieser Situation fällt dem Betriebsrat natürlich nichts anderes ein als: „*Stimmen wir ab. Stimmen wir gleich ab oder führen wir eine schriftliche Abstimmung durch? Weil wir's demokratisch durchführen mit Namen oder ohne Namen.*"

„*Gleich sind schon die Zettel gekommen, wer für den Sozialplan ist. Die Chefin hat gleich offen unterschrieben und ist mit der Liste umeinandergelaufen und zu jeder einzelnen hingegangen. Die Chefin kriegt auch das große Geld – 14 000 Mark, und außerdem kriegt's bis März '74 volles Gehalt und nochmal 600 Mark, weil sie schon über 10 Jahre beim Betrieb ist. Da möcht ich auch gehen; wenn ich 14 000 Mark kriegen tät, bin ich auch für die Schließung, aber da muß man auch nach den andern schaun. Die schaut nur nach sich selber, die hat jetzt ihr schönes Geld.*" „*Bei dem Zettel zur Unterschrift für den Sozialplan hat eine darunter-geschrieben: ‚Ihr könnt euch die Abfindung an den Hut stecken!' Die einen bekommen für 10 Jahre 10 Monatslöhne, die meisten bekommen fast garnichts, weil sie erst kurz angefangen haben.*"

Die Frauen werden unter Druck gesetzt; von der Werksleitung („*Da hast gar keine Zeit zum Überlegen gehabt. Da hast ins Büro gehen müssen, wenn du dagegen gewesen bist.*") und von ihren Männern („*Wenn die die Abfindung nicht kriegen, dann derschlag ich meine Frau und den Betriebsratsvorsitzenden dazu.*"). Außerdem wird die eine Gruppe, die für den Sozialplan ist, von der Werksleitung bevorzugt behandelt: „*Vom Büro aus werden die einen unterstützt, weil die dürfen ja Kaffee trinken, bezahlt – und die anderen müssen zur Werksleitung gehen und eine Abreibung holen, wenn's einmal ein paar Minuten zu spät kommen und die anderen haben ganze Nachmittage Urlaub, bezahlten, beim Kaffee . . . und das hat unser Zwei-Parteien-System geschaffen und ausgegangen ist es nur von der Werksleitung.*"

Dazu kommt noch die völlige Uninformiertheit. Die einen denken, es könnte immer noch Kurzarbeit geben, auch wenn sie für den Sozialplan stimmen, die anderen haben einfach Angst, daß sie dann überhaupt nichts bekommen, wenn sie jetzt nicht Ja sagen. Und so kommt es also, daß 64 von 91 dafür stimmen.

Und alle – außer den Frauen natürlich – sind es zufrieden; der Betriebsratsvorsitzende: „*Wir waren ja dann aus dem Schneider, mehr wollten wir nicht*"; die Gewerkschaft: weil sie nicht zu kämpfen brauchte und weil alles so schön frei und demokratisch abgelaufen ist. (Eberl: „*Wie ich damals gesehn hab, wie die Stimmung ist, wie es geheißen hat,*

Das Recht, die Stillegung zu verhindern, haben wir nicht – gottseidank sind wir noch in einer freien Demokratie, während im Ostendrüben – da wird diktiert!

HERR EBERL VON DER GEWERKSCHAFT TEXTIL-BEKLEIDUNG →



"Schöne Höschen"

INTERVIEW MIT EINER ARBEITERIN AUS JANDELSBRUNN

Frage: Wie war die Arbeit so bei Triumph?

Arbeiterin: Ja mei, mir hat's net gefallen. Früher war ich Kellnerin, da war das noch anders. In der Fabrik bist halt eine Nummer und zu sagen hast auch nichts. Ich hab' mich der Fabrik nie richtig anpassen können. Da mußt dir alles gefallen lassen und mußt immer pünktlich sein; morgen bei der Abschiedsfeier beim Gottinger (eine Gewerkschafts‚feier' anstatt des letzten Arbeitstages) müssen wir auch erst abstempeln gehen, damit wir auch den letzten Arbeitstag bezahlt kriegen . . . und heut ham's uns zum Abschied noch so Pralinen und son'n billigen Wein für 2 Mark 70 geschenkt und alte Korsetts, die sie ich nicht mehr loskriegen.

Was habt ihr gearbeitet?

Wir müssen die Seitennähte von Höschen nähen . . . scheene Höschen ham wir gemacht.

Was? ? ?

Ja, früher ham wir lange Höschen mit langen Seitennähten gemacht und später so kurze mit kurzen Nähten . . .

Im Akkord?

Am Band.

Ist bei euch auch immer der Stopper gekommen?

Ja, ja, der ist schon immer da rumgelaufen, aber wenn ich ihn gesehen hab, bin ich immer aufs Klo gegangen. Mit der Zeit ham sie das geschnallt und ham gesagt, des ist ja eine ganz Pfiffige. Da hab ich einfach immer mein Material versteckt und hab gesagt, ich hab grad keine Arbeit.

Wie war's mit dem Lohn?

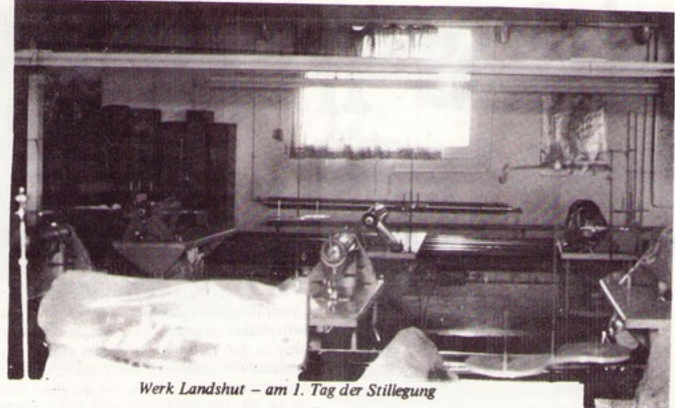
Wir Näherinnen sind so etwa auf 700 Mark netto gekommen, wenn wir den Akkord geschafft haben, aber viel arbeiten ham wir schon müssen. Wir war'n an dritter Stelle mit unserer Leistung.

An welcher dritten Stelle?

Von allen Triumphwerken ham wir am drittmeisten gearbeitet.

Und haben Sie dann auch mehr Geld dafür bekommen?

Na, mir nicht, die Gruppenleiterin hat mehr gekriegt.



Werk Landshut – am 1. Tag der Stillegung

auf keinen Fall Stillegung, hab ich zum Betriebsrat gesagt, komm wir kämpfen hier bis zum letzten, das ist ein Härtefall hier. Ich hab aber auch damals gesagt, eines steht fest, das Recht, die Stillegung zu verhindern, haben wir nicht – Gott sei Dank sind wir noch in einer freien Demokratie, während im Osten drüben, da würd' man schauen, da wird diktiert.") Und die Geschäftsleitung sowieso, weil die Frauen gegeneinander gekämpft haben und nicht gegen sie.

Für die Arbeiterinnen selbst sieht die Lage etwas anders aus: Sie fühlen sich betrogen, insbesondere von der Gewerkschaft, die ja den auch so sozialen Sozialplan mit ausgeklügelt hat. Wie sagte doch eine Frau: *„Der Kerl (Eberl) mit der Mausefalle ist gekommen und die Maus ist hinein und jetzt können wir wieder schauen, wie wir rauskommen. Genauso ist es: die Mausefalle haben sie uns gelegt und da sind wir hinein."* Aber wie sagte doch Müller: *„Wenn wir gegen jeden Angriff, der gegen uns gerichtet wird, immer gleich bis oben drüben sind, dann hätten wir uns als Gewerkschaft schon längst aufhängen müssen."*

Die Frauen würden ihre Abstimmung am liebsten wieder rückgängig machen, aber dazu ist es zu spät. Wenn jemand rechtzeitig erkannt hätte: Die Kapitalisten haben jetzt ihr Geschäft bei uns im Grenzland gemacht, die haben jetzt im Ausland was besseres gefunden, die können jetzt keine zehn Pferde mehr halten, schon gar nicht in Jandelsbrunn, das am weitesten ab liegt, die versuchen uns jetzt mit falschen Informationen durcheinanderzubringen und mit unterschiedlichen Abfindungen zu spalten, und die Gewerkschaft, die hat ja schon immer beim Krisengejammer mitgejammert – wenn das jemand früher erkannt hätte, dann hätte auch der Streit der Frauen verhindert werden können. Vielleicht hätten dann alle gesagt: Wir wollen unseren vollen Lohn weiterbezahlt bekommen, solange, bis wir einen eben so guten und eben so nahegelegenen Arbeitsplatz kriegen. Aber mindestens hätte man eine höhere und für alle gleiche Abfindung durchsetzen können. Dazu hätte man sich aber auch überlegen müssen, wie (er)preßt man den Triumph-Kapitalisten oder den Behörden etwas ab. Und da wäre einem schon was eingefallen.

Jetzt sieht die Sache für die Frauen schlecht aus. Arbeitslosenunterstützung gibt es vorerst mal für drei Monate. Die dritte Arbeit, die ihnen das Arbeitsamt vermittelt, müssen sie annehmen und es ist sicher, daß es eine schlechtere Arbeit sein wird, schlechter bezahlt und viel weiter weg. Sie werden zu Pendlerinnen werden – genau wie ihre Männe. Die älteren Frauen werden überhaupt nicht oder nur sehr schwer wieder Arbeit finden. *„Ich scheiß ja auf die 5 000 oder 3 000 Mark, die ich da krieg, die hab ich in ein paar Monaten wieder ausgegeben. Das ist bald weg. Aber die Arbeit haben wir auch nimmer."* ■

Wir als *WIR-WOLLEN-ALLES*-Gruppe waren aber auch Spätzünder. Schon eine Woche früher hätten wir mit den Arbeiterinnen sprechen müssen. Wir hätten Verbindungen mit den anderen betroffenen Werken aufnehmen können. Die Bereitschaft der Frauen war groß. Ihre Kommunikation untereinander unvergleichlich besser als in einem Großbetrieb in der Stadt. Man hätte Aktionen machen können. Der Funke hat gefehlt. Wir haben es versäumt.

"Lieber geh' ich noch zur Baader-Meinhof-Gruppe"

Rede einer Arbeiterin auf der genannten Betriebsversammlung

Sie steht auf, zieht einen Zettel aus der Tasche und sagt: *„Wenn die großen Politiker ihre Reden ablesen, dann kann ich das auch.*

1. Warum hat uns Herr Eberl bei der letzten Betriebsversammlung nicht gesagt, daß unser Werk das nächste ist, dem das Totenhemd angezogen wird. Der hat das genau gewußt; drum war die Sache mit Fräulein X für ihn keine Sache mehr. Zu uns sagte er die alte Leier, die wir schon auswendig kennen: ‚Es war wieder eine Krise, die haben wir überstanden. Ein paar Werke haben wir geschlossen. Wir haben uns bemüht, die Arbeiterinnen zum größten Teil bei anderen Firmen unterzubringen.' Wo bringt ihr uns unter? **Beim Arbeitsamt als Stemplerinnen. Keine Partei in der Bundesrepublik ist so groß wie die Gewerkschaft und sie ist nicht in der Lage, im Grenzgebiet 90 Arbeiterinnen wenigstens zu Kurzarbeit zu verhelfen.** Er traute sich auch noch zu, zu sagen, von der DDR würden angeblich Miederwaren billig eingeführt, aber die jetzige Regierung und die Gewerkschaft ist schon auf Draht, die Einfuhr rechtzeitig zu bremsen. Da sind bestimmt die Bremsbeläge schon kaputt.
2. Gut, daß Sie, Herr Eberl, nicht bei der Bundeswehr sind. Da hieße es nur mehr „links um!" oder „links schwenkt, Marsch!" und mit lauter „links" wären wir schon kurz vor Moskau. Lang dauert es sowieso nicht mehr, dann kostet eine Maß 5 Rubel und 20 Zloti.
3. **Ein altes Sprichwort heißt: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott. Bei der Gewerkschaft heißt es: Hilf dir selbst, dann hilft dir die Gewerkschaft und eines sag ich ihnen: Sollten Sie mich in einem Betrieb mal wiedersehen, gehen Sie mir ja nicht in die Nähe, denn lieber geh ich noch zur Bader-Meinhof–Gruppe."**

Triumph INTERNATIONAL u. ELEND im bayer. Grenzgebiet

Die Weltfirma Triumph International schließt sechs Fabriken im bayerischen Grenzgebiet zur Tschechoslowakei. 550 Arbeiterinnen stehen auf der Straße. Sie bekommen Abfindungen, die nach Dauer der Betriebszugehörigkeit gestaffelt sind; einen Monatslohn für jedes Jahr, aber keinen gleichwertigen Arbeitsplatz – weil es dort keine gibt.

Meistens sind es Dörfer, wo Triumph tatsächlich die einzige Fabrik am Ort ist. Die Fabrikschließung heißt für die Frauen, daß sie zu einem neuen Arbeitsplatz bis zu zwei Stunden täglich hin- und zurückpendeln müssen. Wenn sie überhaupt eine neue Arbeit finden.

Die im Grenzgebiet ansässigen Firmen haben z. T. Einstellungsstops. Wenn überhaupt jemand eingestellt wird, dann die jüngeren Frauen bis 35 Jahre. Sowohl die Werksleitung als auch die Stadtverwaltungen und Arbeitsämter haben versucht, Käufer für die geschlossenen Fabriken zu finden, was allerdings nicht gelang. Die bayerische Regierung will versuchen, neue Unternehmen für die Ansiedlung in diesem Gebiet zu gewinnen.

Auch der Aufbau von Triumph war gefördert worden durch die Zusicherung von Gewerbesteuerfreiheit auf zehn Jahre. Die Gemeinden selbst hatten Triumph Grundstücke oder Gebäude zur Verfügung gestellt. Dennoch war die Produktion im Ausland und die Schließung der deutschen Werke für Triumph offensichtlich profitabler. Denn die Werke wurden z. T. schon vor Ablauf der Zehnjahresfrist aufgegeben.



Jandelsbrunn ist das 20. Werk, das in den letzten drei Jahren geschlossen wurde. Die Gemeinde hatte sich seit Jahren bemüht – wegen der hohen Arbeitslosigkeit – einen Industriebetrieb „anzuwerben". (Arbeitslosenquote in manchen niederbayerischen Dörfern über 25 %) Die Firma Triumph International hat sich dann vor fünf Jahren entschlossen, in Jandelsbrunn ein Werk zu „errichten", d. h. die Gemeinde baute für ca. 10 000 DM ihr leergewordenes Schulhaus um. Triumph brauchte nur noch Tische und Nähmaschinen reinzustellen, die Arbeitskräfte standen eh schon vor der Tür, die Produktion konnte laufen. Da die „Firma" Arbeitsplätze geschaffen hatte, bekam sie natürlich noch staatliche Förderungsmittel und die zehnjährige Steuerfreiheit. Jetzt hat Jandelsbrunn keine leere Schule mehr, sondern eine leere Fabrik. Der Umbau für einen anderen Zweck wird wieder mehrere tausend oder zehntausend Mark kosten.

Jandelsbrunn: ehemals ein leeres Schulhaus – jetzt eine leere Fabrik

Im Werk Jandelsbrunn arbeiten 90 deutsche Frauen und ein Mann. Sie nähen an zwei Bändern Miederhöschen im Akkord. Die meisten haben Lohngruppe 3; mit Akkordverrechnung kommen sie auf ca. 700 DM netto. Der größte Teil ist verheiratet. Die Frauen wohnen im Dorf selbst oder in der nächsten Umgebung.

In Jandelsbrunn gibt es jetzt nur noch die Wohnwagenfabrik Knaus mit ca. 600 Beschäftigten. Der Schwiegersohn vom Bürgermeister (CSU) ist dort leitender Angestellter. Das Gelände für die Fabrik wurde natürlich auch auf Kosten der Gemeinde erschlossen. Knaus stellt keine Gewerkschaftsmitglieder ein.

Seit die beiden Fabriken am Ort sind, hat die Gemeinde eine Verschuldung von 300 000 Mark. Wichtige Sozialaufgaben wie Kindergarten und Schwimmbad können nicht in Angriff genommen werden. 70 % der Männer von Jandelsbrunn sind Pendler. Die Kneipen sind abends leer. ■



NUR NOCH WENIGE TAGE

was ist los in der textilindustrie ?

Die Meldungen: 31 000 Entlassene, 50 000 machen Kurzarbeit, über 200 Betriebe wurden geschlossen. Man spricht von Absatzkrise: Die Konsumenten könnten wegen der allgemeinen Teuerung keine Textilien mehr kaufen, aber das spielt z. Zt. nur eine bescheidene Rolle.

ABSATZKRISE-NEIN

Die Textilindustrie hat immer noch einen Umsatzsteigerung von 8–10 %. Die Nino AG z. B. – eines der größten deutschen Textilunternehmen – meldet für 1972/73 eine Umsatzsteigerung von 30 %. Selbst der Betriebsleiter eines Triumphwerkes bestätigte uns zu einem Zeitpunkt, wo sechs Triumph-Werke geschlossen wurden: „Der Umsatz an Miederwaren steigt."

Eine geplante Umstrukturierung

Die Frage für die Textilindustrie ist wie für jede andere Industrie auch: Wie können wir die Profite steigern? Die Möglichkeit liegt in der Senkung der Lohnkosten. Innerhalb der Textilindustrie gibt es zwei große Bereiche, den der Stoffherstellung (Spinnereien, Strickereien, Webereien) und den der Stoffverarbeitung (Nähereien usw.). Die Möglichkeit zu automatisieren, ist bei der Stoffherstellung leichter möglich (größere Massenproduktion) als bei der Stoffverarbeitung (viele verschiedene Arbeitsgänge, die sich z. B. durch die Mode oft verändern.

Flaute in der Bekleidungsindustrie SZ 23.10.73

Kurzarbeit jetzt für 18 500 Arbeiter in 202 Betrieben

Alter Textilbetrieb gibt auf 31.10.73

Reutlingen

Konzentration und Rationalisierung

Die Profitsteigerung im Bereich der Stoffherstellung wird also durchgesetzt durch weitere Automatisierung, also Einsparung von Arbeitskräften. Dieser Industriezweig wird weiterhin in den hochindustrialisierten Ländern bleiben, weil dort die Maschinen gebaut werden können und die entsprechenden Fachkräfte dazu vorhanden sind. Automatisierung bedeutet aber: Zentralisierung der Produktionsstätten, also große Werke mit Mehrschichtenbetrieb. Die kleinen Betriebe in den ländlichen Gegenden werden deshalb nach und nach geschlossen. Die Nachteile für die Arbeiter sind klar: Pendeln oder Umsiedeln in die neu entstehenden Trabanten-Vororte, Schichtarbeit und größere Arbeitshetze. Aktuell: Arbeitsplatzverlust oder -wechsel, Kurzarbeit, Frührentner o. ä. – auf jeden Fall Lohnsenkung.

Produktion in „Billiglohnländern"

Bei der Textilverarbeitung gehen die Kapitalisten einen anderen Weg, um Löhne zu sparen. Sie nutzen die Hungerlöhne in den Ländern der Dritten Welt, um mit einem Minimum an Lohnkosten zu produzieren.

Ein Beispiel: Rollei hat 1970 eine Fabrik in Singapur aufgebaut. Die Lohnkosten für 5 500 Arbeiter dort betragen 11 Millionen DM pro Jahr (Jahresdurchschnitt für einen Arbeiter 2 000 DM), in Braunschweig hätten die Lohnkosten für dieselbe Produktion 120 Millionen DM betragen.

Die Tendenz der Produktionsverlagerung ist statistisch u. a. abzulesen am „Einfuhrüberschuß" (Differenz zwischen Ein- und Ausfuhr). 1960: 832 Millionen DM, 1969: 1,8 Milliarden DM und 1972: bereits 4 Milliarden DM, also ein enormer Anstieg der Einfuhren in den letzten Jahren. Der Staat vertritt in diesem Fall die Interessen der großen Industrien, die im Ausland Fabriken aufgebaut haben und in Europa die dort hergestellten Waren verkaufen wollen. So wurden die Einfuhrbeschränkungen und Zollschranken weitgehend aufgehoben; die kleineren Firmen sind nicht mehr konkurrenzfähig, machen pleite oder werden aufgekauft (was nicht heißt, daß sie vorher nicht gut verdient hätten).

Die billigen Einfuhren kommen im wesentlichen aus den Entwicklungsländern (Südamerika, Nordafrika, Asien; Löhne ca. ein Zehntel der hiesigen), immer mehr auch aus den klassischen Emigrantenländern (Griechenland, Spanien, Portugal, Italien usw.; Löhne ca. ein Drittel der hiesigen) und vor allem immer mehr auch aus den Ostblockländern (Ungarn, Polen, Bulgarien, Jugoslawien, DDR usw.). Bevorzugt werden also Länder mit niedrigem Lohnniveau, hoher „Arbeitsdisziplin" durch staatliche Kontrolle (z. B. Streikverbot) – faschistische und sozialistische Länder. So einfach ist es z. B. für Müller-Wipperfürth:

Gewerkschaft: Rezession in der Bekleidungsindustrie

10.11.73 SZ **Düsseldorf** (ddp)

Die Textil- und Bekleidungsindustrie in der Bundesrepublik befindet sich nach Ansicht der Gewerkschaft Textil/Bekleidung in einer Rezession. Ein Gewerkschaftssprecher erklärte in Düsseldorf, die Beschäftigungslage in diesem Industriezweig habe sich im Oktober „sprunghaft verschlechtert". Die Zahl der Arbeitslosen sei bis Mitte Oktober um 3236 auf insgesamt 15 125 gestiegen. Damit habe sie die Zweiprozentmarke überschritten. Rund 45 000 Arbeitnehmer hätten im Oktober Kurzarbeit auf sich nehmen müssen. Das seien 66 Prozent aller Kurzarbeiter in der gesamten Wirtschaft. Im November müsse mit einem Anstieg der Kurzarbeiterzahl in der Textil- und Bekleidungsindustrie auf 80 000 gerechnet werden.

Noch vor zwei Jahren hat derselbe Müller-Wipperfürth in Italien eine Fabrik geschlossen und 830 Arbeiter auf die Straße gesetzt, weil sie durch Streiks eine Lohnerhöhung durchgesetzt hatten. „Danach hat sich die Firma im Ostblock umgesehen – erfolgreich", heißt es in dem Bericht (Handelsblatt, 8. 4. 1971).

Ausbeutung im Ostblock – krisensicher und profitabel

Die Einfuhr aus den Ostblockländern einschließlich DDR nimmt mehr und mehr zu: Anfang 1969: 250 Millionen DM, Ende 1969: 520 Millionen DM, 1970: ca. 1 Milliarde DM. Für die Strumpffabrik „Esda" in der DDR z. B. sieht es so aus: 50 % des Exports geht in kapitalistische Länder, 25 % davon in die BRD an Hertie, Kaufhof, Woolworth, Edeka und Aldi. Eine Esda-Arbeiterin verdient bei einer 42,5 Stundenwoche im Durchschnitt zwischen 700 und 800 DM.

Triumph läßt z. B. in der DDR nähen, d. h. zugeschnittene Stoffteile aus einem Triumph-Betrieb in der BRD werden in die DDR gefahren und dort zu Höschen und BHs vernäht und wieder zurücktransportiert in die BRD zum Verkauf. Die Betriebe im Grenzland, die das gleiche gemacht haben, wurden geschlossen, in der DDR wird weiterproduziert. Die Beschissenen sind die Arbeiter, sowohl im Grenzland, wie in der DDR.

Drüben werden z. B. auch Geschirrspülmaschinen für westdeutsche Versandhäuser produziert. Dort kann man als normaler Arbeiter aber überhaupt nicht keine Spülmaschinen kaufen.

DER KAMPF DER ARBEITER

In der BRD haben die Unternehmer leichtes Spiel gehabt; es hat kaum Widerstand gegen die Fabrikschließungen gegeben. Das haben sie sich allerdings erkaufen müssen durch einen sog. „Sozialplan", der eine Abfindung nach Jahren Betriebszugehörigkeit vorsieht. Das hat eine Spaltung bei den Arbeitern verursacht, die unterstützt wurde durch die Verdummungspolitik der Gewerkschaft.

Müller-Wipperfürth findet an Tunesien Gefallen 4.4.73

Tunis (VWD) — Tunesien soll für die Alfons-Müller-Wipperfürth-Gruppe der Investitionsschwerpunkt der nächsten Jahre werden. Vor etwa einem halben Jahr hatte sich Müller-Wipperfürth entschlossen, gewissermaßen probeweise in Tunesien eine Hosenfabrik einzurichten, weil ihm die Standortvorteile wie niedrige Löhne, genügend Arbeitskräfte, gesetzliches Streikverbot und Steuerbefreiung auf die Dauer von 10 Jahren überaus günstig erschienen. Dieses „tunesische Abenteuer" hat sich für Müller-Wipperfürth so gut angelassen, daß er jetzt weitere Produktionsstätten in Tunesien einrichten will. Die in diesen Tagen in Monastir an der tunesischen Küste in Betrieb gehende Bekleidungsfabrik mit vorgeschalteter Spinnerei und Weberei soll zunächst täglich 1000 Herrenhosen produzieren und ihre Fertigung bis Jahresende auf 4000 Einheiten erweitern. Der weitaus größte Teil der Produktion ist zum Verkauf auf dem deutschen und westeuropäischen Markt vorgesehen. Für die Schaffung weiterer Produktionsstätten laufen Vorgespräche.

Trotz dieses intensiven Engagements in Nordafrika hat Müller-Wipperfürth, wie er in einem Gespräch versicherte, aber nicht vor, deshalb etwa seine Zelte in der Bundesrepublik oder Belgien abzubrechen. Seine Konzeption für die nächsten Jahre läuft darauf hinaus, vorwiegend im Ausland zu produzieren und zumindest zum größten Teil in der Bundesrepublik zu verkaufen.

Die Situation von Arbeitern, die durch Umstrukturierungen des Kapitals ihre Arbeitsplätze verlieren, ist nicht nur ein Problem in der Textilindustrie oder gar des bayerischen Grenzlandes. Vor Jahren, und seit neuestem wieder, war es der Bergbau, jetzt ist es die Textilindustrie und die Bauindustrie. Etwas später wird es vielleicht die feinmechanische Industrie sein. Diese sog. Krisen werden auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen, wenn sie sich nicht dagegen wehren. In anderen Ländern – Italien und Frankreich – tun sie es bereits erfolgreicher als hier. Die erste Antwort auf die Schließung einer Fabrik ist meist die Besetzung durch die Arbeiter, die Fabrik sozusagen als Geisel (manchmal incl. Direktor), als weiteres die „Beschlagnahme" der Lagerbestände und evtl. der Maschinen, ein Vorgehen, das die Unternehmer und die bürgerliche Öffentlichkeit als „illegal", „Diebstahl" oder „Unterschlagung" anprangert. Für die Arbeiter ist es die einzige effektive Kampfform und die letzte Möglichkeit, zu holen, was zu holen ist und was man braucht. Dabei scheißen sie auf die Legalität, für sie gibt es nur ein Recht: das Recht auf Leben – für das sie kämpfen müssen.

Italienische Fabrik von Arbeiterinnen übernommen

10.11.73 SZ **Cairo Montenotte** (AP)

Italienische Arbeiterinnen haben in Cairo Montenotte an der Riviera die Leitung einer Kleiderfabrik übernommen. Die Frauen hatten die Fabrik seit dem 20. Oktober besetzt gehalten. Am Donnerstag nahmen sie die Produktion der Firma wieder auf, indem sie Stoffe aus dem Lager verarbeiteten. Ihre Gehälter wollen die Arbeiterinnen sich vom Verkaufserlös bezahlen. Die 30 Italienerinnen hatten die Firma besetzt, nachdem deren Besitzer seinen Beschäftigten zwei Monate lang die Gehälter schuldig geblieben war. Als Grund hatte er finanzielle Schwierigkeiten angegeben. Der Besitzer der Fabrik hat bisher nichts gegen die Übernahme der Leitung seiner Firma durch die Frauen einzuwenden. Ein ähnliches Experiment der Übernahme der Firmenleitung durch Arbeitnehmerinnen war in einem Mailänder Vorort im Oktober gescheitert.

In der Textilindustrie entstehen Umsatz-Milliardäre SZ 8.2.73

Konzentrationsprozeß zwingt Klein- und Mittelbetriebe zur Aufgabe

be. **Münster** (Eigener Bericht) — *Die Textilindustrie werde sich in wenigen Jahren zu einer Branche entwickeln, die ähnlich zusammengesetzt ist wie andere große Branchen. Sie werde nur noch aus einigen multinationalen Großunternehmen mit Umsätzen von je einer Milliarde DM und mehr bestehen, außerdem aus einer ganzen Reihe von Mittelfirmen in der Größenordnung ab 100 Mill. DM Umsatz. Die Zahl der Klein- und Mittelunternehmen, welche diese Umsatzgrenze nicht erreichen, werde dagegen rapide schrumpfen. Diese Ansicht vertrat der Textilindustrielle Hendrik van Delden in einem Referat vor deutschen und holländischen Textilindustriellen in der Universität Münster.*

In den letzten 15 Jahren hat die Anzahl der Textilbetriebe im Bundesgebiet ständig abgenommen. 1956 zählte die Branche noch 4632 Betriebe, heute sind es nur noch 3407. In Wirklichkeit sind es sogar weniger, wenn man nur die selbständigen Unternehmen rechnen würde. Den Zwang zu diesem Prozeß sieht der Textilindustrielle aus dem Münsterland sowohl in der Entwicklung der Personalkosten wie in der technologischen Entwicklung. Nur in den Personalkosten steckten noch Rationalisierungsmöglichkeiten in Höhe von mehreren Prozenten des Umsatzes.

Extrem teure Arbeitsplätze

Dies setzt aber einen Kapitaleinsatz in früher unvorstellbaren Größenordnungen voraus. Kostete ein Arbeitsplatz in einem einschichtigen Betrieb 1950 in einer Spinnerei noch 85 000 DM, so waren es 1971 bereits 913 000 DM. In einer Spulerei stieg der Aufwand sogar von 20 500 DM auf 2,06 Mill. DM. Diese Investitionen rentieren nur bei dreischichtigem Betrieb. So erzeugte der Arbeitsplatz eines Spulers 1952 in drei Schichten 126 t pro Jahr, heute sind es nach entsprechenden Investitionen 2517 t. Der Unternehmer, der diese Investitionen vornimmt, muß also auch für den entsprechenden Absatz sorgen. Deshalb kann man laut van Delden davon ausgehen, daß jährlich mindestens 100 Betriebe aus dem Produktionsprozeß ausscheiden.

Die Frauen von Jandelsbrunn und anderswo waren bestimmt nicht scharf auf die Akkordarbeit bei Triumph, sondern auf den Lohn, den sie zum Leben brauchen, und auf die Kollektivität und Solidarität, die unter der Frauen bestanden hat. Ihre Forderung hätte sein müssen: Weiterzahlung des Lohns, egal wie oder von wem, egal ob arbeitslos oder bei einer anderen Arbeit – der garantierte Lohn. Realistisch wäre zumindest die Durchsetzung einer gleich hohen Abfindung für alle gewesen und einer genügend hohen Abfindung.

IMPRESSUM

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis ist DM 1,00 – Abo für 12 Nr. inkl. Versandkosten DM 12,00. Der Versand wird nach Eingang des Geldes aufgenommen. Konto: Wir wollen alles, Gaiganz.Postscheckamt Nürnberg Nr.4684-852. Presserechtlich verantwortlich: Gisela Erler, 8 München, Josephsburger Straße 16.

Druck, Verlag: Politladen Erlangen.

Diskussion



Manteltarifvertrag – Gewerkschaften Kampf gegen die Arbeit

Zum Metaller-Streik in Baden-Württemberg

In der WWA Nr. 9 kommentierte die Arbeitersache München den Metaller-Streik. Eine Gruppe des RK entwickelte im Zusammenhang mit der Diskussion der Streikbewegungen dieses Sommers eine andere Interpretation dessen, was in Baden-Württemberg gelaufen ist. Wir meinen, daß die Münchner Genossen ein paar Fehler machen, wenn sie die Ergebnisse der Verhandlungen und des Streiks um den Manteltarifvertrag als politisch bedeutungslos abtun. Wir sehen die Sache anders:

– Keine Verkürzung der Arbeitstakte, keine Taktzeit unter 1,5 Minuten bei Neueinrichtung von Band- und Taktarbeiten;
– 5 Minuten Pause in der Stunde für jeden Arbeiter;
– Besetzung der Bänder und Zahl der Springer muß mit dem Betriebsrat vereinbart werden;
– Mindestverdienstgarantie für Akkordarbeiter von 125 % des Betriebsdurchschnitts;
– Kündigungsschutz für Kollegen ab dem 53. Lebensjahr, Verdienstabsicherung ab dem 55. Lebensjahr

das sind die Ergebnisse der Auseinandersetzungen um den Manteltarifvertrag in der Metallindustrie Baden-Württembergs, Ergebnisse des gewerkschaftlichen Streiks. Das ist **nicht** das Ende des Kampfes gegen die Intensivierung der Arbeit, der Ausbeutung, das ist nicht die Abschaffung des Lohnsystems. Das sind aber reale Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter, ebenso wie der Zehn- und später der Achtstundentag. Und wie im Falle des Achtstundentags gilt, daß diese Ergebnisse widersprüchlich sind, denn die Kapitalisten werden wie immer versuchen, das was sie auf der einen Seite zugestehen, den Arbeitern auf der anderen Seite wieder wegzuholen, durch Verschärfung der Arbeit in der verbleibenden Zeit, über die Preise oder sonstwie. Wir halten es aber für eine intellektuelle, borniert Haltung, diese Verbesserungen deshalb wegzuleugnen, weil sie nicht das Lohnsystem über den Haufen schmeißen. Forderungen und Erfolge werden auch deshalb nicht zu falschen Forderungen, weil sie von der Gewerkschaft aufgegriffen und vertreten werden. Die Forderungen, die wir in unserer Agitation beim Opel zur Arbeitsorganisation formulierten, waren nicht deshalb richtig, weil sie von uns kamen und unsere politische Richtung o. k. ist, sondern weil es, wie immer verdeckt auch, Forderungen der Arbeiter waren, mit denen sie sich gegen die objektive Verschärfung der Arbeitsbedingungen wehrten.

Die Kritik an der Gewerkschaft kann nicht darauf hinauslaufen, daß sie reale Arbeiterinteressen vertritt, sich an eine Bewegung anhängt. Es war ein Fehler von uns zu glauben, die Gewerkschaften könnten und würden solche Forderungen nicht aufgreifen. Daß sie faktisch die Massenbedürfnisse kanalisieren, daß sie sie innerhalb der Kapitallogik, innerhalb der Spielräume des Systems hält und durchsetzt, das ist die Kritik, die richtig und wichtig ist, wann auch nicht neu, denn das ist eine ihrer Funktionen, wie schon der alte Marx es beschrieb. Die Gewerkschaft ist halt eine Gewerkschaft. Daß die Gewerkschaften diese Forderungen aufgreifen muß, wenn sie ihre Funktion im Kapitalismus nicht verlieren will, ist klar und verweist eher auf die Bedeutsamkeit dieser Forderungen und der Ergebnisse, denn auf ihre Bedeutungslosigkeit, die die Arbeitersache zum Ausdruck bringt. Zu ihren Funktionen gehört heute aber nicht nur Massenbedürfnisse zu kanalisieren, soziale Kampfbewegungen zu entschärfen. Mit diesem Manteltarifvertrag verdeutlicht sie ihre Aufgabe, die Erhaltung der Arbeitskraft für die kapitalistische Produktion zu gewährleisten und weiter, sie wird immer mehr Organisator dieser Produktion. Für die Besetzung der Bänder, die Zahl der Springer ist nun auch der Betriebsrat zuständig, d. h. er wird zum direkten Gegner, wenn dabei Konflikte auftreten. Daß die Ergebnisse der Verhandlungen in die juristische Form des Manteltarifvertrags gegossen wurden, können wir ebenso wie bei der Frage des Achtstundentags oder der Lohnfortzahlung nur als einen realen Erfolg für die Arbeiter halten. Es ist, auf der Basis des Lohnsystems, ein Brückenkopf, von dem aus man besser weiterkämpfen kann. Wenn die Arbeitersache schreibt: Was bedeutet die Fünf-Minuten-Pause pro Stunde, wenn dann die Stopper kommen und den Akkord hochsetzen? Wer stoppt die Stopper, fragen die Genossen. Die Kapitalisten sicher nicht, wenn sie einer stoppt, werden es die Arbeiter selber sein.

Gewerkschaft und Organisation der Arbeit

Die politisch bedeutsame Funktion dieses gewerkschaftlichen Streiks war, daß das Thema der sich verschärfenden Arbeitsbedingungen öffentlich geworden ist, diskutiert wird, in allen Betrieben und außerhalb. Was alle Arbeiter wußten, wird jetzt offen gesagt, in der Presse, im Fernsehen, die Arbeit ist Scheiße. Nicht mehr nur auf den Flugblättern der Linken kann man das lesen. Das ist gut, denn das ergibt ein geschärftes Bewußtsein, auch gegen die Versuche des Kapitals, sich das Zugestandene wieder zurückzuholen. Das ergibt größere Resonanz und Sensibilität für die Agitation gegen die Intensivierung der Arbeit. Für die Kapitalisten ist es relativ gleichgültig, wie sie ihre Extraprofite machen, ob über Intensivierung der Arbeit, über Lohndrückerei, über Produktivitätssteigerung im Zusammenhang mit dem, was sie erhöhte Arbeitszufriedenheit oder Humanisierung der Arbeit nennen. Klar ist, daß sie diese nur zugestehen, wenn sie im ganzen keine Profiteinbußen haben. Und in Baden-Württemberg wurde auf den Streik hin etwas zugestanden, nichts erkämpft. Hinter die von der bürgerlichen Presse gefeierte „Humanisierung der Arbeit" konnten sie z. Zt. wohl schlecht zurückfallen, zumal die Einheit im Unternehmerverband abzubröckeln drohte. Die Kapitalisten machen ja auch ihre Erfahrungen, wenn sie den Bogen mit der Arbeitsintensivierung überspannen, bei FIAT führen sie jetzt auch Experimente mit Gruppenarbeit durch.

Hinter dem Artikel der Münchner Genossen, hinter der Verleugnung der Bedeutsamkeit der Ergebnisse für die Arbeiter, schlummert eine vertrackte Verelendungstheorie, nach der die Arbeiter sich nur dann wehren werden, wenn es ihnen verdammt dreckig geht und wenn sie ganz kaputt von der Arbeit kommen. Abgesehen davon, daß die Arbeit in den Metallbetrieben Baden-Württembergs und, wenn die Manteltarifverträge auch in Hessen geändert werden, beim Opel immer beschissen bleiben wird, und die Genossen sicher keine Angst zu haben brauchen, daß die Arbeiter sich wegen der 5 Minuten Pause jetzt mit ihrer Arbeit zu identifizieren anfangen, sind 5 Minuten Pause in der Stunde besser als keine Pause, da kann man rumlaufen, mit Kollegen reden, den Meister ärgern oder vielleicht auch was organisieren.



Reform und Revolution

Wir sollten uns mal wieder Gedanken über die Dialektik von Reform und Revolution machen. Die Nicht-Integrierbarkeit von Forderungen kann nicht das einzige Kriterium für eine politisch richtige Forderung sein. In vielen Fällen läuft die relevante politische Auseinandersetzung mit den Radikalreformisten nicht über die Inhalte der Forderungen, da kann man sich oft einig werden (die Jusos in Frankfurt wollen auch, daß alle gute Wohnungen haben). Die Differenz liegt im Setzen von Prioritäten, im Bezug auf die Massen, in den Formen der Durchsetzung, in der Bereitschaft, den Rahmen des Legalismus zu sprengen (und das ist die Gewalt der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse), damit man die Forderungen auch wirklich durchsetzen kann.

Die Genossen von der Arbeitersache machen einen Fehler, wenn sie den Kampf gegen die Intensivierung der Arbeit vom Kampf gegen die Arbeit, d. h. die kapitalistische Arbeit, die Ausbeutung und dem Kampf um die Teuerungszulage, den Lohn in einem Zeitpunkt zu trennen suchen, an dem die Gewerkschaft diese Forderungen aufnimmt. Diffamierend lassen sie einen freundlichen Griechen sagen: „Lieber verdiene ich ein paar Pfennige weniger, wenn ich dafür menschlicher arbeiten kann." Das, so etwa, sei der Ausspruch von einem, der der Gewerkschaft auf den Leim gekrochen ist, der nur von der Teuerungszulage abgelenkt werden soll. Damit geben sie aber ein zentrales Moment ihrer eigenen politischen Forderungen auf: die Forderung, sich nicht Arbeitsmühe, physische und psychische Zerstörung versilbern oder abkaufen zu lassen. Der freundliche Grieche sagt nichts darüber, daß er zwar menschlich arbeiten, aber unmenschlich wohnen, essen, leben will.

Die Parole der Arbeitersache „Kampf gegen die Arbeit" ist eine revolutionsstrategisch zwar richtige Parole, sie eignet sich aber nicht als Kampfparole, da sie stets erst übersetzt und in konkrete Kampfziele umformuliert werden muß. Der Kampf gegen die kapitalistische Arbeit, die Abstraktifizierung der Arbeit ist für die Arbeiter ein Kampf gegen das Band, den Lohnanreiz, den Akkord, gegen die kapitalistische Technologie und gegen diejenigen, die meinen, man brauche diesen Dreck auch noch im Sozialismus. Konkret kämpft man aber nicht gegen die Arbeit, sondern für mehr Pausen, kürzere Arbeitszeit, längeren Urlaub, mehr Lohn.

Die Diskussion um Arbeit, gesellschaftliche Arbeit steckt bei uns noch in den Anfängen. Wir halten sie für sehr wichtig, da sie einen wichtigen Punkt der Auseinandersetzung mit den Revisionisten ausmacht.

















Leserbrief zum Streik der Saarkumpel

(Siehe dazu auch die WWA-Sondernummer zum Saarstreik)

Liebe Genossen,

am 25. Oktober, am Mittwoch, lasen wir in den Zeitungen: Streik im Saarland. Ich glaube, da paßte keiner so recht auf erst mal. Am Donnerstag stand aber drin: 15 000 Bergleute stürmten den Landtag, morgen wollen sie Frauen und Kinder mitbringen. Das hat uns alle mitgerissen. Wir haben zwar in diesem Jahr von den Arbeitern viel gelernt, aber das war doch ganz schön stark. Wir wollten unbedingt hin!

Wir fuhren also Donnerstag Nacht los, ich war irrsinnig gespannt, schließlich hatte ich noch nie einen Streik miterlebt. Einen richtigen **Arbeitskampf!** Viele Genossen kritisieren das vielleicht, daß man zu einem Streik hinfährt, um sich den anzusehen, aber wir wollten uns den Streik nicht einfach ansehen, wir wollten was lernen, von den Aussagen der Arbeiter, von den Kampfinhalten, von Diskussionen dort. Ich glaube sogar, daß das unheimlich wichtig ist, Fabriken oder Bergwerke, Arbeiter und Situationen kennenzulernen, die man nie vorher gesehen hat. Und das, was man gesehen und erfahren hat, wieder zurückzutragen, dort wo man selber kämpft und arbeitet.

Am Freitag am frühen Morgen waren wir in Saarbrücken: keine Demonstrationszüge, keine Arbeiter in Massen, keine Frauen, keine Kinder. Scheiße, dachte ich. Hier muß ich den Kumpels aus der Saar Abbitte leisten: der Kampf war vorbei, aber was wir von ihnen trotzdem gelernt haben, das war vielleicht wichtiger als das Triumphgefühl, das man bei einem Streik empfindet.

Vor der Bergwerksdirektion waren um 8.00 Uhr noch ungefähr hundert Streikende, fast alle aus der Zeche Reden, sie warteten noch, aber die Bergwerksdirektion ließ Busse vorfahren und gab per Lautsprecher durch: wer bis halb elf auf der Zeche ist, bekommt den ganzen Arbeitstag noch bezahlt, wer nicht fährt, fliegt raus. Da sind sie eben alle gefahren. Bis auf zwei, die standen noch herum und ich hab sie angeredet: wie gibts das, daß gestern noch 15 000 Kumpels demonstrieren und heute ist alles vorbei? Sie reagierten bitter, sauer, aber sie waren nicht resigniert. ‚Ei, wir han halt gege die Regierung gekämpft', sagte der eine, ‚wenn das ein Privatunternehmer gewesen wär, dann wär's scho gegange.'

Beide hatten Familie, einige Kinder. Ich fragte sie, warum sie noch hier stehen würden, wo doch alle in die Zeche eingefahren sind. Sie sagten, sie hätten eine solche Wut, daß sie einfach nicht hingehen konnten und arbeiten, als wäre nichts gewesen. „Aber die Gewerkschaften!" sagte der andere. „Das ist ein Gesindel. Ja, wenn die sich rausgehalten hätten, dann könnte mir des no verstehen, aber daß die uns in de Rügge gefalle sin, das werde mer denne ned vergesse!"

„Mir sollten geschlosse aus de Gewerkschaft austreten", sagte der andere wütend. Das haben wir von allen Arbeitern gehört, mit denen wir geredet haben. Nachmittags waren wir bei Schichtwechsel an der Zeche Langenweiler/Reden. Zuerst wußten wir nicht so recht, wie wir ein Gespräch anfangen sollten. Die Bergleute, die rauskamen, waren mit Recht mißtrauisch. Nur einmal machte ich den Fehler zu sagen, daß ich für eine Zeitung schreibe. (Ich hatte einfach Schiß, zu sagen, ich bin eine Genossin, und ich will was über euren Streik erfahren.) Der Kumpel schleuderte mir ein paar deftige Komplimente hin: „Mit diesem Lumpenpack wollen wir nix mehr zu tun haben. Was die aus unserem Streik gemacht haben." Nachher sagte ich immer gleich, wer ich bin und was ich will. Da tauten dann die Kumpels wirklich auf. Der Werkschutz muß unheimlich Schiß davor gehabt haben, daß wir mit den Bergarbeitern reden, denn einer kam gleich raus, als er uns sah und pöbelte einen Genossen an. Der Arbeiter, mit dem der Genosse geredet hatte, verabschiedete sich hastig: „Ich hab persönliche Repressionen zu befürchten, leider kann ich nicht mit dir reden." Wir gingen dann vom Tor etwas weiter weg auf einen großen freien Platz, wo sich nach Schichtende haufenweise die Bergleute zusammenstellten und diskutierten.

Dann sah ich den M[redacted]: ein Typ, wie aus einem kommunistischen Bilderbuch: kantiges Gesicht, unheimlich groß und breitschultrig, Kappe auf dem Kopf, die Hände im schäbigen Anorak vergraben und am Rücken ein schlaffes Rucksäcklein, das eigentlich keine andere Funktion hat, als runterzuhängen. Er stand mitten auf dem Platz, zwei Arbeiter bei ihm, und starrte in die Sonne.

Der eine Arbeiter sagte: „Hat doch keinen Sinn gehabt, unser Streik?" Der M[redacted] sagte ganz ruhig: „Jeder Streik hat einen Sinn, jeder Streik wirbelt Staub auf." Da mischte ich mich ein, ich wollte ihnen sagen, daß wir extra gekommen sind, weil Streik war, weil dieser Streik für uns so wichtig war, als wäre er in München gewesen. Da ging plötzlich eine lebhafte Diskussion los, inzwischen hatte sich die Gruppe unheimlich vergrößert, alles diskutierte, schrie, gestikulierte. „Aber ein Glück ham wir gehabt, mit dem Wetter, hach, war des ein Wetter, sonst bist immer unten, aber da waren wir oben in der Sonne, und ganz Saarbrücken hat uns gehört!!"

„Ja, jetzt ist's aus mit dem Streik, aber sowie sich was ändert, sowie wir wieder auf die Füße kommen, gehts wieder los."

„Das ist klar, daß die Gewerkschaften da nix machen, die können doch ned gegen ihre Parteigenossen was machen, ja wenn die CDU an der Regierung wär, da hätten sie vielleicht schon was gemacht, aber so, den Brief, den der Schmidt (Betriebsrat) geschrieben hat, der hätt auch von der Direktion kommen können!"

„Vielleicht ist auch ein Funken ins Ruhrgebiet gefallen! Ja, wenn die Kumpels an der Ruhr streiken, dann gehts hier auch wieder los. Und dann wird nicht aufgehört!"

Ich wollte wissen, warum der Streik zusammengebrochen ist. „Ja, einmal war keine Organisation da, wenn's besser organisiert gewesen wär . . . " „Daß der Staat gegen uns war, das hat uns das Genick gebrochen, schau, wir ham einen großen Fehler gemacht: am Donnerstag um zwei haben wir gesagt, jetzt gehn wir heim und machen uns einen schönen Tag mit der Frau, und morgen um acht sind wir wieder alle da. Aber daheim gings los. Die Frauen ham gestänkert, geh wieder schaffe, weil ein Brief da ist von der Direktion, daß sie uns die Weihnachtszulage kürzen und daß wir nicht versichert sind. Da brauch bloß mit dem Kind was sein, hat die Alte gesagt, oder eins von uns wird krank, wer soll das zahlen. Und wenn du dein Arbeitsplatz verlierst, wer nimmt dich denn noch in der Saar, da weiß doch gleich jeder, was los ist!"

„Am Nachmittag sind die ersten Falschmeldungen gekommen", sagt der M[redacted] unbewegt, er schaut niemand an, er schaut einfach in die Sonne. „**Falschmeldungen** waren das", sagt er lauter. „Auf der Zeche sowieso wird schon gearbeitet. Ja. Und dann am Abend im Fernsehen: wer nicht arbeitet, verliert seinen Arbeitsplatz, die Forderungen sind illegal, grad vor drei Monaten sind die Löhne erhöht worden, die Saarbergwerke können keine Erhöhung mehr tragen. Die machen sowieso Verlust. Und wenn wir nicht arbeiten, dann machen sie wieder eine Zeche zu. Ja, die Kapitalisten, die kümmern sich nicht, ob du leben kannst oder nicht."

„Die 9 % im August, die waren der größte Schwindel: da hast brutto hundert Mark vielleicht mehr und wennst unterm Strich schaust, haste nen Fuchziger weniger. Fast jeder von uns ist mit der Erhöhung in eine höhere Steuergruppe gekommen, da zahlste eher noch drauf."

Eine Frau frage ich, ob sie auch kommen wollte zu der Demonstration. „Ja", sagt sie, „wenn's gewesen wär, wär ich schon gekomme." Aber sie sagt auch, daß die Frauen sich untereinander nicht kennen, keinen Kontakt haben, nichts ausgemacht hatten. „Das war eine Idee von de Männe, ned von uns, aber gekomme wäre se alle!"

Als wir weggehen, steht der M[redacted] immer noch umringt von den Kumpels in der Nachmittagssonne, er blinzelt hinein. „De hawe unsere Forderunge ned erfüllt . . . " sagt er. Das klingt nachdenklich, aber fast drohend. Die anderen brummen zustimmend.

Dieser Streik war kein Sieg. „Es ist besser, einen Kampf zu verlieren und den Krieg zu gewinnen", sagt Mao, der Spruch ist mir eingefallen, als ich in der Nachmittagssonne zwischen den Kumpels stand. Dieser Streik hat nur eins gezeigt: diesmal war der Boss stärker. Der Boss war der Staat. Und der Staat mußte ein Exempel statuieren: Wilde Streiks sind illegal. Wir sind stärker. Gegen uns kommt ihr nicht an. Diese Repression gegen die Kumpels in der Saar wirkt nur noch wie ein verzweifeltes Mittel, um die Kontrolle über die Situation nicht zu verlieren.

Die Bergleute waren in der schwächeren Position: mit einer kriminell-rückständigen Sozialversicherung, die sie bei jedem Streik dem Unternehmer ausliefert, noch zu wenig organisiert, zu wenig Kontakt untereinander, aber das politische Bewußtsein, die Solidarität, die dieser Streik und die Streiks bei Hella, bei Ford, bei Opel ausgedrückt haben, zieht der SPD, den Gewerkschaften, den Bossen schon jetzt den Boden unter den Füßen weg.

Das Problem der Hausfrauen

Als ich nach Saarbrücken gefahren bin, wollte ich eigentlich besonders deswegen fahren, weil Frauen und Kinder mit demonstrieren wollten. So wie man das in der Zeitung las, klang es, als ob sich die Frauen abgesprochen hätten. In Wirklichkeit – selbst wenn es geklappt hätte – war es eine Idee der Männer, die Frauen mitzunehmen; die Frauen wären zwar mitgegangen, aber ohne eigene Forderungen, ohne sich vorher abzusprechen, ohne organisiert zu sein.

Tatsächlich waren es hauptsächlich die Frauen, die dem Streik den Todesstoß gegeben haben, indirekt natürlich: Warum wenden sich denn die Direktoren und Bosse immer genau an die Frauen und an die Probleme, die sie haben. Warum sind Frauen so leicht einzuschüchtern, so leicht fertigzumachen. Das liegt einmal daran, daß sie **kein Geld haben** und vom Mann und damit vom Boss abhängig sind, ohne jedoch die kapitalistische Struktur der Organisation im Betrieb zur eigenen Organisierung benutzen zu können. Es ist irrsinnig schwierig, die Frauen von Arbeitern zu mobilisieren, meist kennen sie sich gar nicht, wohnen nicht am selben Ort.

Zum zweiten liegt es eben an ihrer **Isolierung**, wie oben, und zum dritten an der **mangelnden Möglichkeit**, aus dem Haus halt auszubrechen, um zu einer Versammlung oder sonst was zu gehen. Proletarierfrauen sind voll eingespannt, da ist einfach kein Spielraum, aber der Saarbrückener Streik und wahrscheinlich viele andere haben ganz klar gezeigt, daß die Frauen sich mobilisieren, sich organisieren **müssen**. Wenn sich die Frauen organisieren, wenn die Frauen losschlagen, dann können die Bosse die Kämpfe wirklich nicht mehr abblocken.





ZUR DISKUSSION DER STREIKBEWEGUNG

Zum WIR WOLLEN ALLES-Seminar in Essen am 17./18. 11. 1973

Die Diskussion unter den Betriebsgruppen und den Gruppen um WIR WOLLEN ALLES in Essen war sehr weitgehend von Erfahrungsberichten und der Diskussion darüber geprägt; vor allem ging es dabei um das Problem der multinationalen Betriebsarbeit und der Stellung zur Gewerkschaftsarbeit, d. h. zur Möglichkeit, bestimmte gewerkschaftliche Instrumente (Vertrauensleute besonders) zum Betriebskampf zu werden. „Lotta continua" möchte zu dieser Diskussion – und damit auch zur Wertung über das Treffen von Essen – folgenden Beitrag liefern:

Wir brauchen eine Einschätzung der Bewegung

1. Wenn man beim Berichten und punktuellen Analysieren von Erfahrungen auf Betriebsebene stehenbleibt, passiert es unweigerlich, daß man letztlich über Betriebskampf spricht statt über Klassenkampf. Das soll kein Schlagwort sein: Wir sind nämlich überzeugt, daß es für den konkreten Kampf in jedem einzelnen Betrieb wichtig ist, sich Gedanken über den Stand und die Aussichten der Klassenbewegung insgesamt zu machen. Wer bei MAN interveniert, muß ebenso imstande sein, die eigene Betriebsarbeit als Teil des Klassenkampfes in Deutschland zu sehen, wie Gruppen, die bei Ford intervenieren. Wenn man sich darauf beschränkt, den Klassenkampf zu beschreiben oder die anfallenden Fragen (Vertrauensleute ja oder nein? Multinationales Komitee? usw.) fallweise und letztlich nur auf die Erfahrung im eigenen Betrieb bezogen zu lösen, dann ist man unwillkürlich dazu verurteilt, die Kämpfe bloß zu registrieren statt voranzutreiben und ihnen eine politische Perspektive zu geben.

Die Frage nach der Strategie, nach dem politischen Gehalt und den Aussichten der Betriebskämpfe, nach ihrem Platz im Klassenkampf in Deutschland, ist nicht eine Frage irgendwelcher „Berufseinschätzer" oder dilettantischer Strategen, sondern ist vor allem eine Frage, die sich die bewußtesten Arbeiter stellen, die an der Spitze der letzten Klassenkämpfe standen (festgestellt u. a. bei: Mannesmann, Hella, Ford, Saarbergwerke, Opel/Bochum, Huf usw.). Diese Frage als abstrakt abzutun, heißt also nicht, „den Arbeitern entgegenzukommen" – es sei denn, daß man bewußt die Bedürfnisse der fortgeschrittensten Arbeiter ausschaltet – sondern heißt, auf das Herausstellen von vereinheitlichenden und vorantreibenden Momenten verzichtet.

Klasseneinheit ist eine Frage der politischen Inhalte

2. Es geht heute um die Überwindung der Klassenspaltung in der Bewegung; dieses Ziel (das bestimmt zu den wichtigsten Anliegen des Klassenkampfes gehört) wurde in der Diskussion immer wieder unter verschiedenen Aspekten angesprochen: ausländische und deutsche Arbeiter, Facharbeiter und „Massenarbeiter" (unqualifizierte Arbeiter, Bandarbeiter . . .), Arbeiter der Automobil- und Stahlindustrie usw. – diese Brüche existieren z. T. tatsächlich noch in der Bewegung, aber auch hier handelt es sich darum zu entscheiden, ob man einfach die bestehende Lage fotografieren will oder lieber sucht, wo sich Ansätze zur Überwindung konkret gezeigt haben.

Vor allem eines: für die Klasseneinheit arbeiten, ist nicht vor allem ein organisatorisches Problem (Vertrauensleute-Arbeit oder multinationale Komitees, Freizeitzentren, Feste oder sonstwas) und darf nicht vor allem organisatorisch angegangen werden. Es ist vielmehr eine Frage des politischen Inhalts, d. h.: **In welchen Kampfzielen, in welchen Kampfformen** äußert sich Klasseneinheit und kann die Klassenspaltung überwunden werden? Natürlich wissen wir sehr wohl, daß die Klasseneinheit vor allem und zuerst in den fortgeschrittensten Situationen wirklich aktiv hergestellt werden kann und daß es uns darum gehen muß, sie dort voranzutreiben, wo die Auseinandersetzung mit den Kapitalisten ihre Höhepunkte hat.

Fordstreik: Niederlage des Reformismus

3. Wenn wir sagen, daß es auf die politischen Inhalte ankommt, um die Klassenspaltung zu überwinden, dann meinen wir damit nicht, daß irgendein weiser und erleuchteter Obermarxist hergehen und erfinden soll, in welche Richtung die Klasseneinheit heute in Deutschland marschieren soll, sondern wir meinen, daß der Klassenkampf der Massen in den letzten Monaten schon gezeigt und zum Ausdruck gebracht hat, wie das aussehen muß. Der Ford-Streik vor allem war diesbezüglich der Höhepunkt der Bewegung und stellt eine ungeheuer wichtige Etappe dar: die Ziele der Ford-Arbeiter (starke und gleiche Lohnerhöhung für alle als zentrales Problem für Ausländer und Deutsche gegen die Teuerung, 6 Wochen Urlaub, Streikfreiheit, Verlangsamung des Arbeitsrhythmus . . .) stellen zum Beispiel ein richtunggebendes Kampfprogramm der multinationalen Arbeiterklasse in Deutschland dar; ihre radikale Konfrontation mit Kapitalisten und Staat – bis hin zur militärischen Auseinandersetzung – und ihre Fähigkeit, die Fabrik in die Hand zu nehmen und in einen Ort der Selbstorganisation, des Arbeiterkampfes und der Arbeitermacht zu verwandeln, sind Ausdruck der vorgeschobensten Frontlinie im Klassenkampf in Deutschland heute. Im Ford-Streik wurden radikal alle Ebenen der Vermittlung und Abschwächung des Arbeiterkampfs übersprungen und durchbrochen: die Arbeiterautonomie in ihrer Radikalität und Spontaneität hat dort ihre bisher höchste Ebene in der BRD erreicht.

Deshalb halten wir es für einen großen Fehler, vom Ford-Streik als von einer Niederlage zu sprechen; deswegen meinen wir, daß sich aus der ganzen spontanen Massenstreikwelle der letzten Monate jene Inhalte gewinnen lassen, auf deren Ebene heute für die Klasseneinheit zu arbeiten ist: der Ford-Streik war der Höhepunkt und in gewissem Sinn die Zusammenfassung der Arbeiterkämpfe von 1973: seit dort stellt sich auch für die Kapitalisten und die Gewerkschaften der Klassenkampf auf einer neuen Ebene. (Man braucht nur an den baden-württembergischen Manteltarif als Musterbeispiel für den Versuch gewerkschaftlicher Rückeroberung bestimmter Arbeiteranliegen bezüglich der Arbeitsorganisation und als Mustervorführung, wie man „geregelt" zu verhandeln und „notfalls" zu streiken hat, zu denken – und als Gegensatz dazu, wie z. B. der Saarstreik von Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaft zerschlagen wurde.) Wenn man aber aus den letzten Kämpfen und dem Fordstreik insbesondere den politischen Gehalt der Klasseneinheit heute ablesen will, muß man sich schon bemühen, nicht auf der Betriebsebene steckenzubleiben, sondern die Bedeutung dieser Kämpfe in Hinblick auf die ganze Arbeiterklasse messen!

Der Kampf gegen die Inflation

4. Klasseneinheit kommt nicht einfach von alleine und auch nicht durch den subjektiven Kampfwillen irgendwelcher Gruppen zustande. Vor allem aber wächst die Klasseneinheit am besten auf dem Boden der Kämpfe. Natürlich schaffen die Umstrukturierungsprozesse, die Rationalisierung (die immer mehr Arbeiter dequalifiziert und ans Band stellt, auch in bestimmten „traditionellen" Branchen, wie z. B. in Werften, in der Stahlindustrie usw.) objektive Voraussetzungen zur Vereinigung der Arbeiterklasse. Aber der wichtigste Beitrag zur Vereinigung der Arbeiterklasse ist doch in den letzten Monaten aus der Kampferfahrung gekommen: dabei ist Multinationalität, Identifizierung der Arbeiter mit den fortgeschrittensten und bewußtesten Kollen (Ausländer und Deutsche, in den verschiedenen Situationen) usw. konkrete Wirklichkeit geworden. Und hier, in der Erfahrung des gemeinsamen Kampfes – auch in der Kritik der Unzulänglichkeit (wo hat Einheit gefehlt? Wie hätte man sie erreichen können? usw.) – läßt sich die Klassenspaltung am besten überwinden.

Was aber heute ganz unmittelbar die Arbeiterklasse eint – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auf europäischer Ebene – ist der Kampf gegen Inflation als Lohnraub, gegen die Teuerung, um Lohnerhöhungen. Das ist nicht einfach als ökonomischer Kampf abzutun, denn dieser Kampf richtet sich direkt und offensiv gegen die ganze Stabilitätspolitik. Außerdem hat die Erfahrung gezeigt, daß die Arbeiter um dieses zentrale Anliegen weitere Forderungen und Kampfziele (gegen Arbeitshetze z. B.) voranzutreiben wissen. Der Kampf gegen die Teuerung bedeutet, von den materiellen Bedürfnissen der deutschen und ausländischen Arbeiter – die beinahe gleichermaßen von den Auswirkungen der Inflation betroffen sind – auszugehen und darin die vordringlichsten gemeinsamen Kampfziele zu sehen.

Auch die anstehenden Tarifverträge können zu einer solchen Gelegenheit werden: wahrscheinlich sogar zu einer ungeheuer wichtigen. Das bedeutet aber, daß man sie nicht einfach auf sich zukommen läßt, sondern daß die Klassenbewegung insgesamt und alle jene, die in ihr eine treibende Rolle ausüben wollen, sich darauf einstellen und gemeinsame und vereinheitlichende Ziele formulieren – ein Bedürfnis, das nicht in den Köpfen irgendwelcher Klassenkampfspezialisten entstanden ist, sondern da aus der Arbeiterklasse kommt: daß die Tarifkämpfe nicht Kämpfe bestimmter Arbeiterkategorien bleiben, sondern zur Klassenauseinandersetzung insgesamt werden.

Fordstreik: Kampf der multinationalen Arbeiterklasse

5. Wir sind der Meinung, daß Multinationalität vor allem dort zu suchen ist, wo sie sich wirklich ausgedrückt hat; nämlich in den Kämpfen der letzten Monate bei John Deere, bei Hella, bei Pierburg, bei Philips, bei Rheinstahl/Bielefeld usw. – und vor allem bei Opel/Bochum und bei Ford. Aber wir suchen nicht eine mechanische Multinationalität, noch wollen wir „beanspruchen", daß sich die multinationale Arbeiterklasse überall klar und mit angemessenen Organisationsformen – womöglich von vornherein – äußert; wichtiger ist, daß die Inhalte dieser Kämpfe ganz klar Inhalte der multinationalen Arbeiterklasse waren und daß es damit absurd wird, von einem „Türkenstreik" bei Ford zu sprechen: die Multinationalität drückt sich nicht immer so aus, wie wir es vielleicht gerne möchten, es geht uns ja nicht um Durchsetzung eines „Prinzips", sondern darum, daß die multinationale Arbeiterklasse im Kampf nicht durch die verschiedenen Spaltungen der Kapitalisten zersplittert werden kann und daß die Arbeiter mit ihren Avantgarden imstande sind, die Ebene der Auseinandersetzung einzuschätzen und auch zu bestimmen: auch wenn diese im einen Fall lauter Türken und im anderen Fall lauter Deutsche sein sollten, die aber imstande sind, um ihre Kampfziele die Einheit aufzubauen. Gerade der Kampf der türkischen Arbeiter bei Ford hat die Widersprüche zwischen Kapitalisten, Gewerkschaften und der ganzen Arbeiterklasse auf eine höhere Ebene gestellt. Denn gerade in dem Augenblick, in dem klar wurde, daß allein eine militärische Lösung den Ford-Streik beenden konnte, in diesem Augenblick wurde den Kapitalisten und der Gewerkschaft auch klar, daß dieselbe Lösung für die gesamte Bewegung für alle Betriebe nicht möglich war. In diesem Sinn haben die „türkischen" Arbeiter bei Ford eine Kampfphase nicht nur für ihren Betrieb, sondern für die **ganze** Bewegung abgeschlossen. Sie haben politisch die Tarifrunde eingeleitet, sie haben Kapitalisten und Gewerkschaften gezwungen, eine neue (wenn auch nicht weniger repressive) Position zu den Kämpfen zu beziehen: das Beispiel der Manteltarifrunde in Baden-Württemberg ist dafür am deutlichsten. So wie die „deutschen" Arbeiter bei Hoesch die Tarifrunde 1973 für die gesamte Bewegung abgeschlossen haben.

Insofern müssen wir uns alle politisch entscheiden, ob wir in der Betriebsarbeit, in der Agitation, in den Lehren aus der Streikbewegung und überhaupt in unserer politischen Arbeit uns an einem (inexistenten!) „Querschnitt" durch die Bewegung orientieren wollen oder ob wir die fortgeschrittensten Erfahrungen zum Bezugspunkt für alle wählen. Das heißt nicht, daß Betriebsarbeit, etwa bei X oder Y, sich zum Ziel setzen sollte, einen „Ford-Streik" zu starten, aber es heißt, daß 1. Betriebsarbeit vor allem an wirklich relevanten Betrieben und in Schwerpunktgebieten des Klassenkampfes vor allem geleistet wird (z. B. Ruhrgebiet) und 2. nicht einfach bei den bereits vorhandenen Bewußtseins- und Organisationsebenen stehengeblieben wird und man wartet, bis sie sich sozusagen von selbst weiterentwickeln, sondern daß sich die Bewegung überall mit den fortgeschrittensten Situationen konfrontiert und daran ausrichtet. Nicht Querschnitt, sondern Avantgarde!

Und nicht Trennung zwischen stets in den Maschen des Legalismus befangenen Radikalreformisten (in der „deutschen" Arbeiterklasse) und „illegalen" Revolutionären („Ausländer", die unvermittelt gegen den Kapitalismus kämpfen) als Alibi für die eigene Unfähigkeit, die vereinigenden Momente zu sehen, zu betonen und weiterzuentwickeln!

Organisation – bloß 'ML-Scheiße'?

6. Wer Angst hat zuzugeben, daß die Streikwelle eine Massenpolitisierung der Arbeiter bedeutet hat und die Arbeiterklasse wieder ganz klar in den Mittelpunkt „der Politik" gestellt hat, würde wiederum vor der Wirklichkeit der Dinge davonlaufen. Diese Streiks sind politisch – und nicht nur, weil sie objektiv die Stabilitätspolitik von Regierung und Kapital zum Teufel jagen, den sozialen Frieden in Deutschland gebrochen haben und in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß die Nabelschnur zwischen der deutschen Arbeiterklasse und ihren SPD- und DGB-Ausverkäufern zerrissen haben.

Nie war seit Jahren in der westdeutschen Arbeiterklasse das Bedürfnis nach Organisation, nach politischer Zielrichtung so hoch gewesen. Dies nicht zu sehen und die Frage nach der kommunistischen Partei – nach der Organisation für die Revolution in Deutschland – als „ML-scheiß" abzutun, ist schlechthin konterrevolutionär.

Wir sind überzeugt, daß **die** kommunistische Partei in Deutschland heute noch nicht existiert und daß sie nur aufgebaut werden kann, wenn die radikal neue Qualität der Klassenkämpfe – d. h. für uns:

Fortsetzung: Seite 16

wenn in Frankfurt nachts

Die Räumung wurde verhindert, die Häuser sind weiter besetzt!

In der langen Nacht vom 31. 10. 1973 zum 1. 11. 1973 verhinderte die Solidarität von 4 000 Genossen die Räumung der besetzten Häuser Bockenheimer Landstr. 111/113, Schumannstr. 69/71, nachdem Ende Oktober die gerichtliche Räumungsfrist abgelaufen war. Der Widerstand organisierte sich auf einem großen Teach-in in der nahen Universität. Einige hundert Genossen, auch Vertreter von Bürgerinitiativen, Jusos und Journalisten kamen zur Herstellung von Öffentlichkeit und als Schutz für die Besetzer in die Häuser. Über 1 000 Genossen blieben bis zum Morgen in der nahen Uni, diskutierten die Verteidigung der Häuser, pennten oder sahen sich Filme an. Alle anderen gingen in die Stadtteile, um die ganze Stadt zu wecken, sollten die Bullen die Häuser angreifen. Es ist geplant, durch Glockenläuten, Sirenengeheul usw. ganz Frankfurt zu zeigen, daß die Zeit der Ruhe für das lichtscheue Gesindel der SPD-Bullen vorbei ist.

Wer hat Angst vor wem?

An den Häusern begannen die Genossen selbsttätig Barrikaden zu bauen, in kollektiver Arbeit wurden die Häuser dichtgemacht, um den Bullenangriff aufzuhalten, bis der Berufsverkehr an den Häusern vorbeigeht und die Räumung öffentlich wird. Die Leute in den Häusern sollten sich zusammensetzen und die Verteidigungsmaßnahmen besprechen. Die Verhältnismäßigkeit der militärischen Mittel versuchten wir politisch zu bestimmen. Wir wollten zwar unbedingt unseren Wohnraum so lange wie möglich erhalten. Es geht uns aber nicht darum, dem Kapital und der SPD mit allen militärischen Mitteln die Häuser abzutrotzen – auf dieser Ebene würden wir vorläufig immer verlieren. Wir meinen, daß eine Räumung ernsthaft nicht zu verhindern sein wird und daß wir das trotzdem nicht als Niederlage zu begreifen brauchen, wenn wir durch die Auseinandersetzungen durch die Räumung – das heißt Öffentlichkeit schaffen – die Wohnungskampf-Bewegung verbreitern und weiter politisieren durch die Auseinandersetzung mit dem Reformismus. Wir wollten unsere Militanz kontrolliert einsetzen, von innen wollten wir nicht mit Wurfgeschossen, Molos etc. gegen die Bullen vorgehen, sondern hauptsächlich durch sehr stabile Barrikaden. Die Organisation hat nur teilweise geklappt, weil in der Nacht kaum jemand mit der Räumung rechnete. Wir hatten keine Information über eine Räumung aus der Polizei bekommen und nahmen an, daß die Bullen einem drohenden massenhaften Straßenkampf ausweichen würden. Eine politische Diskussion unter den Genossen, besonders mit den Bewohnern, über die Ziele des Kampfes, unsere Interessen usw., gab es bei unserer Generalprobe deshalb kaum.

Sagten die Bullen beim Spektakel ihrer 700-Mann-Räumungsschau im Kettenhofweg: Hier hausen kriminelle Elemente, die politische Gewalttaten vorbereiten, sagen wir jetzt, die SPD und die Bullen sind die Kriminellen: Ihr wollt die Häuser kaputtmachen, unsere Kollektivität zerschlagen. Wenn ihr kommt, sind 1 000, 2 000, 3 000 Leute da, die werden die Häuser verteidigen und Frankfurt zu eurem Aufmarsch einladen. Wir tragen dann den Konflikt in die ganze Stadt. Anders als im Kettenhofweg, wo der Bulleneinsatz am Anfang der Massenbewegung stand, haben wir diesmal die Bedingungen der Konfrontation bestimmt, wir haben gesagt: Widerstand ist möglich, und wir haben gesagt, wie er möglich ist. Anders als in Hamburg haben wir eine politische Situation geschaffen, in der die Stadt den Rückzug auf ihre militärische Überlegenheit nicht legitimieren konnte. Wir haben mehr auf unsere politische Stärke setzen können, das Wohnungsproblem, das Problem der Lebensqualität ist in Frankfurt zu einem bewußten, massenhaften geworden, an verschiedenen Punkten beginnt der Kampf um die eigenen Interessen. Es ist also möglich, die SPD politisch unter Druck zu setzen, nicht aber die Räumung militärisch zu verhindern.

Nach der Räumung werden wir nicht vereinzelt versuchen, eine Wohnung zu bekommen, sondern den Konflikt weiterführen und fragen, wo und wie wir leben sollen. Nach der Räumung wollen wir mindestens für eine Woche einen öffentlichen Raum in der Innenstadt besetzen, dort zusammenleben, weil wir nicht auf der Straße sitzen wollen. Wir werden so unseren Kampf um angemessenen Wohnraum weiterführen.

Denn wir sehen unseren Kampf nicht isoliert, sondern als Teil der Wohnungskampfbewegung in Frankfurt , zusammen mit den ausländischen Arbeiterfamilien, die Mietstreik machen und dem Kampf der ABG- und Hellerhof-Mieter. Wenn jetzt die SPD auf einmal davon redet, man werde sich um „angemessenen Ersatzwohnraum" bemühen für Wohngemeinschaften, für den Kinderladen des Blocks, so ist das natürlich ein gewisser Erfolg für uns: schließlich hat man uns qua Gerichtsurteil abgesprochen, anders als in einer Familie oder alleine zu leben, schließlich waren wir jahrelang „gewöhnliche und politische Kriminelle", faschistoid usw. . . . und auf einmal . . .! Die SPD ist zum Taktieren gezwungen, kann sich wegen der Massenmobilisierung und der politischen Bedeutung des Konflikts für die Massen nicht auf offene Machtposition wie beim Kettenhofwegkampf zurückziehen. Aber durch die versteckten Ersatzwohnungsangebote nur für uns versucht die SPD den Konflikt partiell zu lösen, um uns zu isolieren. Deshalb werden wir darauf nur eingehen, wenn die SPD sich politisch zur ganzen Wohnungskampfbewegung verhält – zu den Wuchermieten, den menschenunwürdigen Wohnungen, gegen die sich ausländische Arbeiterfamilien durch Mietstreik und Hausbesetzung wehren. Dann werden wir sehen, welche Möglichkeiten der Reformismus den Massen bietet.

Die massenhafte Solidarität und große Sympathie mit den Hausbesetzern wurde durch die klare Aktionsperspektive praktisch. Die Mobilisierung zwang die SPD, Stadtverordnete des linken Flügels auf das Teach-in zu schicken. Sie wiegelten ab und sollten das Reformgesicht der SPD wahren, gleichzeitig war die Stadt voller Bullen, die abwarteten. War vor einem halben Jahr der Häuserrat kein Gesprächspartner mehr, so mußte die SPD in der Räumungsnacht zu uns kommen, um ihre offene Niederlage zu vermeiden. Der Bauausschußvorsitzende Berkemeier erschien und kündigte den Aufschub der Räumung an. Klar ist auch für ihn: Es bleibt bei der Räumung, sie kommt nur später. Er und die ‚Tauben' wollen sich dafür eine bessere Rechtfertigung verschaffen. Erst wenn die ganze Baugenehmigung, der Kuhhandel mit Spekulant Bubis, fertig ist, sollen wir rausfliegen.

Die Presse und die SPD hatten uns immer weiszumachen versucht, das Hochhaus, das an die Stelle unseres Blocks für Bubis gebaut werden soll, sei eine ‚Leiche im Keller', d. h. schon früher genehmigt worden. Die jetzige SPD-Regierung sei unschuldig, sie könne den Bau nicht verhindern, selbst wenn sie wolle. Dieselben Leute, die so reden, haben vor einem Jahr den Bau beschlossen als ‚beherrschende Dominante' am Eingang zur City. Das Jammern über die alte Verpflichtung kann über die heutigen Interesen der SPD am Neubau nicht hinwegtäuschen, so geht die Mauschelei über die Bauzusage jetzt noch weiter. Die ein Jahr alte vorläufige Zusage der Bürokraten war an einem Handel mit Bubis festgemacht: Er kann das Hochhaus bauen, wenn er ein Café und 35 Sozialwohnungen (ersatzweise für die vernichteten) einplant, sowie der Stadt zwei bestimmte Häuser schenkt. Bubis bot erst zwei, drei, dann vier Millionen Mark für eines dieser Häuser, ohne es zu bekommen (für die fünf unseres Blocks zahlte er ca. 6 Mill. Mark). Die ganze Zusage ist theoretisch hinfällig, da eine Bedingung nicht erfüllt werden konnte, unser Block könnte stehen bleiben, wenn die SPD ihren eigenen Worten glaubte. Aber denkste. Über Nacht hatte sich ein passender Nebensatz einen gemütlichen Platz in der Bauzusage gesucht: plötzlich hieß es, Bubis solle der Stadt die Häuser schenken, ‚falls er diese erwerben kann'. Warum bot wohl Bubis 4 Millionen Mark, wenn er das Haus garnicht zu kaufen brauchte? Vielleicht weiß er noch garnichts von dem Nebensatz?

Nach der Räumungsnacht geht die öffentliche Korruption weiter, z. B. wurden erst aus den 35 Sozialwohnungen 25 und inzwischen läßt die Stadt sich mit 2,5 Mill. DM anstelle der Wohnungen abspeisen; dafür bekommt die Stadt kaum ein passendes Grundstück. Die großen Worte über die Sozialbindung des Eigentums, die menschliche Stadt, bleiben was sie sind, leere Worte. Die Politik der SPD steht unter dem Zwang, die Verwertungsinteressen zu garantieren. Hinter dem Pochen auf ihre Reformen hat sie auch in unserem Falle nur einen geringen taktischen Spielraum, die Klassenkämpfe zu entschärfen. So zieht sie mit ihrer Politik der Sozialbindung diesen Kuhhandel über die Interessen der Ausgebeuteten hinweg, den Kapitalisten etwas Geld aus der Tasche. So füllt sich das Stadtsäckel etwas, während Bubis sich zum Beispiel das Geld über Mieten, Abschreibung usw. wieder reinholen kann.

Im Frühjahr 1971 wurden die Häuser besetzt, das eine als Schlußakt einer großen Demonstration gegen den Bulleneinsatz bei einer gescheiterten Besetzung im Grüneburgweg. Zum ersten Mal hatte eine Besetzung den Charakter einer Massenaktion. Die anderen drei Häuser wurden anschließend für besetzt erklärt, auch dort wohnten überwiegend Studenten. Mietverträge mit der städtischen Wohnheim GmbH., die die Häuser vorübergehend vom Spekulanten Bubis durch den politischen Druck bekommen hatte, legalisierten die Besetzung. Zwei Jahre später kam die Kündigung: der Besitzer wolle jetzt bauen, wir sollten raus. Wir antworteten auf Flugblättern: Wir bleiben drin und Wohnraumzerstörung lassen wir nicht zu. Die Prozesse fangen an.

Zu dieser Zeit, im Juni 1973, scheint die SPD durchzudrehen: sie läßt zwei Straßenfeste brutal niederknüppeln, erst das der Bürgerinitiative Bleichstraße, dann das eines italienischen Mietstreikhauses in der Berger Straße. Auch wir werden mehrmals angegriffen: Beschlagnahmung unseres Lautsprecherwagens, Provokationen durch Zivile, die ständig unser Haus bewachen, Verhaftung wegen angeblichen Scheckbetrugs usw. Der Häuserrat organisiert eine Demonstration, dabei machte die Vordiskussion uns klar, daß die SPD keineswegs durchdreht. Sie macht vielmehr bewußt Politik, die Welle der wilden Streiks hatte angefangen, die Wut der Massen über die Miet- und Preissteigerungen wurde sichtbar (z. B. durch die Aktion der ABG-Hellerhof-Mieter in Frankfurt). Der Inhalt der Repression war, die Staatsgewalt sichtbar gegen die Massen einzusetzen, die Anzeichen ihrer Kampfbereitschaft waren für die SPD die Signale, durch Repressionen einzuschüchtern und so die Verbindung der Linken mit den Massen zu verhindern.



die Glocken läuten ...

Zurück zu unserem Konflikt. Der Sozialdezernent Berg, SPD, gibt eine Verleumdungserklärung an die Presse: Wir nähmen durch die Besetzung den ausländischen Arbeitern den Wohnraum weg (in Ffm. stehen weit über 100 Wohnhäuser leer, Hunderte wurden schon vom Kapital zerstört), wir seien Kriminelle, in unseren Häusern fänden Vergewaltigungen statt usw.

Die Justiz gesellte sich zu dieser Repressionsfront hinzu und verurteilte uns zur Räumung der Häuser. Aus Angst vor einem politischen Prozeß findet das hohe Klassengericht zur Begründung einen formalen Trick: Wir hätten ein Schreiben eine halbe Stunde zu spät eingereicht, was nicht einmal stimmte, diese Lüge „im Namen des Volkes" reichte ihnen aus. Voll hämischer Freude über den gelungen Coup erklären uns die liberalen Roben, ob wir Examen machen, krank seien, keinen adäquaten Wohnraum für Wohngemeinschaften finden (sie definierten uns eh als alleinstehende Personen), das sei ihnen scheißegal, der Eigentümer wolle eben bauen. Trotzdem schien es uns richtig, alle Möglichkeiten des bürgerlichen Rechts für uns auszunutzen, die Prozesse öffentlich zu machen und die Repression, die gerade von Räumungsurteilen ausgeht, zu bekämpfen.

Wir fragten uns damals: Kann die Bourgeoisie durch massive Bulleneinsätze, durch Spaltungsversuche, durch solche Räumungsurteile den Wohnungskampf entscheidend schwächen? Die Ereignisse gaben uns die Antwort. Die Kampagne gegen die Zwangsräumung fing erst im Oktober richtig an, mehrfach diskutierten mehrere Hundert Genossen über unsere Politik. Ein Go-in bei einer Veranstaltung mit OB Arndt brachte ihnen arge Verlegenheit. Im Saal schwieg er zu unseren Fragen, was mit uns geschehen solle, aber als wir dann gingen, lief er uns nach. Die Genossen und Genossinnen, die an unserem Kinderladen mitarbeiten, agitierten mit Ständen in der Stadt über die Situation der Kinder in dieser Gesellschaft und den Zusammenhang mit unserem Kampf. Zu einem politischen Fest kommen 2 000 Genossen in die Mensa, ebenfalls 2 000 demonstrieren in der Stadt gegen die Zwangsräumung, die hohen Mieten und die Wohnraumzerstörung.



Anschließend erklärten wir öffentlich, was wir konkret gegen die Räumung tun wollen. Mit einer Resoluton gegen die Räumung solidarisierten sich bis dahin mehrere Frankfurter Bürgerinitiativen, der Mieterrat der ABG-Hellerhof-Mieter, Frauenforum, Frauenzentrum, verschiedene Juso-Gruppen, viele Kitas, viele Verlage, einige Betriebsräte, viele Einzelpersonen wie Bloch, Handke usw. Im Sommer hatten sich schon 6 000 Frankfurter durch Unterschriftenlisten gegen die Räumung gewendet. Zur Generalprobe der Räumung am 31. 10. 1973 kamen dann 4 000 hauptsächlich Jugendliche: Studenten, Schüler, Lehrlinge, Angestellte. Die SPD wußte genau: jetzt räumen hieße einen zweiten Kettenhofweg provozieren, hieße gewaltsame Auseinandersetzung, Empörung, Protest, hieße weitere Solidarisierung der Bevölkerung mit uns, hieße die politische Niederlage für die SPD und die Kapitalinteressen.

Der Frankfurter Häuserkampf – keine Kriegsberichterstattung

Es ist uns so gut wie nie gelungen, den politischen Sinn des Frankfurter „Häuserkampfs" oder auch „Wohnungskampfs" anders als situations- oder aktionsbezogen für uns selber zu begreifen oder auch nach außen hin darzustellen. So stehen wir jetzt, nach der Massenmobilisierung zur Verteidigung unserer besetzten Häuser am 31. Oktober 1973 vor einem ähnlichen Problem wie nach den Auseinandersetzungen um den Kettenhofweg 51 im Frühjahr. Damals wie heute bildeten sich ziemlich große Gruppen in den einzelnen Stadtteilen, die versuchten, das Bewußtsein, das sich an einem konkreten Konfliktpunkt – der Räumung besetzter Häuser – aktualisiert, die politische Motivation, die sich bildet, in längerfristige Stadtarbeit umzusetzen. Und es scheint wiederum so zu sein, daß in einer Situation, wo die dort überall vorhandenen Konfliktstoffe keine subjektive Kampfbereitschaft unmitelbar auslösen, die praktischen Stadtteilinitiativen zum großen Teil wieder auseinanderfallen. Die Erfahrungen nach dem Kettenhofweg-Konflikt wurden allenfalls so verarbeitet, daß sich viele Initiativen jetzt von vornherein nur zu dem anstehenden Konflikt organisierten – sozusagen als dezentrale Agitationsgruppen, die sich auf ein konkretes Kampfziel – Verhinderung der Räumung oder zumindest einer nicht-öffentlichen Räumung – hin bestimmten.

Die notwendige Diskussion, wie es nun weitergehen sollte, legte für die ersten Wochen nach dem 1. November auch die politischen Aktivitäten des Blockkollektivs lahm. Das Gefühl der Stärke, die Erfahrung der massenhaften Solidarisierung sind, da die Konfrontation hinausgeschoben wurde, einer relativ passiven Haltung gewichen. Zwar laufen die Mauscheleien der SPD mit dem Spekulanten Bubis weiter; im Bauausschuß werden im Augenblick so ziemlich alle Bedingungen, die Bubis für sein Projekt auferlegt bekommen hatte, wieder zurückgenommen, damit der direkten zeitlichen Abfolge Räumung – Abriß – Baubeginn nichts mehr im Wege steht; aber dieser Skandal, nämlich daß die Stadt sich kaufen läßt, bedeutet im Augenblick nicht mehr viel. Denn daß die SPD schon längst gekauft ist bzw. letztlich kein Interessengegensatz zwischen Spekulation und SPD-Politik existiert, dieses Bewußtsein trug die vorangehende Mobilisierung. Das politische Problem lag darin, wieweit die SPD mit ihrer Polizei gehen muß, um unseren Widerstand zu brechen; ob sie über unsere Interessen einfach hinweggehen kann oder zumindest versuchen muß, das Problem zu verschieben: die Räumung hinauszuzögern, evtl. wie vom Bauausschußvorsitzenden Berkemeier angedeutet, uns gleichwertige Ersatzwohnungen anzubieten.

Was wir im Augenblick von unseren Häusern her versuchen, ist zum einen, uns technisch besser auf die tatsächliche Räumung vorzubereiten, zum anderen, unsere Beziehung zu den anderen Initiativen innerhalb der Frankfurter Wohnungskampfbewegung zu verstärken. Darunter sind in erster Linie die Mietstreikbewegung von Emigranten und auch einigen Deutschen, aber auch Bürgerinitiativen, die um die Erhaltung ihrer Wohngebiete kämpfen – wie in der Bleichstraße – und Mieterinitiativen, die kollektiv gegen Mieterhöhung vorgehen, zu verstehen. Bisher besteht die Gemeinsamkeit des Kampfes hauptsächlich in den allgemeinen Bedingungen – Verstärkung des Wohnungselends im Verlauf der kapitalistischen Stadtentwicklung – und darin, daß man denselben politischen Gegner hat: die SPD-Regierung und -verwaltung.

In der Konzentration auf das Wohnproblem liegt, angesichts der besonders schlechten Situation auf dem Wohnungsmarkt und der exzessiven Spekulation in Frankfurt, eine Stärke unseres Kampfes; denn eine „skandalöse" Situation erleichtert eine allgemeine Bewußtseinsbildung und eine schnelle Mobilisierung zu akuten Konflikten. Dieser Stärke ist aber auch eine besondere Bornierung inbegriffen, denn die kurzfristigen Erfolge ließen es immer wieder unnötig erscheinen, genauer auf die Verschlechterung der Lebenssituation insgesamt einzugehen, um die Partikularität des „Wohnungskampfes" und die damit verbundene Sprunghaftigkeit zu überwinden. Sicherlich schafft die allgemeine

Verschlechterung der Lebensbedingungen Momente, die den Reformismus der SPD immer widersprüchlicher erscheinen läßt – Zerschlagung der spontanen Streiks mit staatlicher Repression, aber gleichzeitig Aktivierung der Gewerkschaften, um Loyalitäten doch noch zu erhalten, und diese Momente bedeuten auf der anderen Seite auch, daß die SPD unseren Kampf zwar isolieren will, es aber immer weniger schafft. Dieser allgemeine Hintergrund bleibt aber sowohl für uns wie für die Masse der Bevölkerung relativ unpraktisch; es besteht kein **konkretes** politisches Verhältnis.

Wie verändern wir die "passive Solidarisierung"?

Solidarisierung gibt es meistens nur auf der Ebene von Erklärungen zum jeweils aktuellen Konflikt; ihre praktischen Momente blieben spärlich. Dabei besteht selbstverständlich von uns, dem „Häuserrat" aus, der Anspruch, daß ein praktischer Zusammenhang, eine aktive Solidarisierung sich herausbildet. Gelungen ist das bisher erst in Keimformen zwischen uns und Teilen der ausländischen Mietstreiker, da hier die Radikalität der Kritik am kapitalistischen System am weitesten geht; damit auch die praktische Radikalität, die Militanz. Ob sich andere Kampfbewegungen durch direkte Intervention von uns radikalisieren können; ob eine Intervention mit solchem Anspruch als politische Perspektive überhaupt sinnvoll ist, bleibt trotz einiger positiver Erfahrungen mit der Bleichstraßeninitiative weiterhin fragwürdig. Fragwürdig nämlich deshalb, weil wir den Massen nicht den Prozeß eigener Erfahrungen abnehmen können, also ihre Lernschritte, die sie im Kampf mit der politischen Führung und Verwaltung selber machen. Dabei kann man schon sagen, daß wir durch unsere Hausbesetzungen Einfluß genommen haben – gerade durch die Direktheit und Radikalität unseres Kampfes; daß wir auch Einfluß nehmen dadurch, daß wir mit den Initiativen Kontakt aufnehmen und unsere praktische **Unterstützung** anbieten. Eine Kontinuität gemeinsamer Politik, also gemeinsame **Organisierung** der Kämpfe, ist im Augenblick und solange nicht möglich, wie das praktische Verhältnis einseitig bleibt. Es existiert von diesen Initiativen zu uns, und in schwächerer und widersprüchlicherer Form von den meisten Leuten, die unter dem kapitalistischen Wohnungselend leiden, ein Verhältnis, das man mit **passiver Solidarisierung** bezeichnen kann.

Diese Solidarisierung ist immer noch beschränkt durch das Bewußtsein, daß die SPD trotz aller gegenteligen Erfahrungen bestimmte reformistische, wenn nicht Lösungsso doch Milderungsmöglichkeiten ihres Elends hat. Das Bewußtsein drückt sich praktisch dadurch aus, daß sie selber garnicht oder nur partikular ihre Interessen selbständig durchzusetzen versuchen.

Wir diskutieren deshalb zur Zeit einen Vorschlag, eine Versammlung mit diesen Initiativen im Volksbildungsheim, einem zentral gelegenen großen Saal, durchzuführen, auf der sich SPD-Vertreter öffentlich zu unseren konkreten Forderungen, die wir in Bezug auf unsere Häuser haben, und zu den Forderungen der Initiativen Stellung nehmen sollen. Die Brisanz unseres Konflikts, die Massenmobilisierung zur drohenden Räumung, hat eine Legitimationssituation für die SPD geschaffen, vor der sie sich nicht wird drücken können. Für uns kommt es darauf an, gerade auch **die** Leute dafür zu mobilisieren, die nicht zur „Räumungsnacht" gekommen sind.

nes Stadtviertels wie wir. Aber aus anderen Gründen: Ihr geht es darum, daß die ehemals großbourgeoisen Häuser erhalten bleiben, damit die darin wohnenden Westend-Kleinbürger platanenbeschattet und in der Nähe von Palmengarten und Grüneburgpark ihren Lebensabend angenehm abdämmern können; sie ist gegen die Vertreibung der Bewohner, weil dadurch, daß man ausländische Familien in den leerstehenden Häusern zusammenpfercht, der Stadtteil verslumt wird; sie ist gegen das Leerstehenlassen von Häusern, weil sich Penner einquartieren könnten; sie ist gegen den Bau von Hochhäusern, weil sie die pompösen Eingangssäulen und Stuckfassaden für kulturell wertvoller hält als Glas und Beton.

In einem hat sie recht: Es gab und es gibt im Frankfurter Westend schöne große Wohnungen. Viele dieser Wohnungen werden über kurz oder lang aus Spekulationsgründen zerstört, obwohl ein ungeheurer Bedarf an Wohnraum besteht, weil Bürobauten profitabler sind. Und genau an diesem Punkt setzte die politische Praxis der Hausbesetzer an. Die Zerstörungsgeschichte des Westends be-

es jetzt darum geht, unsere Häuser zu verteidigen, die Hausbesetzungen verständlich, das weckte ‚passive Solidarität' bei der Bevölkerung. Ihre besonderen Probleme, daß sie nämlich Ausländer waren, mit denen man nicht so gern etwas zu tun hat, und daß sie Studenten waren, die nicht nur keine Wuchermieten für Einzelzimmer zahlen wollten, sondern auch ihrer Isolierung entrinnen, ohne in das nächste Zwangsverhältnis, die Kleinfamilie, zu springen, waren zugleich Hindernisse einer Solidarisierung. So die Situation der ersten Hausbesetzung in Frankfurt, der Besetzung des Hauses Eppsteiner Str. 47 im Herbst 1970.

Die negativen Voraussetzungen, aus denen sich der subjektive Entschluß zur Aktion wesentlich herleitet, also Rassismus und Isolation, motivierten zwar genügend, um gemeinsam ein Haus zu besetzen, man hatte ein konkretes Ziel, wie man die Wohnungsnot bekämpfen konnte, aber ihre positiven Entsprechungen, also Bedürfnisse, die sich gegen die jeweils besondere Unterdrückung wendeten, waren zu verschieden, um auf Dauer weiter gemeinsam kämpfen zu kön-

Arbeiter und Studenten – gemeinsam stark?

Aber beide Momente sind wichtig für die „Häuserkampfbewegung"; gerade aus den besonderen Situationen der Beteiligten entstehen Möglichkeiten, politisch praktisch zu werden. Für die Emigranten bedeutet das, einen Zusammenhang entwickeln zu können, in dem sie nicht mehr rassistischer Diskriminierung unterliegen, in dem sie Selbstbewußtsein entwickeln können und Erfahrungen von Solidarität machen. Das ist, vor allem aus sprachlichen und kulturellen Gründen, in erster Linie untereinander möglich. Eine Verständigung über die gemeinsame **besondere** Unterdrückung gibt dann die Möglichkeit, ein **politisches** Verhältnis zu denen herauszubilden, die im Augenblick nur allgemein die gleichen Interessen haben, also zu uns Hausbesetzern zum Beispiel.

die Bockenheimer nimmt uns keiner



„SKANDAL IM WESTEND" – WAS IST AN UNSEREN HAUSBESETZUNGEN POLITISCH?

Skandal im Westend – das war die Überschrift eines Plakates der sehr bürgerlichen Aktionsgemeinschaft Westend (AGW), mit dem für eine Diskussionsveranstaltung mit dem Baudezernenten Adrian im Sommer dieses Jahres geworben wurde. Diese Bürgerinitiative (hier trifft die Bezeichnung voll zu) hat genau so etwas gegen die Zerstörung ei-

deutet auch für Teile der Bourgeoisie einen Skandal. An diesem Skandalbewußtsein, das natürlich ‚breite Teile der Bevölkerung' hatten und haben, orientierten sich auf der einen Seite die politischen Schritte. Auf der anderen Seite standen die Wohnraumbedürfnisse von auf dem „freien Wohnungsmarkt" besonders unterprivilegierten Studenten und Arbeitsemigranten, die unter spezifischer Diskriminierung litten. Die allgemeine Wohnungsnot teilten sie mit den meisten Leuten in Frankfurt: das machte und macht, wenn

nen. Das Haus sollte vom „Hauskollektiv" selbstverwaltet werden. Das hätte gemeinsame Ansprüche bedeutet. Während aber die Emigranten froh waren, endlich vernünftige Wohnungen zu haben und von den Nachbarn nicht feindselig behandelt zu werden, ansonsten aber als Familien „normal" leben und arbeiten wollten, hatten die Studenten Ansprüche an weiterem gemeinsamen politischem Kampf, die in dieser Situation nur auf ihre eigenen Möglichkeiten zugeschnitten waren. Es bestand also eine Trennung, die **in einem einzelnen Haus** unmöglich aufzuheben war.

Nicht, daß die Genossen vom Häuserrat es etwa nicht besser wollten. Aber da sich ihre eigene politische Basis, hauptsächlich die Bewohner der besetzen Häuser, selten kollektiv darüber auseinandergesetzt hat, wie man eigentlich über den Schritt der Besetzung hinaus in der Wohnungskampfbewegung oder überhaupt in antikapitalistischen Bewegungen außerhalb von Uni und Betrieb aktiv bleiben will, wurden die „Aktivisten" im Häuserrat notwendigerweise zu Funktionären, blieb die Form ihrer politischen Praxis bürgerlich. Die Inhalte bleiben davon nicht unberührt. Wenn wir davon ausgehen, daß

wir als Revolutionäre die Gesamtheit aller emanzipatorischen Bedürfnisse und jeglicher Kampfmotivation von vornherein im Kopf haben, dann können wir uns die unbequeme Frage ersparen, weshalb wir eigentlich selber kämpfen. Dann stellt man sich die Frage nicht mehr konkret, wie man zusammen kämpfen kann, sondern man fordert andere auf zu kämpfen, weil man sonst schlecht Revolutionär sein kann. Es entwickeln sich wechselseitig Funktionen, aber keine Solidarität.

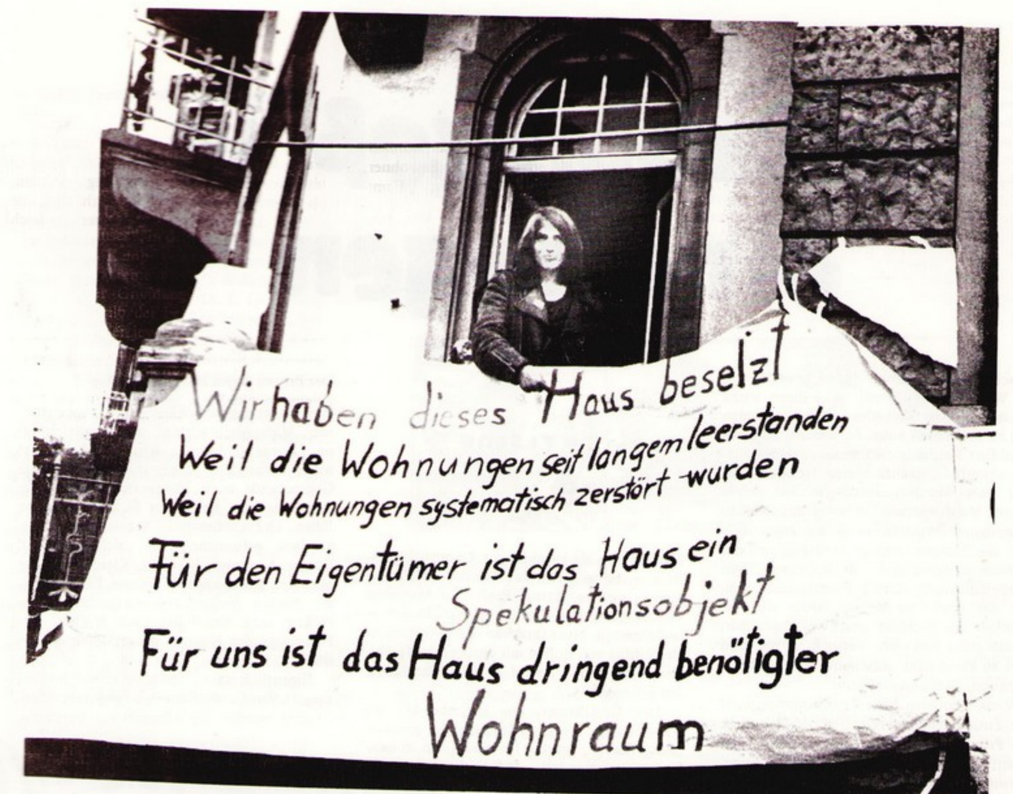
Die Parole vom "kollektiven Lebenszusammenhang"

In der Agitation, die wir zur Verhinderung der Räumung machten, haben wir deshalb jetzt versucht, nicht nur den allgemeinen Interessenzusammenhang aufzuzeigen, der zwischen uns und allen anderen vom Wohnungselend Betroffenen besteht, sondern auch auf die besonderen Bedürfnisse einzugehen, aus denen heraus wir die Häuser besetzt haben und verteidigen wollen. Wir sprachen vom „kollektiven Lebenszusammenhang", den die SPD zerschlagen wolle. Und in der Tat hat sich im Laufe der zweijährigen gemeinsamen Geschichte ein Zusammenhang zwischen den vier Häusern herausgebildet, der es uns überhaupt erst ermöglicht, uns politisch zu verhalten. Dieser Zusammenhang ist natürlich widersprüchlich und nicht immer bewußt; aber er zeigt sich praktisch, wenn die Häuser bedroht waren oder es sind, wie jetzt.

Der erste Punkte, an dem alle Bewohner der vier Häuser gezwungen waren, miteinander zu diskutieren und sich gemeinsam nach außen zu verhalten, war, als es um den Abschluß von Mietverträgen mit der Wohnheim-GmbH. ging, konkret: um die Höhe der Miete. Aber damals verstanden wir unsere eigene Situation nur sehr vage als politisch: wir rückten von unserer ursprünglichen Forderung „10 % des Lohns für Miete" schnell ab und einigten uns auf den „vernünftigen" Preis von 80 DM pro Person und Zimmer. Wir gingen von der Normalität des Vermieter-Mieter-Verhältnisses aus: hauptsächliches Interesse war, unsere Wohngemeinschaften zu erhalten, die Hausbesetzung zu „legalisieren". Man hatte nicht im Sinn, aus diesem Konflikt einen Kampf zu machen, der über die besetzten Häuser hinausgegangen wäre, und man stellte nicht in Frage, was Wohngemeinschaften für uns eigentlich bedeuten, weshalb es sich lohnt, in ihnen zu leben. Genauer: daß das Bedürfnis in ihnen zu leben, sich in einer politischen Bewegung, der Studentenbewegung, herausgebildet hatte. Die Diskussion über Wohngemeinschaften hatte damals bedeutet, daß man in seiner alltäglichen Lebenspraxis Bedingungen für sich selber schafft, durch die man in die Lage versetzt wird, gegen die kapitalistische Gesellschaft zu kämpfen. Solidarische Beziehungen innerhalb der Wohnungen ermöglichen es, sich auch nach außen hin solidarisch und kämpferisch zu verhalten. Aber die Solidarität bildet sich nicht durch Gruppenprozesse, die von der politischen Praxis abgelöst sind. Wir sprechen hier also nicht von Wohngemeinschaften als freiheitlicherIdylle. Es reicht nicht aus, Häuser zu besetzen, damit mans drinnen gemütlich hat. Auch kein anderer Kampf wird sich mit seinem ersten Ziel begnügen können.



Daß die Skandalhaftigkeit der Verhältnisse gegen die politische Aktionsformen ziemlich unmittelbar auf der Hand lagen, Grundlage unserer Einschätzung blieben, wenn wir auch beteuerten, das seien alles nur logische Konsequenzen und keineswegs Auswüchse des kapitalistischen Systems, äußerte sich in bestimmten Erscheinungen sowohl innerhalb der Emigranten-Mietstreikhäuser als auch innerhalb der in der Folge fast ausschließlich von Studenten besetzten Häuser. Die Bewohner der einzelnen Emigrantenhäuser hatten über ihr eigenes Haus hinaus nicht viel miteinander zu tun, da sie sich auf den Kampf gegen die Wuchermieten beschränkten, der, bald, Konsequenz der Beschränkung, auf der Ebene des Gerichts stecken blieb. Für die Bewohner der besetzen Häuser blieben die politischen Implikationen und Konsequenzen ihrer eigenen Aktionen unklar. Man wollte wohnen und nahm sich deshalb Spekulantenhäuser; man hatte bestimmte Ansprüche an die Qualität des Wohnens,



wollte in Wohngemeinschaften leben, aber begriff dieses Bedürfnis nicht als Politikum. Wohngemeinschaften waren die pragmatische Lebensform, von der aus man seiner geregelten politischen Arbeit nachging. Und diese Arbeit fand im wesentlichen woanders statt: in der Universität, wo man politisch und lebensgeschichtlich herkam, und im Betrieb, von dessen strategischer Bedeutung man sich überzeugt hatte. Die realen Kampfansätze außerhalb dieser beiden gesellschaftlichen Orte blieben unserer „eigentlichen" politischen Praxis äußerlich.

Aus diesem Widerspruch heraus blieben organisatorische Ansätze für den Wohnungskampf formal. Der „Rat der besetzten und bestreikten Häuser", in dem Emigranten und Studenten den Kampf gemeinsam weiterführen sollten, war eine bloße Kopfkonstruktion, da seiner Gründung keine politische Klärung innerhalb der beteiligten Gruppen, keine Klärung der jeweiligen Interessen, die schließlich doch diesen gemeinsamen Kampf motivieren sollten, vorausging. Die Mietstreiker, hauptsächlich Italiener, trafen sich nur noch in ihren eigenen Versammlungen, die aber auch in der Auseinandersetzung zwischen der ‚Unione Inquilini', die zusammen mit den Jusos eine bornierte „Mietergewerkschaft" gründete, und ‚Lotta Continua', für die die Mietstreikbewegung hauptsächlich ein Mittel darstellte, bei den Beteiligten eine an der italienischen Klassenkampfsituation orientierte „Politisierung" zu erreichen, gespalten wurde.

Der revolutionäre Advokat weiß immer einen guten Rat

Auf der anderen Seite existierte der studentische „Häuserrat", der in einzelnen Genossen der besetzten Häuser eine zwar nicht ganz zufällige, aber doch wesentlich moralische Basis besaß. Entsprechend waren seine politischen Aktivitäten: auf der einen Seite materielle und juristische Unterstützung für die Emigranten in den Mietstreikhäusern, auf der anderen Seite relativ ziellose publizistische Arbeit. Es wurden Wandzeitungen verfertigt, Pressekonferenzen gemacht; wesentliche Aktionsform war das Go-in bei irgendwelchen städtischen Gremien oder Ämtern, um publizistische Resonanz zu finden. Der „Häuserrat" – das ist das Markenzeichen für eine an Frankfurter Zeitungsleser gerichtete Entlarvungs- und Enthüllungstaktik. Jeden zweiten Tag steht was drin; auch die Genossen lesen's und freuen sich. Es läuft was. Der Häuserrat wird zwar von einer Bewegung getragen, aber er weiß nicht wieso. Er macht **Skandalpolitik**, sicherlich radikaler und von anderen Interessen ausgehend als etwa die erwähnte Aktionsgemeinschaft Westend, aber ob diese Politik revolutionär ist, bleibt zu bezweifeln.

Es reicht aber auch nicht aus, Häuser zu besetzen, um unbehelligt „Politik machen" zu können. Vielmehr mußten wir mit der Zeit lernen, daß wir unser **Wohnen** selbst als **politisch** zu begreifen haben. Stärkere Veränderungen auch in den „persönlichen" Beziehungen der Genossen in unseren Häusern untereinander stellten sich ein, wenn wir als Blockkollektiv nach außen hin politisch tätig wurden und uns dabei nicht nur, wie in der Mietfrage, auf uns selbst bezogen. So gab es zum ersten Mal wieder politische Diskussionen und ein gemeinsam organisiertes Straßenfest mit den Bewohnern eines italienischen Mietstreikhauses, als im Sommer beide Räumungsprozesse hatten. Das war auch die Zeit, als sich die einzelnen Wohnungen im Block auch „privat" zusammensetzten, wo man im Anschluß an Termine spontan feierte und sich genauer kennenlernte. Es veränderte sich etwas zwischen uns, indem man nach außen zu verändern versuchte.

Ähnliche Erfahrungen haben wir auch jetzt in der Kampagne gegen die Räumung wieder gemacht, wenn auch in solchen Situationen die augenblickliche Euphorie die Substanz dieser Veränderungen bei weitem überwiegt.

Ein Problem blieb bisher ungelöst, nämlich daß der Anspruch des politischen Wohnens auch die Öffentlichkeit des Wohnens einbezieht. Zwar waren die Häuser immer eine Art politisches Zentrum, allein schon dadurch, daß sehr viele Genossen zusammenwohnten. Es finden hier Diskussionen einzelner Gruppen statt, die Betriebsarbeit, Hochschularbeit, Arbeit mit Frauen machen; wenn Genossen aus anderen Städten kommen, wohnen sie bei uns; oft kommen interessierte Besucher, manchmal ganze Schulklassen oder Volkshochschulkurse, die sich bei uns einmal umschauen und mit uns reden wollen; jeden Tag wollen Leute, die sonst keine Möglichkeit haben, bei uns übernachten, und vor allem: es kommen sehr viele, die Wohn- oder Mietprobleme haben und von uns Hilfe erwarten. Wir haben es nur bedingt geschafft, auf alle diese Ansprüche einzugehen, indem wir zum Beispiel eine Art Büro, ein „Mieterzentrum" einrichteten, in dem wir Leute zunächst beraten wollten, um vielleicht mal etwas mit ihnen gemeinsam zu machen. Aber im wesentlichen war unsere Haltung den Ansprüchen und Interessen gegenüber, die von außen an uns gestellt wurden, defensiv. Auch das Mieterzentrum wurde, soweit überhaupt in Funktion, zum bürokratischen Distanzinstrument.

Sicher können wir nicht alle diese Ansprüche von uns aus befriedigen, sicher haben wir im Augenblick auch das Recht, „für uns" sein zu wollen. Aber es zeigt sich in diesem Widerspruch auch, daß wir es lange versäumt haben, praktische und organisatorische Zusammenhänge mit denen herzustellen, mit deren Interessen sich unsere verbinden müssen.

Am klarsten zeigt sich das Problem im Verhältnis zu denen, die uns in der Nacht, als die Räumung drohte, kämpferisch unterstützen wollen. Daß sie mit uns kämpfen wollten, bewies, daß ihre Bedürfnisse von den unseren nicht allzuweit entfernt sind. Wir waren ungeheuer erfreut über die riesige Mobilisierung. Gleichzeitig reagierten viele von uns betroffen darüber, daß man die vielen Genossen, die ja zum Kampf auf der Straße ganz brauchbar sind, plötzlich in seiner Wohnung hatte und daß sie auch noch Diskussionserwartungen an uns hatten. Wir hatten Erwartungen an die Solidarität der Genossen, aber daß sie welche an uns hätten, nämlich daß wir bereit wären, über unsere Erfahrungen zu reden, über unsere Perspektiven und wie sie sich vielleich auch konkreter als gemeinsame entwickeln – damit hatten wir nicht gerechnet. Aber man lernt.

Blockkollektiv
Bockenheimer/Schumannst

Schauprozeß in Sindlingen

Manche haben es schon immer gewußt, und das Wort „Schauprozeß" geht ihnen leicht von den Lippen. Als sei es etwas, woran man sich zu gewöhnen habe. Es scheint, als ob in Frankfurt verdrängt würde, was in Sindlingen abläuft – daß hier eine Genossin der RAF unter Mordverdacht steht, eine andere wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeführt wird. Wer diese Realität, die Prozesse, einfach verdrängt und das Problem pauschal dem „Kapitalismus", dem „Imperialismus", dem „Faschismus" anlastet, der macht es sich zu leicht, der verharmlost das Problem, macht es ungreifbar, so daß jeder konkrete Versuch, es hier und jetzt an einer seiner Erscheinungsformen anzugreifen, zwecklos erscheint.

Viele Genossen haben noch immer nicht den Zusammenhang begriffen, der zwischen den Prozessen und ihrer eigenen politischen Arbeit besteht. Der Kampf gegen den Imperialismus ist nicht zu trennen vom Kampf in Stadtteilen und Betrieben, vom Kampf um besetzte Häuser und neue gemeinsame Lebensformen. Die linke Bewegung ist erst dann stark, wenn ebenso viele Genossen bereit sind, gegen die Justiz und gegen die Verurteilung von Genossen zu kämpfen wie z. B. gegen die Stadtoligarchie und die Räumung der Häuser in Frankfurt. Abstrakte Sehnsüchte nach einer „freien Gesellschaft" – schön und gut; aber wo ist hier und heute anzusetzen? Wer seine politische Arbeit ernst nimmt und konsequent bleibt, wer nicht beim Barrikadenbau und beim Abfassen schlauer Texte stehenbleibt – der gelangt mehr oder weniger schnell an den Punkt, wo er für „das System" gefährlich wird, wo die Staatsgewalt nicht länger zusieht. Dann steht er schnell hier und heute vor Gericht oder im Knast. Da gibt es nichts zu verdrängen – nur die möglichen Konsequenzen klar ins Auge zu fassen. Alles andere ist Illusionismus. Wenn man meint, sich in der „Legalität" oder „Halblegalität" bewegen zu können, dann werde einem schon nichts passieren: mit einem solchen Bewußtsein kann man gleich einpacken. Nur eine realistische Einschätzung der Verhältnisse kann den Kampf vorwärtstreiben.



Um den Feind zu treffen ist es unbedingt notwendig, seine Methoden zu kennen. Immer wieder muß der einzelne, konkrete Fall beobachtet und analysiert werden. Zum Beispiel die fünf Mammutprozesse, die zur Zeit in der BRD gegen RAF-Genossen stattfinden.

Eine militärische Übung

Nach mehr als zweijähriger Untersuchungshaft – davon mehrere Monate Totalisolation – werden Astrid Proll und Marianne Herzog jetzt vor Gericht gezerrt. In einem unbeheizten, stockfinsteren Zellenwagen, in Begleitung von Bullen mit gezogenen Maschinenpistolen, und Astrid noch in Handschellen gefesselt.

Der Gerichtsort, ein Betonbunker im Frankfurter Vorort Sindlingen, genannt „Bürgerhaus", wurde für viel Geld in eine Festung verwandelt. Jeder, der rein will, wird total erfaßt: durchleuchtet, bis auf die Haut durchsucht, fotografiert, seine Personalien weitergeleitet an das BKA in Wiesbaden. 250 Bewaffnete verteilen sich draußen und drinnen im Gerichtssaal. Gerichtsbullen mit Spezialausbildung lauern sprungbereit. Herr im Haus ist die Polizei, für jeden überdeutlich sichtbar: eine militärische Übung. Daß hier die Bullen die Verhandlungen führen, darüber kann auch eine noch so „souveräne Verhandlungsführung" nicht hinwegtäuschen. Inzwischen kommen sogar der FAZ Bedenken: „Ob dies ein ‚fairer' Prozeß ist . . ., scheint im Augenblick nicht oder nicht nur in der Möglichkeit der Justiz zu liegen . . ." (1. 11. 1973).

Und die Herren Vorsitzenden versuchen krampfhaft, ihre Autorität zu wahren. Einzig darauf bedacht, dem „ordnungsgemäßen Ablauf", d. h. der Strafprozeßordnung gerecht zu werden, um bloß keinen Revisionsgrund zu liefern. Alles andere kümmert sie nicht. Es sind „ganz normale" Prozesse; Politik liegt ihnen fern. „RAF-Prozesse? Was ist denn das, kenne ich nicht." Sie versuchen, die Toleranzgrenze gegenüber Angeklagten und aufmüpfigem Publikum weit zu spannen; aber dann plötzlich „greifen sie durch", verhängen Ordnungsstrafen, schneiden der Verteidigung das Wort ab, lassen Zuhörer verprügeln hinter ihrem Rücken, ordnen die Zwangsvorführung der Angeklagten an, lehnen Anträge ab (z. B. auf Entwaffnung der Spitzel im Publikum). Ein anstrengendes Geschäft, den Schein der Unabhängigkeit zu wahren. Wo doch jeder sehen und hautnah spüren kann, daß die dritte Macht der bürgerlichen Demokratie nur dazu da ist, den Büttel der Exekutive zu spielen.

Staatsanwalt Brinkmann, dumm und fett, schläft meistens und wird nur wach, wenn es um „heiße Sachen" geht. Er interessiert sich prinzipiell nur für Waffen, Sprengstoff, Brandsätze, Bomben. Er war es auch, der gegen Mariannes Haftverschonung Beschwerde einlegte, die dasselbe Gericht, das heute hier tagt, angeordnet hatte. da ist Staatsanwalt Schäfter (im Prozeß gegen Astrid) schon raffinierter; der will Karriere machen, rügt den Vorsitzenden wegen mangelhafter Befragung – ein Technokrat.

Zu Beginn der „Inszenierung" (so Rechtsanwalt Preuß) gaben Astrid und Marianne Erklärungen ab, wie sie dieses System sehen. Aber als sie erklären, von jetzt an diesem Schauspiel fernbleiben zu wollen, ordneten die Richter Zwangsvorführung an. Begründung: die Beschuldigten müßten jederzeit Gelegenheit haben, Erklärungen zur Sache abzugeben. Der blanke Zynismus: Das „Recht" zu Stellungnahmen wird umgemünzt in den „Zwang" zur Präsenz. Den freiwilligen Verzicht auf jenes Recht darf es nicht geben.

Der Prozeß gegen Marianne Herzog

Hier findet augenblicklich eine der sogenannten „Materialschlachten" statt, vielleicht eine „Zeugenschlacht", denn „Material" ist nicht vorhanden – falls man nicht all die Gegenstände, auch „Asservate" genannt, die inzwischen die Keller der Sicherungsgruppe füllen, als Prozeßmaterial bezeichnen will: irgendwo gefundene und „sichergestellte" Dinge: Ausweise, Stempel, Kleidungsstücke aller Art, Rechnungen, Schirme, Führerscheine, Nieten, Folien, Nummernschilder, Perücken, und manchmal auch Waffen. Das Fundbüro der Nation. Frage: Wem gehört das?

Eigentlich steht das alles schon fest, in den Akten. Es ist sortiert, zugeordnet, identifiziert worden. Es wimmelt von Personen,



die gegenübergestellt, „mit Sicherheit" wiedererkannt wurden, als Person oder am liebsten als Lichtbild. Es gibt eine „Lichtbildmappe" mit ca. 300 Fotos, die quer durch die Bundesrepublik kursiert. Und es findet sich immer jemand, der „hundertprozentig" sagen kann: den erkenne ich wieder! Und wer Zweifel hat, dem treibt die verhörende Behörde das aus.

Zeugen vom Hörensagen. Massenhaft. Von überall angekarrt. Zur Hälfte Bullen. Die Masse machts. Irgendwas wird schon hängenbleiben. Jedenfalls kommt es in „die Akten", da steht es dann schwarz auf weiß. Und aufgrund dieser „Akten" verschwindet dann einer für zwei Jahre und länger im Knast.

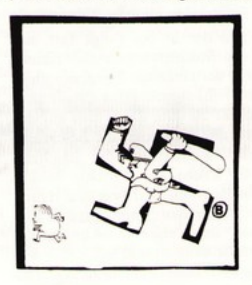
Nach bisher 12 Verhandlungstagen steht fest: Was immer in den „Akten" stehen mag – mit Marianne hat es nicht das Geringste zu tun. Dem Gericht ist das gleichgültig, denn aus den „Akten" ist eine Anklageschrift hervorgegangen, zusammengeschmiert aus Gerüchten, Vermerken, Verdächtigungen, Denunziationen, Vernehmungsprotokollen. Etwas Konkretes gibt es nicht. Auf Biegen und Brechen muß die lange Haft gerechtfertigt werden – und auch das Urteil entsprechend ausfallen.

Die Anklage lautet unter anderem auf Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung", Vorbereitung zum Bankraub, und Beteiligung an einem Bankraub in Kassel. Einzige Beweisstücke: Eine Behauptung von Ruhland: er bezeichnet sie als „Vollmitglied", obwohl er sie kaum gesehen hat, wie sich im Lauf der Verhandlung herausstellt. Und eine Pelzmütze, die in einem Fluchtwagen nach den Kasseler Banküberfällen „gefunden" wurde: Ruhland hat sie Marianne „zugeordnet", sonst hat sie keiner je gesehen.

Um das „formalrechtlich" zu „beweisen", läuft ein makabres Schauspiel ab. Ruhland allein schafft's nicht. Also müssen sonst welche Zeugen her, ganz gleich von wo: Bankkassierer aus Berlin, die Überfälle erlebt oder davon gehört haben; Bullen, die Wohnungen durchsuchten; Graphologen, die „wissenschaftlich" Handschriften identifizieren; Observierer, die irgendwo mal was observiert haben; Autobesitzer, deren Wagen gestohlen wurde; Bullen, die mal jemand verhaftet oder bei einer Verkehrskontrolle erkannt haben wollen; Hausfrauen, die von ihrem Fenster aus schwarz maskierte Gestalten gesehen haben und bei Schießereien mehr Angst um ihren Hund als um sich selbst hatten; städtische Angestellte, aus deren Büro Dienststempel entwendet wurden und „was man so zum täglichen Leben braucht"; ein Zeitsoldat (!), der zuviel Django gelesen hat, so daß seine Wahrnehmungen sogar dem Staatsanwalt nicht geheuer sind; Leute, bei denen mal jemand gewohnt hat; und immer wieder Fahnder, Ermittler, Kriminaloberkommissare, die „eine Lücke schließen" müssen und Zeugen produzieren . . . usw. Was immer diese Zeugen aussagen – von Marianne ist nie die Rede. Kaum einer kennt sie, in Kassel und an anderen Orten hat niemand sie gesehen. Aber im Knast sitzt sie immer noch, seit nunmehr zwei Jahren. Als müßte sie schon deshalb des Bankraubs überführt werden, weil es nachweislich Bankraube gibt.

Eines allerdings geht aus den Zeugenaussagen hervor: daß die Bullen was ganz Bestimmtes hören wollen, es oft auch zu hören bekommen und dann ein Protokoll anfertigen. Was dagegen eine Zeuge **nicht** weiß, darüber gibt es kein Protokoll. Zum Beispiel: 10 Personen wird eine Mütze vorgelegt. Wem gehört sie? 9 Personen wissen es nicht, nur einer meint: sie könnte X gehören. Im Protokoll heißt es dann: Der Zeuge konnte die Mütze „mit Sicherheit" identifizieren. Von den anderen neun „negativ" verlaufenden Identifizierungen kein Wort. In einem Protokoll der Bullen steht nur „Positives" drin. Damit gar nicht erst Zweifel aufkommen. Der Zeuge – das ist das Protokoll. Was z. B. geschah mit Ruhland in den 40 Tagen (!) zwischen seiner Verhaftung und seiner ersten richterlichen Vernehmung mit „ordnungsgemäßem" Protokoll? Ruhland sagt: „Überhaupt nichts."

Überhaupt der Zeuge Ruhland. Es lohnt kaum noch, ein Wort über ihn zu verlieren: alles Wesentliche haben Schily und Ströbele (Merve, Nr. 11) dazu gesagt. Heute hat er nicht einmal mehr die „phänomenale Phantasie", die ihm die Verteidiger damals be-



scheinigten: in Sindlingen kann er „im einzelnen nichtmehr dazu sagen“. Aber Marianne will er bestimmt gekannt haben, obwohl er sie höchstens 1 1/2 Tage gesehen haben kann. Er wußte nicht einmal ihren Namen, der sei ihm später wieder „eingefallen“; und ihr „Tarnname“ (ihm zufolge hatte jedes Gruppenmitglied einen solchen) war: Marianne. Auch an eine Pelzmütze, die ihm vorgelegt wurde, „erinnert“ er sich genau: Marianne soll sie getragen haben. Deswegen sitzt sie im Knast. Bei allen Vorhalten und Widersprüchen aber setzt sein Gedächtnis aus: „Wie ich es damals gesagt habe, stimmt es.“ Und damals hat er viel gesagt: ca. 1200 Seiten Protokoll. Da kommt keiner mehr mit, am wenigsten der Zeuge selbst, obwohl präpariert und bestochen bis zum Exzeß. Noch heute „verkehrt“ er mit Kriminalobermeister Eimeke, seinem Hauptvernehmer und Betreuer. Auch wenn ihm heute keiner



mehr glaubt, nicht einmal der Staatsanwalt, muß er herhalten, weil die Bullen sonst nichts haben, Marianne aber angeklagt werden mußte, weil es eben in den Akten steht . . . Und so beschließt das Gericht gegen den Protest der Verteidigung, als Beweismittel das Urteil des OLG Düsseldorf gegen Ruhland zu verlesen. Wenn schon der Zeuge selbst unglaubwürdig ist – das Urteil eines deutschen Gerichts ist über jeden Zweifel erhaben.

Und die anderen Zeugen? Da scheint auch etwas von den Vernehmungsmethoden durch. Da ist z. B. die 60jährige Hausfrau aus Kassel. Die geht zur Bank und holt ihre Rente ab. Ein paar Tage später wird diese Bank überfallen. Das Ereignis ist in aller Munde, die Zeitungen sind voll davon und von Bader-Meinhof, mit Bildern. Da plötzlich fällt der Frau ein, daß sie neulich doch in der Bank eine Dame gesehen hat, die „einfach so dastand“; sie meint eine Ähnlichkeit mit einem Zeitungsfoto festzustellen. Aufgeregt erzählt sie es ihrem Mann, der erzählt es Leuten bei der Tankstelle nebenan, die erzählen es weiter . . . und schon kommt die Polizei zu ihr ins Haus: Sie haben also die Person erkannt? Lichtbilder werden vorgelegt, die Frau hat leise Zweifel: „Es könnte sein.“ Im Protokoll steht dann: die Zeugin hat beobachtet, wie Frau X (genauer Name) die Bank ausbaldowert hat. Die Zeugin, der das heute vorgehalten wird, kriegt es mit der Angst zu tun: nein, nein, sie habe immer gezweifelt; die Beamten müßten das wohl so formuliert haben. Aber nun wird sie noch viele Male als Zeugin vor Gericht stehen wegen immer derselben Geschichte, denn es wird noch viele solche Prozesse geben mit immer denselben Zeugen. Wer einmal erfaßt ist, in den „Akten“ steht, kommt nicht mehr raus – Zeuge als Beruf.

Oder: Ein Mann wird „hundertprozentig“ als der Beifahrer eines Fluchtwagens in Kassel erkannt. Eine Gegenüberstellung verläuft „positiv“: der war's! Aber der Mann hatte Glück: nachweislich war er an diesem Tag 300 km weiter weg, was inzwischen auch die Bullen wissen. Da ist eben was schief gelaufen. Heute kann die Kripo nicht mehr sagen, wie das „passieren konnte“.

Oder: Einer, der selbst der RAF angehört haben soll und Aussagen gemacht hat, beantwortet einige Fragen der Verteidigung: er sitze deshalb nicht in U-Haft, weil er geredet habe: man hat ihm Aussagen von anderen vorgelegt, die er bestätigen sollte. Bundesermittlungsrichter Buddenberg wollte erst dann mit ihm über seine Haftgründe sprechen, wenn zu den „sachlichen Vorkommnissen“ Stellung bezogen worden sei. Jetzt soll auf Antrag der Staatsanwaltschaft Buddenberg persönlich geladen werden, u. a. zum Beweis dafür, daß die Angaben „freiwillig und ohne unzulässige Beeinflußung“ gemacht wurden.

Die Bullen-Zeugen dürfen sich auf ihre beschränkte Aussagegenehmigung zurückziehen. Ihre Behörde verbietet ihnen, auszusagen über den „personellen, kriminaltaktischen und kriminaltechnischen Einsatz“. Im Zweifelsfall steht alles in den Akten. Wie gehabt.

Wie Astrid Proll ein Mordversuch angehängt wird

Zwei Leute sitzen im Frankfurter „Café Westend“. Sie werden observiert, weil sie in dem Verdacht stehen, der RAF anzugehören. Quer durch das Frankfurter Westend beginnt eine Hetzjagd. Die Jäger sind: Observierungsfahrzeuge, BfV-Bullen, Fahnder der Bundessicherungsgruppe, der Sonderkommission Bader-Meinhof, LfV-Bullen, BKA-Bullen, das einheimische 18. K (politische Polizei) und die üblichen Streifenwagen. Die beiden Genossen werden verfolgt. Sie werden beschossen: vier Schüsse allein hat der Exekutivfahnder der Soko, Michael Simons, nach eigener Aussage abgegeben, aus nächster Nähe. Die Genossen stolpern, fallen – und entkommen. Sie entkommen der ganzen Maschinerie, die doch so stark, so gut ausgebildet ist und die Hosen geschissen voll hat vor Angst.

Soweit bekannt, hat Simons bis jetzt viermal zu diesem Vorfall ausgesagt: in seiner Erklärung vom 12. 2. 1971 (zwei Tage nach dem Vorfall), in angefügten Ergänzungen ein halbes Jahr später, vor drei Monaten im Prozeß gegen sechs Genossen in Berlin, in Stuttgart im Prozeß gegen den Genossen Pohl, und jetzt in Frankfurt. Jeder seiner Aussagen widerspricht sich in wesentlichen Punkten. Sie widerspricht auch der Aussage von Michael Grünhagen, Regierungsamtmann und V-Mann des LFV Berlin, der auch am 10. 2. 1971 in Frankfurt mit dabei war.



Die Funktion, die Ruhlands stereotype Antwort „Im einzelnen kann ich nichts mehr dazu sagen“ erfüllt, übernimmt die Aussagebeschränkung Grünhagens, eines der beiden Hauptbelastungszeugen. Hier führt die Verhandlung nicht mehr das Schwurgericht unter dem Vorsitz von Richter Menges, sondern das Landesamt für Verfassungsschutz, Berlin. Die Akten, die dem Gericht, der Staatsanwaltschaft und den Verteidigern vorliegen, haben viele weiße (abgedeckte) Stellen. Was dort stehen soll, findet sich nur in den Handakten der Soko oder denen der ominösen „Dienststelle“ Grünhagens.

Grünhagen, der kein Waffenexperte sein will, aber Mündungsfeuer gesehen hat; Grünhagen, der prinzipiell nie eine Schußwaffe bei sich trägt (!), aber die Aussage darüber, ob er vertraut im Umgang mit Schußwaffen sei, verweigert, mit dem Hinweis, dies sage etwas über die Arbeitsweise seiner Behörde aus; Grünhagen, auf den Astrid geschossen haben soll (mindestens fünf Mal), der aber in den ersten Polizeiprotokollen und Verlautbarungen über die Schießerei überhaupt nicht vorkommt. Von den Verteidigern in die Enge getrieben, führt er ein Telefongespräch mit seiner Behörde und fragt: „Wenn die (Rechtsanwälte) mich danach fragen, soll ich dann sagen, ich kann mich nicht mehr erinnern?“

„Erinnerungen und Erkenntnisse, Behauptungen und Beobachtungen der beiden Beamten Simons und Grünhagen, Kronzeugen der Anklage, differieren en gros und en détail derart, daß nicht nur der Hergang der Tat, sondern sogar die Identität der angeblichen Täter zumindest fragwürdig geworden ist.“ („Der Spiegel“, 5. 11. 1973)

Ein Schußwechsel hat überhaupt nicht stattgefunden. Die Bullen haben geballert, sonst niemand. Und weil die beiden Genossen ihnen entwischt sind, deswegen, weil es eine Niederlage dieser ganzen versammelten Staatsgewalt und ihrer Hintermänner war, deswegen mußte erklärt werden: „Die beiden Personen konnten nur entkommen, weil sie geschossen haben.“ Noch in derselben Nacht wird der Einsatzleiter Köhn abgesetzt, und Küttner tritt an seine Stelle. Die Angst vor der RAF steckt dem Apparat noch heute in den Knochen.

Andere Zeugen gibt es „angeblich“ nicht, obwohl sie massenweise herumstanden, das ganze Westend von Bullen wimmelte und auch Passanten etwas gehört und gesehen ha-



ben müssen. Warum? Bei dem kleinsten Verkehrsunfall rückt die Polizei seine Zeugensuchanzeige in die Zeitung. Haben sich hier keine gemeldet? Einer soll sich, lt. Grünhagen, auf die Straße geworfen haben. Wo ist er?

Rechtsanwalt Preuß gibt Erklärungen zu der Funktion von Grünhagens und Simons' Erklärungen ab: Grünhagen, ein V-Mann und Spitzel – solche Zeugen treten meist gar nicht in Prozessen auf – ist ein Dunkelmann im Halbschatten seiner Behörde. Er kann nicht aussagen, was er selbst erlebt hat, sondern sagt aus für seine Behörde, deren Einsätze und Fahndungen an jenem Abend (10. 2. 1971), koordiniert mit denen der Soko, der Sicherungsgruppe, dem BfV und den Frankfurter Bullen verliefen. Seine Behörde hat ein Interesse an der Verurteilung von Revolutionären, und für diese Behörde, in ihrem Interesse sagt Grünhagen aus. Ebenso Simons. Preuß nennt ihn einen Funktionär seiner Behörde. Er berichtet stellvertretend für sie, wahrt ihre Interessen. Das reicht bis in seine Interpretation seiner Aussagebeschränkung. Weil hier im Grunde zwei Behörden ihre Ansichten vertreten, wird es auch nicht so wichtig sein, daß die Aussagen von Grünhagen und Simons sich in manchem widersprechen, es wurde halt nicht genügend „koordiniert“. Schlußfolgerungen über die besondere Verlogenheit von Verfassungsschutz und Exekutive bzw. deren Beamten lassen sich daraus nicht ziehen. Es ist „die Arbeitsweise der Behörde“, die hier, wenn auch mit Schönheitsfehlern, demonstriert wurde.

Die FAZ (1. 11. 1973) formuliert das so: „Sie (die Beamten) wissen über den Zusammenhang, der vor Gericht erörtert werden soll, viel mehr als sie sagen, als sie verraten dürfen. Ihre Fiktion übergreift zwei verschiedene Arten von Lücken: das, was sie nicht mehr wissen, und das, was sie nicht sagen dürfen.“ Dieselben Dienststellen bestimmen auch, welche Akten dem Prozeß zur Verfügung gestellt werden und welche nicht. Noch nicht einmal die Staatsanwaltschaft kennt alles.

Frankfurt, 10. 11. 1973
Rote Hilfe Frankfurt

Bomben auf ITT

Die Genossen, die die Anschläge auf ITT-Niederlassungen in Berlin und Nürnberg gemacht haben, haben dazu eine politische Erklärung geschrieben, die von der gesamten bürgerlichen Presse unterdrückt wurde. Wir drucken sie im folgenden ab:

Die Revolutionäre Zelle übernimmt die Verantwortung der Anschläge auf ITT-Niederlassungen in Berlin und Nürnberg am 16. 11. und 17. 11. 1973. Wir haben deshalb ITT-Niederlassungen angegriffen, weil ITT verantwortlich ist für die Ermordung und Folter chilenischer Frauen, Arbeiter und Bauern.

Schon 1971 wollte ITT mit Hilfe des damaligen CIA-Chefs McCone, der gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied von ITT ist, mit Hilfe der ITT-eigenen innenpolitischen Abteilung, des Nachrichtendienstes und der Spionageabwehr und natürlich mit Unterstützung des Massenmörders Nixon, den Wahlsieg Allendes verhindern. Für diesen Versuch bot ITT allein dem CIA 1 Million Dollar an. ITT scheute sich nicht, den im Volk beliebten General Schneider ermorden zu lassen, um damit einen Putsch heraufzubeschwören. Das ist ihnen nicht gelungen, weil das chilenische Volk wußte, daß es für seine Befreiung kämpfen muß, daß die Herrschenden mit allen Mitteln die Unterdrückung des Volkes – das kapitalistische System – durchsetzen, daß es ihnen scheißegal ist, wieviel Menschen dabei krepieren.

Sperrung von Krediten, Einfuhrbeschränkungen, Einstellung von Treibstoffnachschub, Manipulation des Kupferpreises und Waffenlieferungen an Rechtsradikale: das ist das Instrumentarium des US-Imperialismus, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Chiles zu erzwingen. Nixon, das Schwein, aber läßt erklären, daß die USA mit dem Militärputsch in Chile nichts zu tun haben. Wir alle wissen, daß Nixon und ITT, daß der US-Imperialismus nicht nur in Chile sitzt und seine stinkigen Krallen ausfährt, Menschen ausbeutet und unterdrückt, Menschen krank macht und tötet, sondern in den Ländern der Dritten Welt überhaupt.

ITT hat allein in 53 Ländern Gesellschaften (u. a. in Brasilien, Bolivien, Nigeria, Nicaragua, Südafrika, Uruguay, Angola); und natürlich stehen Firmen wie IBM, Dow Chemical, Siemens, Bosch und AEG in der Ausbeutung der Dritten Welt ITT in nichts, aber auch gar nichts nach.

Die Anschläge auf ITT-Niederlassungen in der Schweiz, USA, Italien und Spanien zeigen, daß überall Menschen begriffen haben, daß der bewaffnete und militante Kampf nicht nur in Chile politisch richtig ist.

Sie haben erkannt, daß der, der sich mit dem Kampf des chilenischen Volkes solidarisiert, den antiimperialistischen Kampf im eigenen Land militant führen muß, daß man dem Terror des Kapitals überall, das heißt auch hier, den Widerstand des Volkes entgegensetzen muß.

Unsere Anschläge in Berlin und Nürnberg sind nur ein winziger Teil des antiimperialistischen Kampfes. Sie haben nur symbolischen Charakter. Sie zeigen, daß wir mit den chilenischen Volk solidarisch sind und an seiner Seite kämpfen. Sie sollen in der BRD vermitteln, daß wir mit all den uns zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen müssen.

Der Kampf kann nur massenhafter werden, wenn wir mit unseren Möglichkeiten gegen dieses System kämpfen, das uns jeden Tag in seinen Klauen hält. Der Kampf kann nur massenhafter werden, wenn wir lernen, neue Kampfformen zu entwickeln.

Kämpfen wir gemeinsam gegen den BRD-Imperialismus!
Den antiimperialistischen Kampf militant führen!
Solidarität mit dem chilenischen Volk!
Solidarität mit der MIR!

Ein Beitrag zum Angriff auf ITT folgt in der nächsten WWA.

Schwarzfahren = Geld sparen

.Im Sommer hat der Hamburger Verkehrsverbund wieder die Preise erhöht. Um zur Arbeit zu kommen, soll man noch mehr bezahlen. Und man wird überall kontrolliert: Fahrkarten, Stechuhren, Akkordzettel.

Wenn man zu den Fahrpreiserhöhungen noch die Wohnungssanierungen in Hamburg betrachtet, ist die Schweinerei noch größer: Man wird aus der Innenstadt an den Stadtrand wegsaniert, muß eine Stunde fahren, um zum Betrieb zu kommen, und für die langen Strecken werden die Tarife auch noch am stärksten erhöht.

Wie sieht nun ein Arbeitstag aus? 1 Stunde Hinfahrt, 2 Stunden arbeiten für seinen Lohn, 7 Stunden arbeiten für die Bonzen, davon über 1/4 Stunde täglich allein für die Fahrkarte, dann wieder 1 Stunde Rückfahrt; danach ist man so geschafft, daß man zu nichts mehr richtig Lust hat.

Aber so läuft das nicht: Immer mehr Leute fahren schwarz. Wir wollen nicht Kleingeld für den HVV sammeln und an den Automaten Schlange stehen – wir wollen nicht auch noch dafür bezahlen, daß wir für die Bonzen arbeiten dürfen.



Deshalb sind wir in kleine Gruppen in den U- und S-Bahnen mitgefahren, haben an die Fahrgäste Flugblätter und Aufkleber verteilt und mit ihnen diskutiert, wie man am besten schwarz fährt, was man den Kontrolleuren erzählt (z. B. daß sie Parasiten sind und von unserer Arbeit leben) oder wie man Schwarzfahrer unterstützt, wenn man nicht selbst schwarz fahren mag (z. B. lange nach der Fahrkarte suchen, viele Fahrkarten bei sich haben und sie nacheinander vorzeigen).

Die meisten fanden unsere Vorschläge ganz gut, manche sagten, was solls, wir fahren sowieso schon schwarz. Nur alle tun es für sich alleine, dabei wäre es in Gruppen viel sicherer. Ein Problem ist natürlich, daß viele früh noch müde sind und abends schon so wütend, daß sie für Flugblätter nicht mehr empfänglich sind. Es war leichter, mit Frauen und Alten zu sprechen als z. B. mit Hafen- oder Werftarbeitern (denn die kriegen jahrelang täglich drei Flugblätter, ohne daß es ihnen was nützt). Dafür wagt aber kaum ein Kontrolleur, diese Typen nach den Fahrkarten zu fragen.

An Schwarzi denken der Ha Vau Vau nichts schenken



Sauer waren nur die zivilen „Betriebssicherheitsbeamten", die plötzlich überall auftauchten. Aber ihre Bemühungen waren erfolglos, denn mehrere Schwarzfahrer auf einmal können sie nicht festhalten. Oder öfter gehen auch mal Fahrkartenautomaten kaputt oder ein Kontrolleur wird zusammengeschlagen, wenn er frech wird.

Schwarzi soll bei der HVV immer mehr ständiger Fahrgast werden. Ein anderes Problem ist noch: viele fahren mit dem Auto und schwarztanken ist noch etwas schwierig.

– Proletarische Front –

Die Schwarzfahrer schlucken 26 Millionen

Nahverkehr bald pleite ?

Neuer Volkssport: Keine Fahrkarten kaufen

Der Schwarzfahrer bekam eine rote Bombe. Doch dann griff der junge Mann in der Hamburger S-Bahn entschlossen in die Jackentasche, zupfte einen Schein heraus und bedeutete dem Kontrolleur in Zivil: „Hier haben Sie 20 Mark. Ich löse nämlich nie einen Fahrschein." Diese Szenen wiederholen sich Tag für Tag in den öffentlichen Nahverkehrsmitteln Niedersachsens, Bremens, Hamburgs und Schleswig-Holsteins. Das Schwarzfahren in Straßenbahnen, Bussen und U-Bahnen droht zu einer Art Volkssport zu werden.

Groß ist die Zahl derer, die bereits mehr als zwölf Mal erwischt wurden. Eine unerquickliche Situation, so schilderte es gestern der Direktor des Verbandes öffentlicher Verkehrsbetriebe, Dr. Walter Labs, auf einer Tagung in der Volkswagenstadt Wolfsburg: „Das Wasser steht uns ohnehin bis am Hals. Die Schwarzfahrer sorgen dafür, daß unser Defizit noch weit höher liegt." Rund 26 Millionen Einbußen, rechnen die Experten des Nahverkehrs, gehen jährlich wegen der Schwarzfahrer durch die Lappen. Dr. Labs: „Kontrollen können wir nur sporadisch durchführen. Gezielte Dauerrazzien in Bahnen und Bussen würden zu teuer."

Die Schwarzfahrer begründen aber nur zum Teil die derzeit mißliche Situation der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe. Nach Angaben von Verbandsdirektor Walter Labs schlittern die Betriebe unaufhaltsam in die roten Zahlen.

Deshalb appelliert der Verband an die Bundesregierung: Die Mehreinnahmen durch die Mineralölsteuererhöhung im Juli müssen dem Nahverkehr zugute kommen. Labs: „Von den fünf Pfennig erhalten wir nur ein Zehntel. Der Autofahrer hat gegen die Mineralölsteuererhöhung nicht aufgemuckt, deshalb muß er jetzt auch im Nahverkehr eine attraktive Alternative haben."



Fortsetzung von Seite 9

die Arbeiterautonomie – ihr Gesicht prägen. Aber zwischen dieser Haltung und der prinzipiellen Ablehnung der Arbeit für eine gesamtpolitische Arbeiteravantgarde, für eine revolutionäre Organisation, besteht ein himmelweiter Unterschied. Derselbe Unterschied, der zwischen dem Bemühen um gesamtpolitisches Verständnis der Bewegung heute und der Frage nach der Strategie einerseits und dem abstrakten und dogmatischen Rezitieren „marxistisch-leninistischer Grundsätze" andererseits besteht.

Zu behaupten, es seien die Arbeiter, die sich einer solchen Fragestellung widersetzen und die beim Erfahrungsaustausch auf Betriebsebene stehenbleiben wollen, ist einfach unwahr: die Arbeiter kennen den Ausbeutungsmechanismus und die Macht der Kapitalisten und die Schwierigkeiten des Klassenkampfes auf eigene Kosten zu gut, als daß sie sich nicht nach einer Perspektive fragen, die über ihren Betrieb hinausweist und ihrem Kampf eine weitere und allgemeinere Zielrichtung geben kann. Wenigstens die aktiven und klassenbewußten Arbeiter – und an denen wollen wir uns doch orientieren, oder? (Klassenbewußte Arbeiter sind beileibe nicht nur jene, die in ihren Köpfen dank der marxistischen Schulung schon weiß Gott welche ideologischen Bedürfnisse und Fragen entwickelt haben, sondern in erster Linie eben die, die sich in den letzten Kämpfen geäußert haben und vielleicht dort zum erstenmal auf die Frage gestoßen sind: „Was dann, wenn der momentane Kampf vorüber ist?")

Arbeiterautonomie und Klasseneinheit

7. Nach der Streikbewegung dieses Jahres kann man – unseres Erachtens – ohne Übertreibung oder Forcierung von Arbeiterautonomie sprechen: die Arbeiter haben gelernt, ihre eigenen Bedürfnisse ohne Vermittlung und Versöhnung als denen der Kapitalisten entgegengesetzt zu begreifen und an den ersten Platz zu rücken; sie haben sich freigemacht (auch deutsche Arbeiter!) von der Bindung und „Mitverantwortung" gegenüber den Interessen des Kapitals; sie haben gelernt, die Lohnarbeit und ihre Gesetze abzulehnen (nicht individuell, sondern aktiv und gemeinsam) – 6 Wochen Urlaub, Kampf gegen Arbeitshetze, Streikfreiheit und Bezahlung der Streiktage! –; sie haben ihre Feinde kennengelernt und sich mit ihnen militant auseinandergesetzt; sie haben aktiv für ihre Einheit und Gleichheit gekämpft (Abschaffung der unteren Lohngruppen, gleiche Erhöhung für alle). Natürlich ist dieser Prozeß nicht ein allemal vollendet – sonst wäre ja die Revolution praktisch schon vor der Tür – und auch nicht überall durchgedrungen oder schon Gemeingut der gesamten Arbeiterklasse. Aber wir glauben, daß es jetzt wesentlich darauf ankommt, diesen Prozeß und diesen politischen Inhalt voranzutreiben und in den Mittelpunkt zu stellen.

Alle anderen Fragen (insbesondere die Frage, ob multinationale Zentren, Vertrauensleutearbeit, Wohnheimagitation, Komitees oder sonstwas, die richtigen und besten Ansatzpunkte sind) müssen sich in diesem Licht stellen: ob dadurch die Arbeiterautonomie gefördert wird und sich weiterentwickeln kann, ob dadurch die Fähigkeit der Arbeiter, ihre Interessen auch über die Fabrik hinaus autonom wahrzunehmen, Fortschritte macht oder nicht. Es gibt dafür keine organisatorischen Ersatzlösungen, wenn der politische Inhalt nicht klar ist. Nach unserer Meinung ist die Frage nach der Arbeiterautonomie heute die **strategische** Frage – und es wäre schwer verfehlt, sie durch rein taktische Probleme zu verdrängen oder nicht mehr zentral zu sehen.

Natürlich ist Arbeiterautonomie nicht im leeren Raum: die Frage nach der politischen Organisation der Arbeiterklasse, ausgehend von den tatsächlichen Klassenkämpfen und dem politischen Potential, das sich heute in der multinationalen Arbeiterklasse in Deutschland äußert, ist grundlegend, und niemand hat dafür eine fix und fertige Antwort – wir meinen damit, keine richtige und befriedigende Antwort: aber wenn die Frage nach der Organisation für die Entwicklung der Arbeiterautonomie und nach ihrer **politischen** Dimension – d. h. nach der Fähigkeit, die Klasseninteressen der Arbeiter insgesamt zu interpretieren und zu orientieren, über den Betrieb hinaus – nicht gestellt wird oder bewußt abgelehnt wird, dann hat es wenig Sinn, sich den Mund mit den Worten Arbeiterautonomie und multinationaler Arbeiterklasse füllen.

Arbeiterautonomie und Klasseneinheit können nicht warten, bis Betriebsgruppen oder sonstwer politisch „reif" sind, diese Bedürfnisse zu erkennen. Wir meinen, daß die kommenden Tarifkämpfe einen ersten Unterschied zwischen jenen Kräften setzen werden, die es verstehen, in der Bewegung drin zu sein und jenen, die daran vorbeigehen: in der Bewegung zu sein heißt, ihre Bedürfnisse zu erkennen. Zu diesen Bedürfnissen gehört heute vordringlich die Vereinheitlichung zwischen „traditioneller" Arbeiterklasse und „neuen Massenarbeitern", zwischen Ausländern und Deutschen, zwischen Stahl- und Automobilindustrie usw.: dafür kann man nur dann aktiv arbeiten, wenn man die politischen Inhalte der fortgeschrittensten Arbeiterautonomie, der Avantgarde der Arbeiterklasse heute, zum Maßstab nimmt.

Lotta continua

crear, crear poder popular

Schaffen wir die Volksmacht

MIR

Der folgende Text ist die Grußbotschaft des Vertreters des MIR in Europa zur großen internationalen Chile-Demonstration (150 000 Teilnehmer) am 18. 11. 1973 in Turin:

Genossen,

die „Bewegung der revolutionären Linken" (MIR) wendet sich an die Jugendorganisationen der europäischen Linken, um vor allem unseren Dank im Namen der chilenischen Arbeiter auszudrücken, im Namen der Revolutionäre, die heute in Chile kämpfen: Dank für eure Anstrengungen in der Solidaritätskampagne für den Widerstand des chilenischen Volkes.

Der proletarische Internationalismus ist kein leeres Wort für den Feiertagsgebrauch, sondern drückt sich in täglichen politischen Aktionen aus, wie sie sich bisher in Europa überall entwickelt haben.

In Chile geht es heute um viel mehr als um das Schicksal einer faschistischen Regierung, wie es am ganzen Kontinent viele gibt. Diese Militärregierung bedeutet mehr als eine weitere Gorilla-Regierung, eine weitere Marionettenregierung am Kontinent. Das Massaker, von dem das ganze chilenische Volk betroffen ist – Arbeiter, Bauern, „pobladores", Frauen, Studenten, Priester –, diese grausame Unterdrückung, diese richtiggehende Besetzung des Landes ist die einzige Herrschaftsform, durch die heute die Bourgeoisie, der Imperialismus, die herrschenden Klassen versuchen können, ein verwesendes kapitalistisches System in Lateinamerika aufrechtzuerhalten.

Die Ausbeuter vermochten nicht mehr, die Tatsache ihrer Herrschaft und Unterdrückung über die Arbeiter hinter sogenannten demokratischen, parlamentarischen, rechtsstaatlichen Formen zu maskieren. Nach und nach begann die Massenbewegung – durch die Massenkämpfe, durch die direkte politische Erfahrung, die sich die Arbeiter, Bauern und „pobladores" erwarben – eine Ausweitung und Radikalisierung zu erreichen, wie es in Chile niemals dagewesen war. Die Regierung der „Unidad Popular" war nicht nur deswegen möglich, weil die Linke mehr Stimmen als die anderen Kandidaten erhalten hatte. Die Regierung der Unidad Popular war möglich, weil eine mächtige Massenbewegung dahinterstand, die eine Kampfkraft zum Ausdruck brachte, die weit über die traditionelle Führung der Massenorganisationen hinausging.

Der Wahlsieg der Unidad Popular von 1970 hat den Arbeiterkämpfen einen gewaltigen Auftrieb gegeben. Die Arbeiter sahen den Wahlsieg als ihren Sieg an, als eine Niederlage der bürgerlichen Klassen, die das Land jahrzehntelang regiert hatten. Und so haben sich die Kämpfe immer mehr ausgeweitet, zehntausende von Arbeitern sind neu dazugekommen in den Kämpfen um die Nationalisierung der wichtigsten Industrien, um die Enteignung der Agrarier, um die Nationalisierung der natürlichen Reichtümer, in erster Linie des Kupfers, um die Nationalisierung des Finanzwesens. Die Krise und die Auflösungserscheinungen innerhalb der herrschenden Klassen und in den bürgerlichen Parteien hat eine sehr weitgehende Demokratisierung des politischen Lebens ermöglicht. So waren die Voraussetzungen für einen revolutionären Prozeß der Arbeiter und Bauern entstanden, für eine proletarische Revolution, deren Ergebnis der Sieg der zweiten sozialistischen Revolution in Lateinamerika gewesen wäre, der chilenische proletarische Staat.

Was man sich nun fragen muß, was sich nun eine ganze Generation von Arbeitern und Bauern fragt, ist, wie es möglich war, daß sich drei Jahre nachher dieses gleiche Land in ein Konzentrationslager verwandeln ließ, in ein besetztes Land, in ein Land des Terrors, in dem die Arbeiter schon nur deswegen verfolgt werden, weil sie Arbeiter sind. Wie ist es möglich, daß diese Militärs, die in den drei Regierungsjahren der Unidad Popular nichts anderes taten, als die Verbindungen zu den Vereinigten Staaten und ihrem treuen Steigbügelhalter, dem brasilianischen Subimperialismus, enger zu knüpfen; die nichts anderes taten, als Komplotte zu schmieden und die Errungenschaften der Arbeiter zu behindern und zu sabotieren – wie ist es also möglich, daß diese Gorillas den Vormarsch der Volkskräfte heil überstehen konnten und jetzt die Macht haben, die Arbeiter, die Bauern, die „pobladores", die arbeitenden und die armen Schichten des chilenischen Volkes insgesamt einzukerkern, zu erschießen, auszuhungern?

LOS ERROROS REFORMISTAS LOS PAGA EL PUEBLO

Die reformistischen Fehler muß das Volk bezahlen

Genossen, darüber muß man nachdenken, denn es handelt sich da nicht um eine bloß theoretische Frage oder ein Problem für Fachleute. Worum es hierbei geht, Genossen, das ist das Schicksal eines ganzen Volkes, das Schicksal eines ganzen Kontinents, und vielleicht auch um mehr. Die Realität verzeiht theoretische Fehler nicht, aber wenn diese Fehler zu Fehlern in der politischen Führung werden, wenn die politisch Verantwortlichen für Tausende und Tausende von Arbeitern Verantwortung tragen – dann, Genossen, muß man zehn- und hundertmal über die geschichtlichen Erfahrungen nachdenken: denn die harte Wirklichkeit verlangt einen grausam hohen Preis für alle Kompromisse, alle parlamentaristischen Verirrungen, alle Schwächen – und diesen Preis zahlen nicht zehn oder zwanzig Leute, sondern es steht das Schicksal eines tanzen Volkes und auch das Schicksal der Revolution auf dem Spiel.

Das chilenische Volk ist dabei, den Versuch, eine Revolution mit dem Einverständnis der Ausbeuter selbst zu machen, den Sozialismus ohne eine Revolution einzuführen, ohne die feindlichen Festungen zu erstürmen, teuer zu bezahlen: es war der Versuch, den Sozialismus einzuführen, ohne den alten bürokratischen und repressiven Apparat des Staates zu zerstören, wie Lenin immer das Wesen des bürgerlichen Staates definierte. Das war es, was die Reorganisation der feindlichen Kräfte ermöglichte, was Zeit und Gelegenheit schuf, daß die Kapitalisten ihr ungeheures Arsenal wieder voll in Gang setzen konnten: das Parlament, das Gerichtswesen, die Streitkräfte, die bürgerlichen Parteien wie die Nationalpartei, „Patria y Libertad" und die Christdemokraten, die bürgerliche Presse usw.

Die Wahrheit ist, wie der Genosse Fidel im Dezember 1971 in Santiago sagte, daß die Bourgeoisie, die Imperialisten, viel schneller als die Linke das wesentliche Problem in jenem „ungewöhnlichen Prozeß", der sich in Chile entwickelte, verstanden haben. Sie hatten es verstanden, daß sich die Frage nach der Macht stellte und daß es darum ging, diese Frage schnell und zu den eigenen Gunsten zu lösen. Und im Augenblick der Zuspitzung der Klassenwidersprüche verringern und vereinfachen sich die historischen Wahlmöglichkeiten: entweder (offene) bürgerliche Diktatur oder Diktatur des Proletariats. Der quasi-aufständische „Streik" der Bourgeoisie im Oktober 1972 hatte gezeigt, daß es in Chile – letztlich – keine Alternativen gab, nur: entweder Militärdiktatur – als letzte Zuflucht der herrschenden Klassen, oder die Macht der Arbeiter, Poder Popular, gegründet auf die zunehmende Organisation der Doppelmacht.

Nicht die Revolution ist gescheitert, sondern der Reformismus

Was in Chile gescheitert ist, ist nicht der Sozialismus, und auch nicht die Revolution oder das Proletariat; was gescheitert ist, ist der Versuch, den Sozialismus institutionell einzuführen, ohne die direkte Stützung durch den Kampf der Massen, unter Einhaltung der Ausbeuter-Legalität, unter Verwendung einzig friedlicher Mittel und gestützt auf das bestehende politische System. Es ist der Reformismus, der gescheitert ist, nicht die Revolution. Die Krise war keine Krise des Sozialismus, sondern die Krise des untergeordneten lateinamerikanischen Kapitalismus, den man nicht bis in seine Wurzeln hinein zerstören wollte und den der Reformismus kleinbürgerlicher Technokraten wieder voll in den Sattel heben wollte.

Genossen, der Sozialismus ist nicht besiegt worden. Der proletarisch Weg des Kampfes um die Macht, des Kampfes um eine neue Gesellschaft, frei von Ausbeutung, für eine menschliche Gesellschaft, für eine sozialistische Gesellschaft bleibt der einzig mögliche. Das sagte der Genosse Fidel in seiner Rede für Salvador Allende vom 28. September 1973: „Die chilenischen Revolutionäre wissen sehr wohl, daß es keinen anderen Ausweg gibt als den bewaffneten revolutionären Kampf." „Das Beispiel Chiles dient uns als Lehre: man kann keine Revolution nur mit dem Volk machen, es braucht auch Waffen! Und man kann keine Revolution nur mit den Waffen machen, es braucht auch das Volk! Und wenn jeder Arbeiter, jeder Bauer ein Gewehr in die Hand nehmen hätte können, dann hätte es den faschistischen Putsch nicht gegeben."

Genossen, eine Schlacht haben wir verloren. Der Krieg, der lange Klassenkrieg, geht weiter und Chile ist immer mehr der vorgeschobene Mittelpunkt des revolutionären Kampfes in Lateinamerika. Es sind nicht einige Dutzende oder einige hundert Menschen, die gegen diese neue Auflage des Militärfaschismus in Chile kämpfen, es ist ein ganzes Volk, das bereit ist, die Kampfkraft aller Arbeiter, der Armen aus Stadt und Land, aller vom faschistischen Regime ausgebeuteten und unterdrückten Gesellschaftsschichten einzusetzen und für den Widerstand zu verwenden. Es ist ein ganzes Volk, das sich im militanten Widerstand gegen den Militärstaat organisiert.

Wir glauben, daß heute die Einheit aller chilenischen Linkskräfte das wesentliche Element darstellt: sie ist unerläßlich, damit die Arbeiter sich die nötigen organisatorischen

und politischen Voraussetzungen für die harten Kämpfe schaffen können, die ihnen bevorstehen. Die große Aufgabe der Solidarität mit den Familien der ermordeten und eingekerkerten Arbeiter und der Unterstützung der tausendeweise entlassenen Arbeiter, die Aufgabe, der gesamten Massenbewegung zum organisierten Untertauchen zu verhelfen, ist heute für die Revolutionäre vordringlich.

Eine gemeinsame Front aller Linksorganisationen – Sozialistische Partei, kommunistische Partei, MAPU, Izquierda Cristiana und MIR – muß daran gehen, einhellig diese ungeheure Verantwortung auf sich zu nehmen. Deshalb hat auch unser Generalsekretär, der Genosse Miguel Enriquez, in seinem Aufruf – der von zahlreichen internationalen Presseorganen verbreitet wurde – unterstrichen, daß jetzt nicht der Moment ist, die Meinungsverschiedenheiten und die verschiedenen Einschätzungen der diversen politischen Organisationen über diese Periode nach vorn zu stellen. Das Hauptziel des chilenischen Widerstandes ist derzeit, zur Organisierung einer revolutionären Front, einer gemeinsamen Front der Linken, zu kommen. Die politischen Einschätzungen, die ideologischen Auseinandersetzungen sind nach unserer Meinung notwendig, aber sie sind heute nicht das wichtigste für die chilenischen Organisationen. Die Erreichung einer solchen Front darf nicht der Erreichung strategischer Übereinstimmung untergeordnet werden, sondern nur einem Sofortprogramm für den Kampf des ganzen chilenischen Volkes. Der ideologische Kampf hat dabei die Aufgabe, eine tiefere Vereinigung im Ausbau des Kampfes zu ermöglichen, durch die Klärung des revolutionären Weges in Chile.



Genossen, die internationale Solidarität, die bis heute sich in Europa geäußert hat, konnte bereits wichtige Ergebnisse erzielen: im Sinne der Isolierung der faschistischen Militärjunta, der Anklage der Massaker, die in Chile seit dem Putsch andauern, der konkreten und materiellen Solidarität mit dem Widerstand im Innern des Landes. Wir danken für die Bemühungen, die ihr bisher unternommen habt. Aber wir müssen euch sagen, daß die Repression heute noch grausamer, noch gewaltsamer ist, auch wenn sie heute nicht mehr von der internationalen Presse bekanntgegeben wird. Die faschistischen Militärs erschießen Woche für Woche Hunderte von Kämpfern, Tausende von Menschen werden gefoltert, und zwar mit den aus Brasilien importierten Methoden. Deshalb ist es nötig, noch stärker die Anklage, den Kampf darum zu führen, daß es den Henkern des chilenischen Volkes, den Mördern Allendes und tausender Revolutionäre nicht gelingt, ihre Handelsbilanz wieder zu normalisieren und Waffen von europäischen Ländern zu kaufen. Es geht darum, unsere Anstrengungen zu vervielfachen, um den Arbeitern, ihren Familien, dem Widerstand, den revolutionären Kämpfern jede nur mögliche materielle Hilfe so schnell als möglich zukommen zu lassen.

Die nächsten Monate sind sehr wichtig. Der Widerstand organisiert sich, vereinigt sich, weitet sich aus. Im Ausland muß man sich parallel dazu bewegen, in dieselbe breite und einheitliche Richtung, damit tatsächlich eine ständige und wirksame Unterstützung während des ganzen Kampfes des chilenischen Volkes möglich wird.

Genossen, möge diese Demonstration von Turin einen wichtigen Einschnitt in der Verstärkung der Solidarität mit dem chilenischen Widerstand bedeuten. Die chilenischen Kämpfer – das ist sicher – sind gerüstet, alle Hindernisse zu überwinden, die heute dem Kampf in Chile entgegenstehen. Die Gegenwart heißt Kampf, die Zukunft ist unser.

Hasta la victoria siempre
Patria o muerte
Venceremos

Movimiento de Izquierda Revolucionaria MIR

(veröff. in: Lotta Continua vom 18. 11. 1973)

LOTTA CONTINUA sammelt unter den Genossen in Italien weiterhin Geld unter der Losung „WAFFEN FÜR MIR". Gruppen und Genossen, die daran teilnehmen wollen, können Beträge (Kennwort MIR) überweisen an: LOTTA CONTINUA – Via Dandolo 10 – ROMA – PostSchA Rom, Konto Nr. 1/63112

Naher Osten:

—Kein Volkskrieg—

Einige Genossen aus verschiedenen Ländern des Nahen Ostens (Israel, Palästina, Ägypten, Libanon) und aus Tunesien – Elie Löbel vom Matzpen, A. E. aus der Zeitung „Libération", Lotfallah Soliman, Anouar Khaled und Aban Hichem aus „Politique Hebdo" und ein Vertreter der P.L.O. – konfrontieren hier ihre Meinungsverschiedenheiten über den kürzlich beschlossenen Waffenstillstand, weiter über den Nahostkrieg und die Probleme eines konkreten Internationalismus in diesem Krieg.

Lotfallah Soliman:

Im Nahen Osten bestand vor dem 6. Oktober ein tatsächlicher Waffenstillstand. Nur die palästinensische Befreiungsbewegung führte, wenn auch nur sporadisch, den Kampf weiter, in dem sie sich aber immer mehr von der arabischen Welt isolierte. Für die ägyptische, syrische und libanesische Bevölkerung war dieser Waffenstillstand auf die Dauer eine politische Sackgasse, die Verzweiflung und Defätismus provozierte. In der aktuellen Weltlage konnte der jetzt verlaufene Krieg nur beschränkte Zielsetzungen haben, wenigstens für die betroffenen Staaten. Man kann also den Waffenstillstand nur im Rahmen dieser Zielsetzungen schätzen. In der vor dem 6. Oktober bestehenden Sackgasse waren die Amerikaner in einer Machtposition, in der sie jede Konzession von arabischer Seite zurückweisen konnten, in der sie systematisch ihr Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zugunsten Israels ausnutzten. Heute stehen wir vor einer neuen Lage: die Israelis haben keinen entscheidenden Sieg errungen und das Machtverhältnis ist also ausgeglichener als zuvor. Darüber hinaus resultiert der Waffenstillstand von einem russischen-amerikanischen Vorschlag, was also impliziert, daß nun der Schlüssel der Ereignisse nicht mehr allein bei den USA, sondern auch bei der Sowjetunion liegt. Das Geschehene entspricht nicht meinen Wünschen als Genosse der arabischen Linken; jedoch stelle ich fest, daß, im Verhältnis zu 1967, unsere Lage besser aussieht. Es wurde eine arabische Dynamik eingesetzt, die neue Chancen für den langfristigen revolutionären Kampf enthält. Dieser Kampf wird aber nicht durch einen Krieg zwischen Staaten entschieden.

Elie Löbel:

Ich spreche als israelischer Genosse. Es ist wichtig zu sagen, daß dieser Waffenstillstand sowie die Bedingungen, unter denen er zustande gekommen ist, von den Staaten, die diesen Krieg initiiert haben, auch beabsichtigt war. Diese Tatsache muß klargestellt werden, um die Illusionen derjenigen zu zerstören, die glaubten, daß es um etwas anderes ging als die Suche nach einem neuen Kompromiß. Dieser Kompromiß wird wahrscheinlich eine grundlegende Verhandlung erlauben über die verschiedenen Probleme, die den Ursprung des Konflikts darstellen: vor allem die Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete und das Schicksal des palästinensischen Volkes. Als Israeli sehe ich es als meine Pflicht an zu sagen, daß der Grund dieses Oktoberkrieges wie auch der drei vorangegangenen die zionistische Vertreibung des palästinensischen Volkes und die Unterdrückung seiner nationalen Rechte, wie auch die nachfolgende Besetzung anderer arabischer Gebiete war. Ich glaube auch, daß es für die herrschenden Klassen in den unmittelbar vom Konflikt betroffenen Ländern, Syrien und Ägypten auf der einen, Israel auf der anderen Seite, ums Überleben geht. Auf arabischer Seite stehen die Herrschenden einer machtvollen Forderung der Massen gegenüber. Konkret: die Rückeroberung der 1967 besetzten Gebiete, um die Schande der Niederlage auszulöschen. Das ist nun teilweise gelungen. Dieselbe Notwendigkeit besteht für die Herrschenden Israels, weil die ganze Logik und Dynamik des Zionismus auf seinem Expansionismus und seiner militärischen Vorherrschaft basiert.

Die Probleme der Regierungen wurden dennoch durch diesen Krieg nicht gelöst. Sie stellen sich noch immer und der Kampf geht weiter. Als Revolutionär glaube ich, daß die einzige echte Lösung der Kampf gegen den Imperialismus, den Zionismus und die arabische Reaktion ist, und daß dieser Kampf im Rahmen der arabischen Einheit für die nationale Befreiung der Araber sowie für die soziale Emanzipation im Sinne des Sozialismus geführt werden muß. Um es klarzustellen, möchte ich hinzufügen, daß die arabische Welt auch das Problem der nationalen Minderheiten in diesen Gebieten, die israelische nationale Minderheit eingeschlossen, lösen muß. Das ist die einzige revolutionäre Lösung.

Soliman:

Ich stelle mit Vergnügen fest, daß du die Israelis als nationale Minderheit innerhalb der arabischen Welt ansiehst.

Löbel:

Natürlich! Das hat Matzpen immer gesagt. Um wieder auf den Oktoberkrieg zurückzukommen: Das erste Ergebnis des Waffenstillstandes war, daß sich der Einfluß der Großmächte in diesem Teil der Welt verstärkt hat. Das ist m. E. eine negative Tatsache. Die Parole des Matzpen war nicht: „Nieder mit dem Krieg", aber sie war auch nicht: „Es lebe der Krieg". Letzteres hätten wir nur dann sagen können, wenn wir aktiv an der Seite unserer arabischen Genossen gekämpft hätten, aufgrund gemeinsam definierter Ziele, aufgrund eines gemeinsamen Programms, daß auch die Befreiung des israelischen Volkes zum Inhalt gehabt hätte. In diesem Zusammenhang wende ich mich scharf gegen das, was ich die Resignation der revolutionären Linken des Nahen Ostens nennen möchte. Während der Konfrontation zwischen dem Zionismus und der gesamten arabischen Welt hat sich zu keinem Zeitpunkt eine gemeinsame Kampfperspektive entwickelt, die – und das ist von grundsätzlicher Bedeutung – die Anerkennung der na-





tionalen Rechte des israelischen Volkes eingeschlossen hätte. Das palästinensische Volk kann sich nicht anders befreien als im gemeinsamen Kampf mit den israelischen Revolutionären.

A. Hichem:

Es scheint mir ein Fehler zu sein, die revolutionären Perspektiven des palästinensischen Volkes auf die Vereinheitlichung seiner Kämpfe mit den israelischen Revolutionären zu reduzieren. Das ist deshalb ein Irrtum, weil der Kampf sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite im weiteren Zusammenhang der revolutionären Bewegung im Nahostraum gesehen werden muß. Es ist sozusagen unmöglich für die palästinensische Bewegung, bis hin zu ihren radikalsten Flügeln, nicht Stellung zu nehmen zu den Parolen „Es lebe der Krieg" und „Nieder mit dem Krieg". In dem neuen Zusammenhang, der im Oktober entstanden ist, konnten die Palästinenser so weit wie möglich den politischen Kontakt mit den arabischen Massen wiederherstellen. Auf militärischer Ebene haben sie mit den beschränkten Mitteln der Guerilla versucht, den israelischen Nachschub zu stören und erneut auf dem Schlachtfeld einzugreifen, entweder indem sie ihre Netze im Innern wiederbewaffnet haben, oder indem sie hinter die israelischen Linien eingedrungen sind. So waren sie als radikalisierende Elemente Teil des neuen Kampfes, zumindest auf politischer Ebene. Die Palästinenser sind jedoch heute wieder in eine Lage versetzt, die sie immer kategorisch abgelehnt haben. Eine Situation, in der die UNO-Resolution 242 allgemeiner Bezugspunkt ist, die, wie wir wissen, die palästinensische Frage auf das Flüchtlingsproblem reduziert.

und Zionismus, und sie hat sich nicht damit begnügt, klar gegen den Antisemitismus Stellung zu nehmen. So hat ihre Position gegenüber den palästinensischen Juden dahingehend definiert, daß sie den Aufbau eines demokratischen Staates zum Ziel ihres Kampfes gemacht hat. Eines Staates, in dem Juden, Christen und Moslems unabhängig von Rasse und Religion dieselben Rechte und Pflichten haben. So könnten sie gemeinsam für den Aufbau einer fortschrittlichen arabischen Gesellschaft wirksam sein.

Unter den sogenannten „Friedensplänen", die gegenwärtig diskutiert werden, gibt es den Vorschlag für einen palästinensischen Staat, der auf historischem palästinensischem Boden errichtet werden und neben dem zionistischen Staat bestehen soll. Es steht außer Frage, daß ein solcher „Kompromiß", der nichts anderes zum Ziel hat als die Forderung der Palästinenser zu ersticken, für uns nicht in Betracht kommt. Dieser angebliche „palästinensische Staat" wäre institutionell, politisch und ökonomisch sehr schwach. Er wäre der internationalen Barmherzigkeit ausgeliefert, ein Staat von Israels Gnaden.

Schließlich wäre die Liquidation des palästinensischen Widerstands ein entscheidender Schlag gegen die arabische Befreiungsbewegung und die revolutionäre Bewegung im Nahen Osten. Die Liquidationsversuche haben den palästinensischen Widerstand zwar zeitweise geschwächt, jedoch gelang es ihm, seine Stärke wieder zu finden. Es ist sicher, daß der Widerstand eines seiner Hauptprobleme noch nicht gelöst hat: eine sichere Basis zu finden, von der aus er den langdauernden politischen und militärischen Krieg gegen den zionistischen Staat führen könnte. Diese wesentliche Basis ist Jordanien. Radikale politi-



aber ein Krieg mit der Unterstützung des Volkes

Ein Vertreter der P.L.O.:

Die grundsätzliche Frage ist die der Erfüllung der nationalen Rechte der Palästinenser. Die Ursache für das Scheitern aller sogenannten Friedenspläne im Nahen Osten hängt damit zusammen, daß sie auf diese oder jene Weise das Lebensrecht des palästinensischen Volkes und sein Recht auf Selbstbestimmung negiert haben. Das Hauptproblem ist nicht das der besetzten Gebiete, sondern die Existenz des palästinensischen Volkes und die Wiederherstellung sei-





ner historischen Rechte in Palästina. Die P.L.O. kämpft nicht nur gegen die Folgen der Aggression, sondern um ihre Ursachen zu beseitigen, die in der Besetzung Palästinas und dem Aufbau des zionistischen Staates zu sehen sind. Sie kämpft nicht für faule Kompromisse, sondern für einen dauerhaften Frieden, der das Recht unseres Volkes auf sein geraubtes Vaterland wiederherstellt. Deshalb lehnen wir die UNO-Resolution 242 ab.

Die Anerkennung des Lebensrechtes des „israelischen Volkes" in Palästina würde bedeuten, daß wir die vollendete Tatsache der Besetzung akzeptieren. Unsere Weigerung gründet sich auf unsere Einschätzung der Rolle und des Charakters des Zionismus als Bestandteil des westlichen Kolonialismus und der imperialistischen Strategie in diesem Gebiet. Die P.L.O. trifft nicht nur eine deutliche Unterscheidung zwischen Judentum

sche Veränderungen in diesem Land könnten einen Beitrag zur Lösung dieses Problems leisten. Wie können wir das erreichen? Aufgrund welcher Entwicklung? Diese Frage stellt sich heute in ihrer ganzen Schärfe.

A. Hichem:

Vor einigen Tagen konnte man noch mit einer qualitativen Veränderung des Charakters dieses Krieges rechnen. Heute setzt das Verhalten der beiden Supermächte der Befreiungsbewegung eindeutige Grenzen.

Es wäre aber ein schwerer Irrtum, die Sowjetunion, die einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des militärischen Apparats – zumindest was die Verteidigungsfähigkeit der arabischen Seite angeht – geleistet hat, mit den USA gleichzustellen, die die Gegenseite beliefert haben.

A.E. (Libération):

Der kürzlich geschlossene Waffenstillstand ist der erste, der keine arabische Niederlage bedeutet. In diesem Sinne bringt er eine wichtige psychologische, politische und soziale Veränderung für die arabische und israelische Bevölkerung. So weit, so klar. Wenn jedoch der ägyptische Außenminister Zayatt erklärt: „Wir sind bereit, den israelischen Staat anzuerkennen und mit ihm einen endgültigen und dauerhaften Frieden zu schließen", kann man nicht mehr behaupten, daß der Krieg für Ägypten nur „beschränkte nationale Ziele" hatte. Man muß begreifen, daß das Ziel dieses Krieges die vollständige Beilegung eines Konflikts zwischen Staaten war, und das gerade diese Orientierung eine Gefahr für den palästinensischen Widerstand darstellt. Wenn Zayatt andererseits erklärt: „Wir sind bereit, die Grenzen des palästinensischen Mandatgebiets anzuerkennen, den Gazastreifen zu opfern, wir sind bereit, die amerikanische Präsenz hinzunehmen, um die Internationalisierung der Wasserwege sowie die freie Schiffahrt der Israelis zu gewährleisten", und wenn er schließlich sagt: „Wir stellen keine Bedingungen für Westjordanien und die Golanhöhen", läßt er durchblicken, daß Ägypten im Nahen Osten beginnt, eine schwerwiegende politische Wendung zu vollziehen.

Ich bin nicht einverstanden, wenn Lotfallah Soliman sagt, daß „der Waffenstillstand für die Palästinenser nichts geändert hat". Die P.L.O. lehnt den Waffenstillstand scharf ab, insofern er das wichtigste Land, Ägypten, ausschaltet und die anderen Völker einer sehr viel schwierigeren Situation überläßt. Vor allem weil König Hussein von Jordanien Garantien zu haben scheint, die es ihm ermöglichen, schnell auf den Waffenstillstand einzugehen. Das würde bedeuten, daß der palästinensische Staat, wie ihn die Großmächte einzurichten versuchen, Gefahr läuft, zwischen Hussein und den zionistischen Truppen eingeschnürt zu werden.

Der Frieden, der sich abzeichnet, erscheint als Diktat der beiden Supermächte, die sich verständigt haben, die einen Waffenstillstand entschieden haben, zu dem sie ihre unmittelbaren Schützlinge gezwungen haben. Und diese zwingen ihn nun ihren Verbündeten auf, und so einer dem anderen, bis man versuchen wird, das Diktat gegenüber den palästinensischen und allen Revolutionären im Nahen Osten durchzusetzen. Dieser Frieden ist gefährlich.

Anouar Khaled:

Ich möchte zunächst auf die Kritik Elie Löbels an den arabischen Linksradikalen antworten. In dem Moment, als der Krieg ausbrach, war es notwendig, seinen prinzipiellen Charakter als arabischen Befreiungskrieg hervorzuheben. Und wie für jeden Befreiungskrieg, wie übrigens für den gesamten antikolonialistischen Kampf, ist die wesentliche ideologische Grundlage eines solchen Krieges der Nationalismus, mit all den Schranken und Widersprüchlichkeiten, die ein „unterdrückter" Nationalismus mitsichbringt.

Heute, wo der Friede nahe zu sein scheint, stellen sich die politischen Probleme viel zwingender. Insbesondere das Problem, auf wessen Rücken der Frieden ausgetragen wird, weil der Waffenstillstand nur das aktuelle Kräfteverhältnis ausdrückt, sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene. Übrigens scheint die Situation so zu sein, als



hätten die UdSSR und die USA auf der einen, Ägypten und Israel auf der anderen Seite, die Dinge in der Hand. Aus dieser Tatsache heraus tragen diese Staaten gegenüber den anderen Parteien des Konflikts – insbesondere gegenüber den Völkern, die an diesen Befreiungskrieg glauben und die für ihn ster-

ben – eine sehr schwere Verantwortung. Der Stillstand der militärischen Aktionen hat eine neue Situation erzwungen: Die Anerkennung der „wiedererlangten arabischen Würde" birgt sehr stark die Gefahr in sich, daß eine Anerkennung des zionistischen Staates – seine derzeitigen Strukturen und seine Ideologie eingeschlossen – im Austausch gegen den größten Teil der 1967 von Israel besetzten Gebiete stattfindet. Das gilt hauptsächlich für Ägypten. Wo bleibt dann das palästinensische Volk?

Elie Löbel: Ich bin nicht sicher, daß es nicht morgen in Israel eine Reaktion von rechts gibt. Die aktuellen Diskussionen in diesem Land drehen sich um die Frage, ob es nicht notwendig gewesen wäre, auch dieses Mal einen „Präventivkrieg" gegen die Araber zu führen. Damit wir als Revolutionäre unter diesen Bedingungen unter einer anderen Entwicklung arbeiten können, müssen wir eine Alternative bieten können und zwar schnell. Wir müssen gegen den jetzt ausgearbeiteten Kompromiß zur „Regelung der Probleme des Nahen Ostens" vorgehen und klarmachen, daß man das Lebensrecht des israelischen Volkes in diesem Raum nicht auf eine Position der Stärke, der militärischen Vorherrschaft gründen kann.

Ich habe nichts dagegen einzuwenden, daß dieses oder jenes arabische Land Israel anerkennt, weil eine solche Anerkennung in bestimmter Weise die nationale Existenz des israelischen Volkes berücksichtigen würde. Auf staatlicher Ebene zeichnet sich eine Koexistenz ab, innerhalb derer die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes in Gefahr sind, geopfert zu werden, während die revolutionäre Linke des Nahen Ostens keine Alternative anbietet. Ich kritisiere nicht die Tatsache, daß man über den arabischen Befreiungskrieg redet, sondern daß man nur darüber redet.

A. Hichem: Welche Alternative bietest du denn an?

Elie Löbel: Wir sagen, daß die Frage der Wiederherstellung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes nicht allein im Rahmen Palästinas gelöst werden kann. Die Befreiung des palästinensischen Volkes ist Teil der arabischen Revolution, des Kampfes der arabischen Nation. Sie kann nur im Rahmen eines sozialistischen Nahen Ostens verwirklicht werden. Zuerst müssen wir unser Ziel klarstellen, sonst können wir nicht hoffen, die Massen zu mobilisieren. Dieser Krieg hat die Unterstützung des Volkes, aber er ist kein Volkskrieg.

In diesem Raum kann es keine andere Lösung geben als die, die vom gemeinsamen Kampf derer getragen wird, die hier leben: des palästinensischen arabischen Volkes und des jüdischen israelischen Volkes. Als Israeli kann ich nicht frei sein, ohne daß das palästinensische Volk frei ist. Es ist nötig, daß auch das palästinensische Volk diesen Standpunkt einnimmt.

A. Khaled: Wir sind uns über die strategischen Perspektiven einig. Jedoch muß man genau sehen, daß die arabischen Revolutionäre heute keine andere Position ergreifen können als die, den Volkskrieg zu unterstützen, aber seine Grenzen zu betonen, um so mehr sie ja den Waffenstillstand ablehnen. In der gegenwärtigen Situation ist die Tatsache zu berücksichtigen, daß die überwiegende Mehrheit der israelischen Bevölkerung hinter dem Zionismus steht, und daß die Antizionisten nur eine winzige Minderheit sind. Du wirst verstehen, daß das palästinensische Volk, einig auf der Grundlage seiner nationalen Befreiungsziele, gemeinsam mit den anderen arabischen Völkern, noch ziemlich weit von der Verständigung entfernt ist, die du anstrebst, auch wenn seit einigen Jahren bestimmte Kontakte zwischen der extremen Linken Israels und den radikalsten Strömungen des palästinensischen Widerstands bestehen.

Soliman: Ich würde das vielleicht noch härter ausdrücken. Der Genosse Löbel will uns dahin bringen, die israelische und alle arabischen Führungen in einen Topf zu werfen. Aber der Zionismus ist dem Imperialismus völlig unterworfen, anders kann es auch nicht sein. Auf arabischer Seite liegen die Dinge nicht so einfach.

Ich will nicht sagen, daß es fortschrittliche oder gar revolutionäre arabische Regierungen gibt, aber auf politischer Ebene drängen Nuancierungen auf. Unsere Position ist die der bedingungslosen, totalen und absoluten Unterstützung der Linie des palästinensischen Volkes, das sich in der gegenwärtigen Situation an der Spitze des Kampfes befindet. Wenn wir aber Sadat kritisieren, ist das keine unverhältnismäßige Kritik: Ägypten wird dadurch für uns kein Land, das so reaktionär wie Israel ist. Der Boden, auf den der Genosse Löbel uns führen will, ist gefährlich, und wenn ich im Namen meiner ägyptischen Genossen sprechen darf, so möchte ich mich kategorisch weigern, ihm zu folgen.



Elie Löbel: Ich möchte euch dahin führen, um es ganz offen zu sagen: ich möchte euch dahin führen, daß ihr eure Selbstkritik macht . . .

Soliman: Wenn der Genosse Löbel nicht die Unterstützung der arabischen Revolutionäre bekommen hat, dann deshalb, weil er von Anfang an das Problem falsch stellt.

Elie Löbel: In diesem Konflikt haben wir einen internationalistischen Standpunkt eingenommen. Ihr nicht. Wenn sich heute eure Kritik an Sadat darin erschöpft, daß er Israel anerkennt – was die Anerkennung der Existenz eines israelischen Volkes impliziert – ohne gleichzeitig zu erklären, daß ihr auch für die Zukunft der Israelis als Volk kämpft, mit all seinen nationalen Rechten im Nahen Osten, erfüllt ihr eure internationalistische Pflicht nicht. Ihr entfernt euch von der einzigen Möglichkeit: der eines gemeinsamen Kampfes. Das erwarten wir von euch, das habt ihr nicht getan.

A. Hichem: Wir treten hier in eine enorme Auseinandersetzung ein, auf die zurückzukommen wir noch Gelegenheit haben werden. Aus meiner Sicht ist die Einschätzung Elie Löbels schematisch und falsch. Niemand kann heute – noch weniger als früher – euphorisch ausrufen: „Es lebe der Krieg", aber wir müssen die Tatsache festhalten, daß dieser letzte Krieg ein Befreiungskrieg war. Er beantwortete den tiefgehenden Wunsch der arabischen Volksmassen, gegen die zionistische Aggression und Herausforderung vorzugehen. Aus diesem Grund mußten wir Partei ergreifen, auch wenn das internationale und lokale Kräfteverhältnis zu einem schlechten und instabilen Kompromiß führt.

(aus „Politique hebdo", 25.10.1973)

LESERBRIEF

Genossen,

Ich wollte Euch schon lange mal einen Brief schreiben, habe aber erst die Zeitungen, die sich mit der spontanen Streikwelle beschäftigen, abgewartet. Nun fordert Ihr ausdrücklich zur Kritik und zur Diskussion auf. Dis halte ich für unheimlich wichtig und glaube, daß Ihr Euch dadurch wohltuend von allen dogmatischen Organisationen unterscheidet.

Ich bin Schüler und stehe kurz vor dem Abitur. An unserer Schule (eines der drei ersten Gymnasien mit der sogenannten „differenzierten Oberstufe" – kurz Oberstufenreform) gibt es relativ viele Genossen, die sich allerdings in viele Grüppchen und Parteien aufspalten. Wir haben KPD- bzw. ‚LIGA'-Sympathisanten, Leute vom KBW, natürlich aber auch SDAJ und DKP. Letztere tun sich aber besonders durch ihre Untätigkeit hervor!

In letzter Zeit beginnen nun einige Genossen, weil sie einen ziemlichen Horror vor der Politik der maoistischen Gruppen haben, eine Alternative in der antistalinistischen GIM (Trotzkisten) zu sehen. Die SMV ist, wie so oft, am Boden zerstört und fragt sich verzweifelt, wo ihre Basis bei den Schülern bleibt. Die Schülerzeitung hingegen ist inzwischen in der Hand undogmatischer Genossen. In Anbetracht dieser etwas beschissenen Situation ist die politische Aktivität dieser insgesamt recht vielen Leute ziemlich beschränkt. Vereinzelte Versuche, die Schüler über Flugblätter und Aufrufe (meist initiiert von der SMV) in Bewegung zu bringen, scheitern kläglich. Die meisten Genossen betreiben als einzelne Unterrichtsagitation, aber kommen zu keiner gemeinsamen Arbeit.

Wir versuchen nun über die Fachschaften und über die Schülerzeitung zu einer effektiven Basisarbeit zu kommen und konzentriert gegen schulische Repressionen vorzugehen. Es kommt jetzt vor allem darauf an, den Kampf zu vereinheitlichen, kleinliche ideologische Differenzen beiseite zu lassen und stattdessen praktisch voranzukommen.

Da wir allerdings noch nicht viele Erfahrungen haben und viele von uns erst einmal von dem bornierten intellektuellem Schüler- von dem bornierten intellektuellen Schülerbewußtsein wegkommen müssen, sind wir sehr an den Erfahrungen und Einschätzungen anderer Schülergruppen interessiert! Es ist deshalb nötig, über Probleme in der Schule zu diskutieren, auch wenn viele Organisationen aus ihrer ökonomistischen Sicht heraus die Bedeutung einer eigenständigen Schülerarbeit nicht einsehen.

Deshalb meine Anregung, auch und gerade im Rahmen der WIR WOLLEN ALLES über selbständige Schülerarbeit zu diskutieren. Die Erfahrungen undogmatischer Gruppen über SMV, die angeblich so „passive Schülerschaft", über die Möglichkeiten und Inhalte der Agitation, sowie über deren Ziele müssen zusammengetragen werden!

Nun einige Anregungen zur weiteren Diskussion in der WIR WOLLEN ALLES betreffend Betriebsarbeit.

Zunächst zur Gewerkschaftsarbeit

Wie beurteilt Ihr eine RGO-Politik, deren Chancen oder Gefahren? Wie verhaltet Ihr Euch zur Fraktionspolitik von KBW und GIM? Wie seht Ihr die Möglichkeiten, über* Forderungen der Arbeiter durchzusetzen oder den Kampf voranzutreiben (Vertrauensleute etc.)? Was ist von dem Argument zu halten, Gewerkschaften seinen – obwohl z. Zt. in der Hand revisionistischer Führer – grundsätzlich die einzig sinnvolle Organisationsform zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen; infolge dessen habe man den Kampf „um die Gewerkschaften" zu führen? Was ist zu tun, wenn unorganisierte Teile der Arbeiter (z. B. Ausländer) zum Mittel des spontanen Streiks greifen und die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht mitziehen? Soll man hier vorrangig die Einheit der Arbeiter wahren oder aber die aktivsten Kämpfe unterstützen?

Zur Organisation

Wie seht Ihr Eure Rolle als linke Gruppe, wenn Ihr nicht ‚Avantgarde' sein wollt? Wie soll eine Organisation der Arbeiter aussehen, wenn sie nicht die ‚Partei' sein soll? Was ist überhaupt von der Partei und dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus' zu halten? Was ist mit der leidigen ‚Disziplin'?

Ein Genosse aus:
4018 Langenfeld

* gewerkschaftliche „Interessenvertretungen"

In der nächsten Nummer, in der einiges mehr über das Treffen in Essen stehen wird, werden wir auf diese Fragen eingehen.

Dortmund:

Jugendzentrum Erich-Dobhardt-Haus

geräumt + zugemauert

Wir haben die Schnauze voll und wollen ein Haus

In *WIR WOLLEN ALLES* Nr. 5 hatten wir schon mal geschrieben, wie die Stadt uns in Verhandlungen hinzuhalten versuchte. Seit Dezember 1972 gibt es unsere Gruppe, im März sprachen wir mit dem Jugendamt, im Juni mit den Ratsvertretern und im August mit dem Oberbürgermeister. Doch wir bekamen nie ein Angebot, immer jedoch neue Adressen und Termine, um zu verhandeln. Unsere Gruppe traf sich jede Woche und schwankte bis zur ersten Besetzung zwischen 15 und 30 Mitgliedern. Durch eine Unterschriftenaktion Anfang des Jahres wußten wir aber, daß die Mehrheit der Dortmunder Jugendlichen die Idee, ein selbstverwaltetes Jugendzentrum aufzubauen, sehr dufte fand, nur nicht so recht dran glaubte, daß sowas wirklich werden könnte. Es gibt mehrere Gruppen unter denen, die im Aktionskreis Jugendzentrum mitarbeiten.

1. Die Alt-Maoisten

Es gibt hier viele Leute, die mal in linken Parteien gearbeitet haben. Die meisten haben sich erst an die Parteien (vor allem die ML-Parteien) rangeworfen und ihre ganze Freizeit drangegeben, bis sie an den rigiden Organisationsstrukturen ausflippten. (In Dortmund ist die KPD-Zentrale, ein DKP-Zentrum, in Bochum war die Zentrale der aufgelösten KPD/ML-ZB, und die Roter-Morgen-Gruppe hat sich in den Roter-Punkt-Aktionen sehr aufgebaut.) Viele dieser Leute sind wieder in Kneipen verschwunden, wo sie sich in Zynismus üben und jeden Abend wieder über die Scheißkneipen fluchen.

2. Die Leute aus der Scene

In Dortmund hatte sich vor drei Jahren so eine Art Klein-Amsterdam etabliert. Mehrere Kneipen nannten sich Meditations- oder Kommunikationszentren. Doch mit der Zeit spaltete sich die Scene in eine kleine abgeschlossene Gruppe von Fixern und eine große Gruppe, die das nicht mitmachen wollte. Die Kneipen wurden fast alle gleichzeitig vor einem Jahr geschlossen und die Leute mußten sich in Wohnungen treffen.

3. Die Parteileute

Der KBW, die KPD und die KPD/ML schickten regelmäßig zu den Aktionskreissitzungen ihre „Jugendzentrumsverantwortlichen", die sich gegenseitig an Bekanntmachungen übertrafen, was die entsprechenden Jugendorganisationen gerade an Aktionen durchführen. Bis auf einen Genossen des KJV beteiligten sie sich kaum an den Vorbereitungen der Hausbesetzungen.

4. Die Unorganisierten

Das waren Oberschüler, Lehrlinge und Studenten, die die Mehrheit im Aktionskreis darstellten, die aber durch die Scheiß-Grundsatzdiskussionen zwischen Flippies aller Art (Studenten, die auf der Suche nach Praxis im Aktionskreis Station machten; oder Leuten, die sich in Psychoanalyse übten) und Organisierten fast immer ziemlich frustriert nach Hause gingen. Traditionell schien in Dortmund jemand ohne Partei oder Joint identitätslos.

Die Gegend

Als wir begriffen hatten, daß die Stadt überhaupt nicht auf uns reagieren wollte, beschlossen wir, uns ein Haus zu nehmen. Wir gaben zwei Zeitungen heraus, worin wir die Situation im Dortmunder Norden beschrieben, wo von 50 000 Menschen 30 % Ausländer sind und wo es kein einziges Jugendheim gibt. Der Norden ist von Hoesch-Werksgelände umgeben und bietet als Sanierungsgebiet den bürgerlichen Parteien turnusmäßig Anlaß, Sanierungsvorschläge zu machen. So schlug dann auch die CDU vor vier Wochen für das Gebiet hübsch bürgerlich intellektuell ein „Kommunikationszentrum" vor. Die Leute von uns, die dort aufgewachsen waren, schlugen uns ein paar Häuser vor, die man besetzen könnte.

Das Fest und Besetzung

Am 2. November machten wir dann ein Fest in einer Kneipe der Umgebung, wozu wir auch türkische und spanische Flugblätter gedruckt hatten. Drei Musikgruppen spielten und die Jugendzentler aus Rüsselsheim, Wuppertal und Velbert erzählten von ihren Hausbesetzungen. Um halb neun bildeten 300 Leute vor der Kneipe einen Demonstrationszug, der in einer Viertelstunde das zu besetzende Haus erreicht hatte. Dort wartete einer von uns mit einer Axt, mit der wir die Tür öffneten. Aus dem Haus hängten wir sofort Transparente und begannen der Bevölkerung, die uns vielleicht schon von unseren Zeitungstrupps kannte, die Besetzung zu erklären.

Das Haus sollte in einem halben Jahr abgerissen werden, um der Erweiterung des benachbarten Mädchenerziehungsheimes zu weichen. Während der gesamten elf Tage der Besetzung haben wir überwiegend Unterstützung durch die umliegenden Bewohner erhalten, vielleicht, weil das Haus ziemlich heruntergekommen war und wir wirklich einiges renovierten, vielleicht, weil es der katholischen Kirche gehörte, vielleicht, weil sie unsere Sache gut fanden. Wir bekamen Besen, viele Kerzen, Lebensmittel, Betten usw. Unsere erste Vollversammlung führten wir vor dem Haus durch. Dabei nannten wir das Haus Erich-Dobhardt-Haus, nach dem Siebzehnjährigen, der am 28. 8. 1973 von den Dortmunder Bullen bei seiner Flucht aus der Fürsorgeerziehung geschnappt und beim Fliehen aus dem Bullengewahrsam von hinten erschossen wurde. Uns ist die Solidarität mehr wert als das dreckige bürgerliche Recht, daß Erich umbringen ließ.

Die erste Nacht

Die Bullen waren kurz nach der Besetzung aufgefahren, waren aber wieder abgezogen worden, weil – so der Polizeifunk – die „Genossen des SK", d. h. die Anti-Terror-Gruppe des Bundeskriminalamtes die Sache übernehmen sollten.

Da das Haus kein Wasser und Licht hatte und ziemlich verwahrlost war, war an Feiern nicht zu denken. Wir mußten die notdürftigsten Behelfe zum Aufenthalt schaffen: Die Treppe zum ersten Obergeschoß war herausgebaut worden und wir mußten versuchen, die Energieanschlüsse zu reparieren, was uns während der gesamten Besetzung nicht gelang.

In der Nacht bildeten sich zwei Lager, da wir uns vor der Besetzung im Aktionskreis auf passiven Widerstand geeinigt hatten, womit die KPD/MLer jedoch nicht einverstanden waren. So hockten wir „Pazifisten" im 2. Obergeschoß und die MLer wechselten sich, das Lied von der Roten Garde trällernd, vor der Tür ab. Wir waren ca. 60 Leute im Haus. Wir „Pazifisten" meinten, daß wir einer militärischen Auseinandersetzung in dieser Phase nicht gewachsen seien, was uns jedoch nicht davon abhielt, einen Kurierdienst aufzubauen, der über evtl. Bullenbewegungen berichten sollte.

Die Selbstverwaltung

Während der elf Tage der Besetzung war das entscheidende Gremium die Vollversammlung. Es gab keine Leitung. Es gab Gruppen, die die Renovierung der Räume in Angriff nahmen: Teestube, Nachbarschaft, Malen, Musik, Zeitung, Bundeswehr und politische Unterdrückung. Nach drei Tagen sah man die ersten lachenden Gesichter. Einige Räume waren eingerichtet. Wir konnten feiern. Wir hatten Propan-Gasheizungen besorgt und aus der Nachbarschaft sechs Öfen und viele Teppiche bekommen.

Wir teilten die Nacht-, Früh- und Spätschichten ein, die im Informationsbüro Fragebögen annehmen, Unterschriften sammeln, Auskunft geben und etwas organisieren sollten. Jeder war mal dran. Wie ein Spuk verschwanden auch die MLer, nachdem zumindest vorläufig feststand, daß nicht geräumt wurde.

Gleich am Montag gingen wir in die Ratssitzung des Dortmunder Stadtrats und unterbrachen von der Tribüne die Sitzung, um unsere Forderung nach Strom, Wasser und Hunderttausend Mark zu erklären. Weil wir doch etwas Angst und zu lange gezögert hatten, kamen die Bullen und nahmen zwei von uns fest. Eine Hauptschulklasse, die gerade die Sitzung beobachtete, solidarisierte sich mit uns, und der Lehrer lud uns in seine Schule ein.

Am Mittwoch führten wir im Viertel eine Demonstration durch, die an der Wohnung der Eltern von Erich Dobhardt vorbeiführte. Erichs Vater war gerade von der Arbeit gekommen und fuhr uns mit der Straßenbahn hinterher, um auf der Abschlußkundgebung seine Freude über die Namensgebung auszudrücken. Er erzählte, daß Erich von vier Kugeln in den Rücken getroffen worden sei und er seinen Sohn habe nicht mehr sehen dürfen.

Die Räumung

Am Freitag wandte sich der Pfarrer der Vincenzgemeinde an die Staatsanwaltschaft und stellte uns ein Räumungsultimatum bis Freitag 15 Uhr. In der Nacht waren Hundert Leute im Haus. Doch am nächsten Morgen erfuhren wir aus der Zeitung, daß die Bullen sich geweigert hätten zu räumen, da wir keine Straftaten gegen Nachbarn begangen hätten. Dies erwies sich als Trick. Denn drei Tage später, am Montag, den 13. 11. 1973 um 11.15 Uhr, kamen sie mit Hunden und Knüppeln und nahmen die neun im Haus anwesenden Leute fest. Dies war der Zeitpunkt, wo viele Leute arbeiten mußten und der Rest von zwei Nachtwachen völlig erschöpft war. Als Begründung nannte die Vincenzgemeinde, daß die ordnungsgemäße Durchführung der Arbeit im Mädchenerziehungsheim nicht mehr gewährleistet sei. Die Nonnen hätten sich beschwert. Doch zur gleichen Zeit erreichte uns ein anonymes Schreiben von Mitarbeitern des Erziehungsheimes [redacted], worin die verheerenden Zustände geschildert werden, unter denen die 140 Mädchen leben müssen. Die Bullen hatten gleichen einen Bautrupp mitgebracht, der die Fenster einschlug und das Haus bis zum 2. Geschoß zumauerte.

Die zweite Besetzung

Wir riefen zu einer Protestdemonstration vier Stunden später auf, die von allen linken Gruppen in Dortmund und Bochum mitpropagiert wurde. Um 17 Uhr versammelten sich 700 Jugendliche in der Stadtmitte. Wir zogen mit Parolen wie „Bullen raus aus dem Dobhardt-Haus" in die Richtung des geräumten Hauses. Die Bullen hatten die Straße abgesperrt und erwarteten uns. Doch etwa 200 Meter vor der Sperre stand eine leerstehende Villa und wieder jemand mit einer Axt. Dieses Haus war schöner als das erste Erich-Dobhardt-Haus. Der Einsatzleiter kam bei strömendem Regen hemdsärmelig vors Haus, beorderte die Bullen davor, ließ sie jedoch nicht eingreifen. In den Regionalnachrichten wurde bekanntgegeben, daß der Hauseigentümer nicht bekannt sei. Doch schon zwei Stunden später traf er ein und kurz danach wurde das Haus geräumt. Dabei wurden drei Hunde ohne Maulkorb eingesetzt, die mehrere Leute bissen. Elf von uns wurden verhaftet, doch alle bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Am nächsten Morgen wurde auch dieses Haus zugemauert.

Der Kampf geht weiter. Auf unserer Plenumssitzung am 1. 11. 1973 waren wir 30 Leute. Auf unserer Plenumssitzung vom 13. 11. 73 waren wir 250 Leute. Wenn wir von der Stadt jetzt kein Haus bekommen, werden wir uns wieder eins nehmen. Wir schaffen 1, 2, 3 ... viele Erich-Dobhardt-Häuser!



Kontaktadresse:
Uli Schott,
4600 Dortmund,
Hochwaldstr. 1
Konto-Nr. Bank für Gemeinwirtschaft
Sonderkonto Schott, Nr. 20 724 989

4

Griechenland: ALLE MAC

Ablauf der Ereignisse

Sonntag, 12. 11. 1973

Es ist der 5. Jahrestag des Todes von Georg Papandreou. Aus diesem Anlaß findet eine Trauerfeier von mehreren 10 000 Menschen in Athen statt, die zum Schluß in eine Demonstration gegen die Junta verwandelt wird. Es kommt zu harten Konfrontationen mit der Polizei und zu Verhaftungen.

Mittwoch, 14. 11. 1973

Obwohl die Verhafteten betonen, daß die Polizei die Auseinandersetzungen vom Sonntag begonnen hatte, werden am Mittwoch fünf von ihnen für schuldig erklärt und verurteilt. Die Verteidiger haben beantragt, daß ein Film vorgeführt wird, aus dem eindeutig hervorgeht, daß die Polizei angegriffen hatte – aber die Richter weigern sich, diesen Film öffentlich zu zeigen. Daraufhin bilden sich neue Demonstrationszüge in der Innenstadt von Athen. Am Abend besetzen 4 000 Studenten die Technische Hochschule. Mit Hilfe der elektronischen Geräte aus der Technischen Hochschule bauen die Studenten einen „freien Rundfunksender". Sie rufen über diesen freien Rundfunk zum Generalstreik und zum Sturz der Diktatur auf.



Donnerstag, 15. 11. 1973

50 000 Demonstranten, diesmal vor allem Arbeiter, versammeln sich vor der Technischen Hochschule. Das zeigt, daß die Mobilisierung sich auch auf andere Bevölkerungsschichten erweitert hat. Die Regierung spricht trotzdem immer noch von Studentenunruhen und erklärt, daß sie nicht mit Gewalt gegen die Studenten vorgehen wolle, sondern die akademische Freiheit der Technischen Hochschule respektiere. Als die Bullen von benachbarten Häusern aus die Studenten in der Technischen Hochschule fotografieren wollen, verhindern die Genossen dies, indem sie mit Spiegeln blenden. Von der Technischen Hochschule aus organisiert ein Koordinations-Komitee den weiteren Kampf. In diesem Komitee befinden sich Vertreter von allen Fakultäten, von den technischen Schulen und und zwei Vertreter der ARbeiter.
technischen Schulen und zwei Vertreterder Arbeiter.

Die Besetzung in der Hochschule wird von ad-hoc-Kommissionen verwaltet: es werden Kommissionen gebildet für die Presse, für die Verwundeten, für die Kantine, für die Schlafräume, für die Sauberkeit der Räume, für den Wachdienst usw. Es wird eine gemeinsame Kasse geschaffen, die alle Kosten übernimmt. In diese Kasse kommen auch viele Spenden aus der Bevölkerung. Neben Geld werden auch Lebensmittel, Decken, Medikamente usw. gespendet. Am Anfang versuchten Zivilbullen, vergiftete Lebensmittel zu spenden. Die Genossen haben diese Sauerei bemerkt und verhindert.

Freitag, 16. 11. 1973

Die Zahl der Demonstranten hat sich verdoppelt. Nicht nur die Umgebung der Technischen Hochschule, sondern das ganze Zentrum von Athen ist praktisch „befreites Gebiet". Die Polizei wagt nicht, dorthinein zu gehen, sondern beschränkt sich darauf, strategische Punkte zu verteidigen (insbesondere das Polizeipräsidium ganz in der Nähe der TH). In der ganzen Stadt bilden sich Demonstrationen. In Betrieben und Arbeitervierteln werden Kampfkomitees organisiert. Die Parolen sind nicht mehr nur: „Nieder mit der Junta" und „NATO raus!", sondern „Alle Macht den Arbeitern" und „Nicht Demokratie, sondern Volksherrschaft".

Am Nachmittag geht die Polizei in die Offensive. Sie schießt auf Demonstranten. Jetzt schon werden Demonstranten erschossen. Es werden reguläre Armee-Einheiten eingesetzt und Panzer rollen in die Stadt. Zu diesem Zeitpunkt haben Arbeiter Fabriken in Piräus und das Rathaus des Arbeiterviertels Ägaleo besetzt. Sie versuchen Ministerien zu stürmen und stecken zwei große Niederlassungen der griechischen Nationalbank in Brand. In der einen versuchen sie, den Geldtresor zu knacken, aber die Zeit reicht nicht aus.

Die Technische Hochschule ist in ein Krankenhaus für die Verwundeten umgewandelt. Denn die Verwundeten werden niemals den Faschisten und „ihrer Pflege" überlassen. Da alle Apotheken (wie auch die anderen Geschäfte) in der Innenstadt geschlossen sind und die Rolläden runter haben, brechen Demonstranten mit Gewalt ein, um sich das notwendige Material für die Pflege der Verwundeten zu holen. Ärzte kommen spontan zur TH und helfen. Über den freien Rundfunk wenden sich die Studenten an die Soldaten: „Soldaten, schießt nicht auf uns, wir sind Eure Brüder, Ihr gehört auch zum Volk!" Ihr Aufruf wird gehört. Die Soldaten der regulären Armee weigern sich, in die Menge zu schießen. Sie werden durch Eliteeinheiten ersetzt, die durch sorgfältig ausgewählte faschistische Elemente gebildet sind. (Solche Eliteeinheiten gibt es in Griechenland schon seit dem Bürgerkrieg 1946–1949, d. h. auch in der sog. „demokratischen" Phase vor dem Putsch von 1967.) Die Kämpfe dauern die ganze Nacht an.

Samstag, 17. 11. 1973

Um 4 Uhr morgens stürmen Panzer die Technische Hochschule. Der Wachdienst der Studenten wird erschossen. Sturmeinheiten der Marineinfanterie (die nach 1967 dem Modell der US-Marine nachgebildet wurde) erobern die Technische Hochschule. In der ganzen Stadt finden harte Kämpfe statt. Es gibt viele Verwundete, Tote und Verhaftete. Nachmittags verhängt die Junta eine Ausgangssperre für alle Städte über 5 000 Einwohner in ganz Griechenland von 16 Uhr bis 7 Uhr morgens. In Patras und in Saloniki stürmen ebenfalls Armeeeinheiten die dort besetzten Technischen Hochschulen. In einer öffentlichen Rede verurteilt Papadopoulos die Kämpfe als das Werk einer kleinen anarchistischen Minderheit, die die Demokratie in Gefahr gebracht hätte. Im Radio wird verkündet, daß alle Versammlungen von mehr als fünf Personen mit allen Mitteln aufgelöst werden; „jeder Bürger, der den Befehlen der Polizei und Armee nicht blind gehorcht, begibt sich in Lebensgefahr". Das seit vier Monaten abgeschaffte Kriegsrecht wird wieder eingeführt.

Sonntag, 18. 11. 1973

Trotz dieser Drohungen finden am Sonntag morgen erneut Demonstrationen statt. Erst am Nachmittag gelingt es Polizei und Armee, jeden Widerstand zu ersticken. Ständig fahren Panzer durch die wichtigsten Straßen Athens und die Ausfahrtstraßen werden gesperrt, damit niemand nach Athen kommen kann. Am Abend gibt die Polizei 866 Verhaftungen seit Freitagabend bekannt, davon 49 Studenten der Technischen Hochschule, 268 Studenten anderer Fakultäten, 74 Oberschüler und 475 Arbeiter. Wir wissen aus telefonischen Kontakten mit Genosssen in Athen, daß die Zahl der Verhafteten in Wirklichkeit viel höher war, etwa 3 000 bis zu diesem Zeitpunkt.

Montag, 19. 11. 1973

Neue Demonstrationen am Vormittag. Ein Fußballstadium wird als Konzentrationslager für die Verhafteten benutzt. Die Verhaftungswelle wird fortgesetzt, vor allem Bauarbeiter und Industriearbeiter werden festgenommen. Die Polizei gibt bekannt, daß fünf Arbeiter, die während der Demonstrationen am Sonntag verhaftet worden sind, demnächst vor einem Militärgericht wegen „Aufruf zum Aufruhr" angeklagt werden. Um die volle Arbeitszeit zu ermöglichen, wird der Beginn der Ausgangssperre auf 19 Uhr verschoben. Aber am Montag war die Arbeit in vielen Fabriken garnicht erst aufgenommen worden.

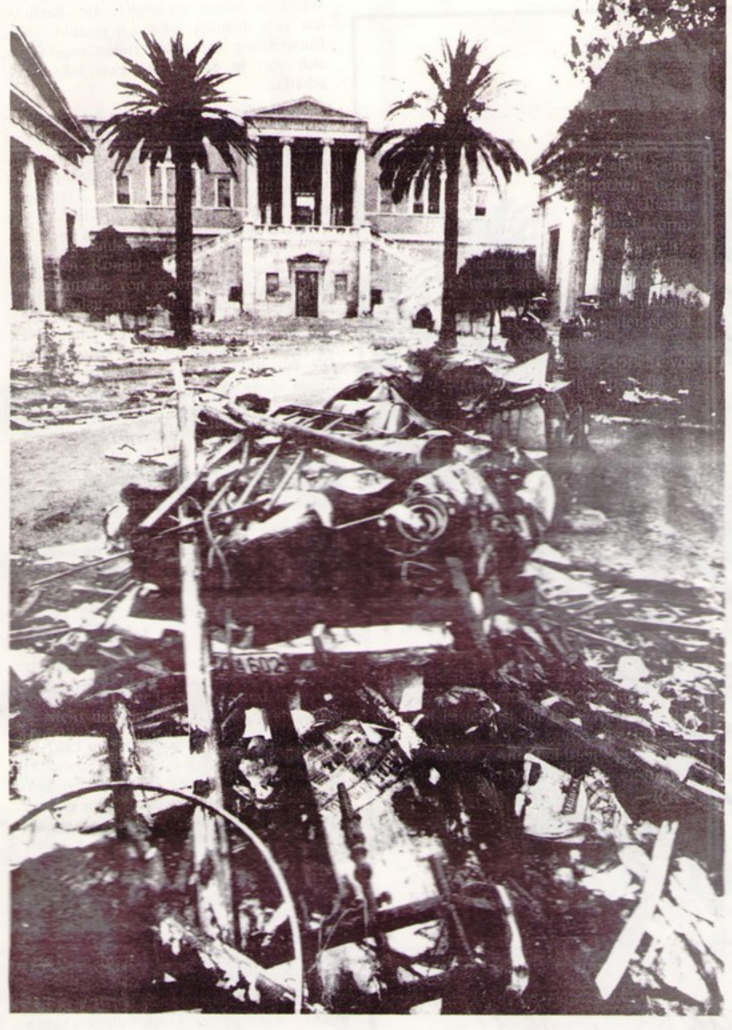
Wir haben nichts gemeinsam mit der SPD!

„Und wenn die Obrigkeit befiehlt, daß wir kämpfen, so werden wir ohne Zögern ihren Befehl ausführen. Die Gewalt ist ihr verliehen, wenn Gott es will. Jeder Mensch soll sich denjenigen, die höhere Funktionen im Staat haben, unterordnen; weil das Regime, der Staat mit seinen Gewalten dem Plan Gottes entspricht. Jede Gewalt stammt also von Gott. Und die Obrigkeit, die Gewalt ausübt, ist mit dem Willen oder der Duldung Gottes dahin gesetzt. Wir schulden ihr daher Disziplin und die Ausführung ihrer Befehle."

Dies ist ein kurzer Auszug aus einem griechischen Schulbuch für die Kinder griechischer Arbeiter in der BRD. Die Junta nimmt über Lehrer, Bücher, Spitzel direkt Einfluß auf die griechischen Arbeiter hier. Dies geschieht mit Duldung auch SPD-geführter Behörden. Es ist heuchlerisch, wenn dann ↳



HT DEM VOLK



Arndt und Müller durch Frankfurts Straßen laufen mit „Nieder mit der Tyrannei in Griechenland“ auf den Lippen, während in den Schulen hier für griechische Kinder griechische Zustände herrschen; Lehrer vom faschistischen Konsulat ausgesucht werden; bei Kindern, die von anderen Lehrern unterrichtet werden, die Zeugnisse nicht anerkannt werden. Der SPD-Protest entpuppt sich als Phrase, wenn die empörten Demonstranten vom Samstag am Opernplatz vorher und danach bedenkenlos Ausweisungsverfügungen gegen Studenten und Arbeiter aussprechen, antifaschistische Organisationen überwachen lassen und mit dem Konsulat und der von dort aus operierenden griechischen Geheimpolizei freundschaftlich kooperieren.

Wenn griechische und andere ausländische Arbeiter gemeinsam mit ihren deutschen Kollegen bei Hella in Lippstadt, bei Ford in Köln und bei John Deere in Mannheim kämpfen, dann lassen die Reformisten von ihrer Polizei die Fabriken stürmen und griechische (und andere) Arbeiter verprügeln. Sie bedrohen mietstreikende ausländische Arbeiter mit Ausweisung. Wer wirklich Widerstand leistet, muß erfahren, daß die Solidaritätsparolen dieser Leute Geschwätz sind.

Nicht daß sie böswillig wären, aber diese Handlungsweisen sind die Logik des Reformismus: Demokratie zu begreifen als sozialen Frieden. Jedes Mal, wenn Arbeiter und Studenten für ihre Interessen selbst kämpfen, wird dieser Frieden gebrochen, treten die Klassengegensätze wieder an die Oberfläche. Damit wird der Spielraum der Reformisten angegriffen. So ist auch ihre Argumentation immer wieder dieselbe; sei es gegenüber den wilden Streiks, sei es gegenüber den Aktionen der Studenten in Griechenland, nämlich: „Diese Extremisten arbeiten eigentlich den Rechten in die Hände!“

Die Frankfurter Rundschau spricht von „Fehlern der Studenten“, die durch die Aktionen dem rechten Flügel der Militärs erlaubt hätten, die demokratischen Ansätze von Papadopoulos kaputtzumachen. Damit wird der Charakter dieses Antifaschismus deutlich: Reformismus ist keine Alternative und erlaubt auch keine. Wer versucht, die Verhältnisse zu ändern, verspürt den Knüppel der Polizei der SPD.

Sie scheuen sich auch nicht, selbst Henker zu sein. Zur Zeit befinden sich in Chile in der deutschen Botschaft Beamte des Innenministeriums und des Verfassungsschutzes. Sie selektieren – wie in Auschwitz – wer als politischer Flüchtling einreisen darf und wer in chilenischen KZs oder brasilianischen Folterkellern umgebracht werden kann. Wer Widerstand leistet, ist für diese Antifaschisten „Terrorist“, für ihn gilt kein Asylrecht.

Mit diesen „Antifaschisten“ gibt es für uns keine Gemeinsamkeit!!!

-RK-

SOLIDARITÄTSDEMONSTRATION IN FRANKFURT

6 000–8 000 Demonstranten in Frankfurt. Etwa ein Drittel griechische Arbeiter. Weil die Demonstration von dem Kartell aller traditionellen „Parteien“ und Gruppierungen Frankfurts einberufen worden war, weil sie sich an eine Kundgebung von Sozialdemokraten und Revisionisten anschloß, haben die meisten Spontis darin nur ein erneutes „Funktionärsspektakel“, noch so eine beschissene Solidaritätsdemonstration gesehen. Fast niemand hatte sich vorgestellt, daß es eine Arbeiterdemonstration werden könnte. Man hatte zwar vor den Fabriken Flugblätter verteilt, aber mehr als Alibi – man ist ja für das Proletariat – als mit einer konkreten Absicht. Die Flugblätter waren ziemlich schlecht: Obwohl die Mehrheit der Arbeiter von der konkreten Lage in Griechenland nichts weiß, behandelte man in den Flugblättern – in einer typisch studentischen Sprache – die gewaltsame Revolution im Gegensatz zum demokratischen Weg. Schlimmer: Die Flugblätter wurden verteilt ohne Verbindung mit den Genossen, die kontinuierlich politische Arbeit in den Betrieben machen

Trotzdem kamen viele griechische Arbeiter zur Demonstration. Damit und mit den revisionistischen Bussen aus Darmstadt und Gießen war die Verwirrung der Spontis total. Sie, die gewohnt sind, in Frankfurt zu „regieren“, sahen sich plötzlich einer riesigen Demonstration gegenüber, in der sie fast niemanden kannten. Die griechische KP war viel geschickter und hatte sich vorbereitet: einige griechische Fahnen, ein „makelloser“ Ordnungsdienst und ein Appell: „Griechen, halten wir zusammen!“ – die Sache war gelaufen, der Lautsprecherwagen der Spontis war abgedrängt und die Demonstration konnte beginnen, mit der griechischen KP und den griechischen Arbeitern an der Spitze, dicht gefolgt von der DKP und der KPD. In diesem Augenblick treffe ich einen Genossen, der verzweifelt ruft: „Wo sind die Spontis?“

Am Ende der Demonstration dann eine Kundgebung. Dasselbe Bild, die griechischen und deutschen Revisionisten hatten den Trick schon vorbereitet, sie dachten nicht daran, an dieser Kundgebung teilzunehmen. Kurz vor dem Ende hatte die PAK (Griechische Patriotische Front) schon mit einem Teil der Arbeiter die Demo verlassen, um einen Kranz an der Paulskirche niederzulegen. In dem Moment, in dem die restlichen griechischen Arbeiter am Opernplatz ankommen, spazieren die Spontis noch auf dem Reuterweg. Die Revisionisten verkünden, daß alles zu Ende sei und jeder nach Hause gehen solle. Als dann unser Lautsprecherwagen auch ankommt, ist die Hälfte der Emigranten schon weggegangen und die andere Hälfte ist im Gehen. Die Spontis schaffen es auch noch weitere fünf Minuten zu warten und als endlich die griechischen Genossen auf griechisch rufen: „Alle Macht den Arbeitern!“ sind nur noch eine Handvoll Arbeiter auf dem Opernplatz. Sie waren entgegen den Aufforderungen der Revisionisten geblieben und wollten sich den Studenten anschließen. Darunter war auch ein Mitglied der griechischen KP, das sagte: „Ich hab's satt, immer dieselben Parolen zu rufen, US raus aus Griechenland, nieder mit den Faschisten. Ich gehe mit den Studenten.“ Nachdem nun die Studenten praktisch alleine sind, trifft man Sponti-Genossen, die sich damit trösten: „Klasse, die Revis sind weg.“ Anscheinend betrachten sie die 2 000 griechischen Arbeiter, die heute voller Wut vor dem Konsulat demonstriert und gerufen haben „Mörder! Es leben die Arbeiter von Athen“ und „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ eben nur als 2 000 Revisionisten.

Nichts ist falscher. Die meisten griechischen Arbeiter, die gekommen waren, sind wegen unserem Flugblatt gekommen. Sie sind gekommen, weil sie wissen, daß es Arbeiter sind, die in Athen kämpfen. Sie kennen die Typen der griechischen KP nicht mehr als wir. Nur: Die KP-Typen wissen, wie man Griechen anspricht, sie wissen, wie man Arbeiter anspricht, sie sind alte Hasen in Parteitaktik. Wir Spontis in Frankfurt tendieren dazu, unsere Kritik an den Parteien auf die lächerlichen Partei-Karikaturen zu reduzieren, wie sie unsere deutschen Grüppchen sind. Dafür, okay – unser Lachen kann sie töten, denn sie sind ja doch Totgeburten. Aber gegenüber einer Arbeiterpartei, mag sie noch so schwach, gespalten und diskreditiert sein, genügt der Hohn nicht.

Was geschehen ist, ist eine schmerzhafte Erfahrung, aber keine Katastrophe. Das wichtigste an dieser Demo war, daß die griechischen Arbeiter gekommen sind. Das heißt auch, daß es in der griechischen Emigration viel mehr politisierte Kollegen gibt, als wir dachten. Und dies ändert teilweise den Ausgangspunkt, von dem aus wir den Kampf der multinationalen Arbeiterklasse in Deutschland betrachten. Ferner muß man sehen, daß bei einer Demonstration, zumindest solange es nicht zu militanten Auseinandersetzungen kommt, die strukturierten Organisationen immer die Oberhand behalten. Die Allmacht der Spontis, manchmal in den Straßen von Frankfurt realisiert, ist dabei mehr ein Zufall in der Geschichte. Demonstrationen sind auch ein ideales Terrain für die Apparate und deshalb organisieren sie oft welche. Schließ-



lich sollte man nicht glauben, daß der faktische Einfluß, den die griechische KP auf die Emigranten ausgeübt hat, auch einen politischen Einfluß impliziert. Einen solchen könnte sie nur dann erreichen, wenn sie eine kontinuierliche Arbeit in den Betrieben und in den Stadtteilen durchführen würde. Bis jetzt hat sie dies praktisch nicht getan. Aber dort stellt sich auch für uns viel mehr als bei einer Demonstration das Problem einer Alternative. Wenn morgen die Genossen, die in den Betrieben und in den Stadtteilen arbeiten, fähig sind, auch auf der Basis der Ereignisse in Athen mit Griechen in Kontakt zu treten – wenn sie die notwendigen Informationen besitzen und sie anzuwenden wissen –, dann wird diese Demonstration aus dem Konzept der KP herausgelöst. Wenn aber nach dieser Demo weiter nichts geschieht, denken die griechischen Emigranten, daß immerhin noch die KP lebt. Sie ist nicht prima, aber nichts besseres ist da. Wenn wir jedoch diese Arbeit leisten, dann wird für uns die Demonstration, so unbefriedigend sie war, ein positiver Ansatzpunkt werden.

Ein Frankfurter Sponti

NIEDER MIT DER JUNTA



Der entscheidende Punkt der Ereignisse in Griechenland besteht darin, daß die Arbeiterklasse die durch die Studenten geschaffene Situation aufgegriffen und massiv gekämpft hat. Warum?

Der griechische Faschismus hat versucht, sich wirtschaftlich in die EWG zu integrieren. Das konnte er nur schaffen, indem er die Arbeiterklasse frontal angegriffen hat: auf den Export ausgerichtete Industrie (das griechische Kapital benötigt so keine Erhöhung der Kaufkraft in Griechenland z. B. durch höhere Löhne für die Reproduktion, daher:) Lohnstopp; Ausrichtung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte auf diejenigen der EWG. Deswegen sind die Preise und insbesondere die Lebensmittelpreise steil angestiegen. Sie haben sich innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. Der Reallohn hat sich dadurch erheblich gesenkt. Diese Entwicklung hat schon früher angefangen, sich aber in den letzten zwei Jahren verschärft.

In den letzten Monaten hat die Junta eine sog. „Liberalisierung" eingeleitet: Ablösung des Kriegsrechts, Präsidialverfassung nach französischem Muster, Pressefreiheit und Versprechen von Wahlen. Diese „Liberalisierung" zielte sowohl darauf, die Krise auf den Parlamentarismus abzulenken, als auch darauf, Griechenland innerhalb der EWG politisch akzeptabel zu machen. Gegenüber ihren eigenen Arbeiterklassen konnten es sich die europäischen Staaten nicht leisten, politisch den griechischen Faschismus gutzuheißen oder auch nur stillschweigend hinzunehmen. Die bürgerlichen Parteien in Griechenland haben diese Wendung aus zwei Gründen nicht gebilligt: Erstens, weil sie spürten, daß das Volk sie nicht akzeptierte (die überwiegende Ablehnung – trotz der starken Repressionen – im Volksentscheid im Juli ist ein offenes Geheimnis), und zweitens, weil trotzdem die Faschisten an der politischen Macht bleiben würden, die auch die bürgerlichen Parteien anstreben. Diese Situation hat die Grundlage der Herrschaft der Junta immer mehr geschwächt. Es braucht nur noch einen Anstoß, den Kampf der Studenten, um die soziale Basis der Junta zu Fall zu bringen.

Nun hat die Arbeiterklasse wieder die Offensive ergriffen. Es waren diesmal vor allem sehr junge Arbeiter, 17–25 Jahre alt, die keine direkte Verbindung haben zur politischen Tradition der Arbeiterbewegung vor 1967. Im Gegensatz zur Situation vor 1967 stand die Bewegung diesmal ganz außerhalb des Einflusses der politischen Parteien. Eine gewisse Ausnahme spielen nur die Revisionisten, die jedoch sehr schwach sind, weil sie seit dem Bürgerkrieg durch die Repressionen dezimiert wurden und weil sie wegen ihrer Verbindung zu den korrupten „Politikern" unglaubwürdig geworden sind.

So erklärt sich auch die Wandlung in den Parolen. Nicht mehr „Halt dem Faschismus" und „Es lebe das Parlament", sondern „Für die Volksherrschaft" und „Für die Arbeitermacht." Während der Auseinandersetzungen haben sich ganze Stadtviertel gegen die Staatsmacht erhoben und die Bullen konnten da nicht rein. Deshalb war der Faschismus auch gezwungen, alle zur Verfügung stehenden militärischen Mittel zu benützen. Heute geht es um sein Überleben und dahinter um das Überleben des Kapitalismus in Griechenland. Entgegen der Behauptung der Sozialdemokraten sind die Antwort der der realen Gefahr, in der sie sich befand.

Dieser Klassencharakter der Kämpfe in Griechenland war auch die Basis für die Mobilisierung der griechischen Arbeiter in Deutschland. Sie wissen, daß die Arbeiter von Athen die Zielscheibe der Panzer waren und nicht ihre politischen und ideologischen Vertreter wie 1967. Deshalb gab es auch diesmal mehr Tote.

AUFRUF DES "FREIEN RUNDFUNKS" v. 16.11.

„Wir, Studenten und Schüler, haben im Kampf dieser letzten Tage erkannt, daß unsere eigenen Probleme im Unterricht nicht wirklich gelöst, sowie unser gesamtes Unterrichtssystem nicht wirklich geändert werden kann ohne eine Umwälzung der politischen Strukturen. Indem sie diesen Kampf führten, sind sich die in der Technischen Hochschule verbarrikadierten Studenten und Arbeiter ihrer wirklichen Lage bewußt geworden. Sie rufen das Volk auf, sich ihnen anzuschließen und bis zum endgültigen Sieg zu kämpfen.

– Wir sagen, daß die erste und wichtigste Bedingung, um die Probleme des Volkes zu lösen, darin besteht, daß die Herrschaft der Junta sofort beseitigt wird und das Volk die Macht ergreift.

– Diese Machtergreifung hängt auch davon ab, daß die ausländischen Interessen und ihre Stützpunkte, die seit Jahren – schon vor 1967 – die Faschisten unterstützt haben, aus Griechenland vertrieben werden. Die breite Mobilisierung des griechischen Volkes, insbesondere der griechischen Arbeiter, sowie die Solidaritätsdemonstrationen in allen Teilen des Landes sind die beste Antwort auf diejenigen, die uns diffamieren wollen.

Griechisches Volk! Heute drückt sich der Kampf für die nationale Unabhängigkeit direkt in den Forderungen der Massen in Bezug auf die Arbeit, die Preise und die Lebensbedingungen aus. Er zeigt sich in den Streiks, in den Demonstrationen und in der Massenmobilisierung, deren Ziel der Generalstreik und der Sturz der Diktatur ist. Die Besetzung der Technischen Hochschule ist der Ausgangspunkt, von dem aus sich die Massenbewegung erweitern und radikalisieren wird.

Alle im Kampf vereint!
Alle Macht dem Volke!
Es lebe die nationale Unabhängigkeit!"

ALLE MACHT DEN ARBEITERN